

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: Vierteljahr 3,00 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr:
Betragt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Bekanntmachungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 23. April 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Rüstet zur Maifeier!

Patriotische Tartüfferie.

Das parlamentarische Interregnum ist vorüber. Der Reichstag hat am Dienstag, die Finanzkommission am Mittwoch ihre Beratungen wieder aufgenommen. Die bisherigen Verhandlungen der Kommission bestanden in nichts als in ungeschickten Lavierungsversuchen der zu widerlichem Wischnowich zusammengepferchten, ihrer Natur nach auseinanderstrebenden Blockpartei.

Aber wie die Abgabe patriotischer Versicherungen kann hinausgekommen, obgleich alle Parteien des Blocks von vornherein entschlossen waren, den unbemittelten Volksklassen die Hauptlast des großen vaterländischen Reformwerks aufzubürden und die Besitzenden in Anbetracht ihrer schwachen Schultern höchstens mit einem Fünftel zu beteiligen.

Die jetzt nach den Osterferien wieder aufgenommene Tätigkeit der Finanzkommission beginnt unter weit besseren Bedingungen für eine Verständigung. Durch das Eingreifen der Beamtenchaft, der Universitätsprofessoren und vor allem des städtischen konservativen Mittelstandes zugunsten einer Erweiterung der Erbschaftsteuer ist der Widerstand der Agrarier gegen die Nachlasssteuer halb und halb gebrochen.

schiedene andere im Sydowschen Nachlasssteuerentwurf nicht enthaltene Sondervorteile gewährt werden.

Selbstverständlich ist die patriotische Opferwilligkeit der Konservativen nicht umsonst zu haben. Ihr Patriotismus ist eine Ware, die bezahlt werden muß, und zwar möglichst hoch. Als Entgelt sichern ihnen die Regierung, wie aus der programmatischen Rede des Reichszanclers deutlich hervorgeht, die Wiederherstellung des von der Finanzkommission abgelehnten Branntweinhandelsmonopols zu, das, wie die agrarischen Blätter selbst zugeben, für die großen Brennereien noch vorteilhafter ist als die jetzige Form der Branntweinbesteuerung, da es ihnen neben hohen Preisen den stetigen, von allen Krisen und Marktkonjunkturen unabhängigen Absatz bestimmter Produktionsmengen garantiert.

Aber wird der Freisinn das Branntweinmonopolprojekt akzeptieren? Den früher von ihm vertretenen wirtschaftspolitischen Anschauungen und seinem Programm nach kann er es nicht; denn in seinem 1894 in Eisenach angenommenen, erst vor einigen Monaten vom Verlag der „Frei-

„Entlastung der notwendigen Lebensmittel und unentbehrlichen Verbrauchsgegenstände von Steuern und Zöllen, keine Zoll- und Steuerpolitik im Dienste von Sonderinteressen, keine Steuerprivilegien, keine Monopole, progressive Besteuerung von Einkommen und Erbschaften.“

„Beseitigung der Liebesgaben für die Brennereien und der Ausfuhrprämien für Zucker und damit Fortfall der Erschwerungen aus der Steuergesetzgebung für die Anlage neuer Brennereien und für die Ausdehnung der Rübenkultur, Verwendung der bisherigen Aufwendungen für Liebesgaben und Prämien zur Aufhebung der Raifraumsteuer und zur Ermäßigung der Zuckerversteuer.“

Kußerdem haben alle leitenden Politiker und Blätter der Freisinnigen Volkspartei, die „Frei. Ztg.“ noch erst wieder vorgestern, wiederholt versichert, daß ihre Partei jede rechtliche Sanktion der Branntweinliebesgabe, welche Gestalt sie auch annähme, ablehne, und deshalb alle Behauptungen, der Freisinn würde eine die Liebesgabe in irgendeiner Form aufrechterhaltende Branntweinsteuerreform akzeptieren, elende Verleumdung sei.

Doch freisinnige Schwüre, selbst wenn sie auf das Eisenacher Parteiprogramm abgelegt werden, haben längst nur geringen Kurswert, obgleich ihr Kurs noch immer weit über dem faktischen Wert steht. Unter den Richterschen Epigonen von der Qualität der Biemer, Kopisch, Mugdon und Fischbeck ist die freisinnige Parteileitung längst zu der tiefen Erkenntnis gelangt, daß im allgemeinen Grundsätze im politischen Kampfe unbrauchbarer Ballast sind und nur höchstens ein Grundfay eine gewisse Berechtigung hat, nämlich der Grundfay der prinzipiellen Grundfaylosigkeit. Bald werden voraussichtlich, sofern nur in diesem oder jenem nebenfächlichen Punkt ihren Bedenken Rechnung getragen wird, die freisinnigen Wortführer entdecken, daß im Vergleich zu einer Erhöhung der bisherigen Besteuerung das Zwischenhandelsmonopol doch nicht so ohne weiteres zu verwerfen sei, daß es vor dem heutigen Besteuerungssystem sogar noch mannigfache Vorzüge habe, und wenn es auch in keiner Weise den wirtschaftlichen Anschauungen des Freisinns entspreche, doch die Rücksicht auf das Wohl des teuren deutschen Vaterlandes, dessen Sicherheit die schnelle Erledigung der Reichsfinanzreform dringender erfordere, allen Bedenken Einhalt gebiete. Um schöne entschuldigende Redensarten waren die freisinnigen Kapazitäten ja noch nie verlegen, wenn es feigen Prinzipienverrat zu beschönigen galt.

Brotverteuerung durch Einfuhrscheine.

Aus dem Reichstage, 22. April. Zu der großen Zahl der indirekten Liebesgaben für die Agrarier gehört auch das System der Einfuhrscheine. Man versteht unter Einfuhrschein eine Quittung, die ein Exporteur von Getreide bei der Ausfuhr über die Grenze von der Zollbehörde ausgestellt erhält. Die Quittung entspricht dem nominellen Betrage des Zolles, der für das nämliche Getreide bei der Einfuhr hätte gezahlt werden müssen. Diese Quittung kann dann innerhalb einer Frist von sechs Monaten bei der Zollbehörde in Zahlung gegeben werden, wenn Getreide irgendwelcher Art, Petroleum oder Kohlen eingeführt wird. Diese Einrichtung, die der Form nach verschiedene Wandlungen durchgemacht hat, beruht in ihrer jetzigen Fassung auf dem Zolltarifgesetz vom Jahre 1906. Sie bezweckt, den Getreideproduzenten Ostdeutschlands, wo Getreide über den lokalen Bedarf hinaus produziert wird, die bessere Verwertung ihrer Ware im Auslande zu erleichtern.

In der Praxis hat diese Einrichtung nun aber zu Mißständen bedenklicher Art geführt. Es hat sich der Brauch herausgebildet, die Einfuhrscheine sofort nach der Ausstellung bei Banken diskontieren zu lassen, so daß also Leute, die Getreide ausführen, auf die Weise ein Mittel haben, sich sofort bar Geld zu schaffen. Das ist ein direkter Anreiz zur Getreideausfuhr auch über die durch die Markverhältnisse gegebene Notwendigkeit hinaus. Daraus ergab sich dann eine künstliche Verteuerung des Getreides und Brotes, dessen Preis sowieso in Deutschland durch den Zoll künstlich in die Höhe getrieben wird. Dazu kommt, daß gerade den kleinen Mühlen das Getreide entzogen wird, während das wiedereingeführte Getreide von den Großmüllern aufgekauft oder das zu viel ausgeführte Getreide durch eingeführtes Mehl ersetzt wird. Daraus erklärt es sich, daß gerade die Mühlenbesitzer gegen dieses System mit Petitionen vorgegangen sind.

Bei der Budgetberatung war nun von den Freisinnigen eine Resolution eingebracht worden, worin gewisse Einschränkungen des Systems der Einfuhrscheine gefordert wurden. Es soll die Frist zur Verwertung der Einfuhrscheine von sechs Monaten auf drei Monate herabgesetzt werden; ferner sollen die Einfuhrscheine nur bei der Zollentrichtung für die Einfuhr derjenigen Warengattung beschränkt werden, bei deren Ausfuhr sie ausgestellt wurden. Diese Resolution war mit zwei einschlägigen Petitionen für eine besondere Beratung zurückgestellt worden. Sie kam denn auch heute zur Verhandlung.

In der Debatte gruppierten sich die Parteien natürlich so, daß die agrarischen Konservativen aller Fraktionen aber auch das Zentrum gegen den Antrag sich erklärten, die Nationalliberalen nahmen eine vermittelnde Stellung ein, die Freisinnigen waren dafür, während namens der Sozialdemokratie Genosse S a d e l u m erklärte, daß der freisinnige Antrag, das mindeste sei, was im Interesse der großen Masse des Volkes verlangt werden müsse, um diese künstliche Verteuerung der Lebensmittel nach Möglichkeit einzuschränken. Sadelum wies noch mit Recht darauf hin, daß das Zentrum es leichtes Herzens geschehen lasse, daß die Ausbringung der Mittel für die Witwen- und Waisenversorgung durch die Einfuhrscheine beschränkt würde.

Herr v. Bethmann-Hollweg suchte die Beibehaltung des Systems zu rechtfertigen. Eine sehr lebhaft entwickelte Auseinandersetzung entspann sich dann zwischen dem Grafen Kanitz (L.), Herrn Sped (Z.), S a m p (L.) und Herrn Gothein (fr. Bg.) in die auch Genosse S i o l l e eingriff, indem er betonte, daß auch die Einfuhrscheine ein Mittel seien, um Brotwucher zu treiben.

Schließlich wurde die Resolution der Budgetkommission überwiesen gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, die dieser Verschleppung nicht zustimmen wollte.

Die türkische Krise.

Den Jungtürken ist es gelungen, der einzigen Gefahr, die ihnen noch drohte, Herr zu werden. Die Flotte, deren Haltung bisher zweifelhaft war, wird keine Komplikationen mehr herbeiführen. Die fünf Kriegsschiffe, die im Bosporus lagen, sind abgedampft und damit ist auch die Befriedigung eines Bombardements von den Jungtürken genommen. Dem Sultan verbleibt jetzt nur zu seinem Schutze die schwache Palastwache und vielleicht noch das vierte Bataillon der Salonikier Jäger, das die Furcht vor der zu gewärtigenden Strafe noch einen Widerstand der Verzweiflung wagen lassen könnte.

Der Abfall der Flotte vom Sultan bedeutet aber eine solche Machtverschiebung zugunsten der Jungtürken, daß es nicht wunder nehmen kann, daß auch ihre Haltung zu Abdul Hamid eine Aenderung erfährt. Allerdings sind in diesem Punkte die Jungtürken nicht einig. Während der Oberkommandierende Rahmud Schewket Pascha, der mittags aus Salonik im Hauptquartier von Ischafeldschah eingetroffen ist, für die Weiterregierung Abdul Hamids eintritt, verlangt

ein so einflussreicher jungtürkischer Führer wie Enver Bey kategorisch die Abkündigung.

Er erklärte einem Berichterstatter des „Matin“: „Der Sultan darf nicht mehr regieren. Seine Weiterherrschaft würde den Untergang des Landes bedeuten. Er kann auf sein Leben rechnen, aber auf nichts mehr. Wenn die Armee bisher nicht marschierte, geschah das, weil wir der Flotte nicht ganz sicher waren. Wir fürchteten, daß auf Befehl des Sultans Kanonenkugeln die Stadt treffen könnten, und daß dadurch diplomatische Schwierigkeiten sich ergeben würden. Jetzt ist es uns gelungen, Offiziere an Bord der Schiffe unterzubringen, die von uns instruiert sind. Nichts kann den Vormarsch aufhalten.“

Selbst der Kammerpräsident Achmed Riza, der auf dem rechten Flügel der Jungtürken steht, meinte: „Wenn bewiesen wird, daß der Sultan mit der Reaktion gemeinsame Sache gemacht hat, so muß seine Absetzung ausgesprochen werden.“ Dazu kommt, daß das Komitee die Nachricht vom Abschluß einer Verständigung mit dem Sultan offiziell dementieren läßt. All dies läßt erkennen, daß das Schicksal Abdul Hamids noch durchaus im Ungewissen ist. Da der Vormarsch auf den Hilbis Kiosk allem Anschein nach schon begonnen hat, kann die Entscheidung nicht lange mehr auf sich warten lassen.

#### Der Vormarsch der Armee.

Konstantinopel, 22. April. Wie der „Adnischen Zeitung“ aus Konstantinopel gemeldet wird, haben in der vergangenen Nacht die Truppen des zweiten und dritten Korps den Marsch auf die Nordseite der Stadt tatsächlich begonnen und fast durchgeführt.

#### Die Unterwerfung der Flotte.

Konstantinopel, 22. April. Der Kommandant der Flotte, Kuskem, der in San Stefano eingetroffen ist, hat dort mitgeteilt, daß sich die gesamte Flotte dem Komitee unterworfen habe.

Die zwei in Saloniki liegenden Torpedoboote erhielten vom Marineminister die Order, seiner Befehle gewärtig zu sein. Die Kommandanten antworteten, sie erkennen einen ungesetzlichen Minister nicht an.

#### Die Regierung sorgt für die Truppen.

Konstantinopel, 22. April. Der Kriegsminister hat den Komiteetruppen Lebensmittel gesandt und läßt verschiedene Kasernen zu ihrer Aufnahme bereitstellen.

#### Die Lage des Sultans.

Konstantinopel, 22. April. Die Minister und Hofkreise versichern fortgesetzt, daß die Verständigung zwischen der Regierung und der Leitung des mazedonischen Heeres vollzogene Tatsache sei, doch scheint es, als ob sich die Lage wieder zu Ungunsten des Sultans verschoben habe, da die bei den Truppen von San Stefano befindlichen jungtürkischen Führer ihren Einfluß geltend machen.

#### Die Absichten der Jungtürken.

Sofia, 22. April. General Hassan Riza Pascha erklärte auf der Durchreise hier einem Mitgliede des diplomatischen Korps, daß das jungtürkische Komitee auf der Absetzung des Sultans und der Erziehung der Urheber der Gegenrevolution bestehe. Die schuldigen Missethäter würden gehängt und die Konstantinopeler Garnison durch Komiteetruppen ersetzt werden. Die Jungtürken gäben sich zwar augenblicklich den Anschein, mit dem Sultan zu unterhandeln; aber alles dieses habe nur den Zweck, Zeit zu gewinnen, um weitere Truppen zu konzentrieren. Die Äußerungen des Generals werden auch von einem nach Wien unterwegs befindlichen Parlamentarier bestätigt.

#### Die Bedingungen der Jungtürken.

Konstantinopel, 22. April. Der Ministerrat berathschlagt über die nachstehenden Bedingungen der Annahmeharmonie: 1. Alle in den letzten Vorgängen Schuldigen werden bestraft. 2. Die Konstantinopeler Garnison in ihrem überwiegenden Teil wird entfernt. 3. Die drei Saloniker Jägerbataillone werden wegen verräterischer Haltung entwaffnet und ausgeliefert, die Mannschaften in Mazedonien beim Grenzschutz beschäftigt. 4. Ueber Konstantinopel wird der Belagerungszustand verhängt. 5. Die Leibgarde des Sultans, die Hilbigarnison und andere Teile der Sultansumgebung werden ausgewechselt. 6. Ein dem Parlament genehmes Kabinett wird ernannt. Bei Erfüllung dieser Bedingungen sollen die Truppen nicht in die Stadt einzürücken, werden aber marschbereit bleiben.

#### Ein neues Ultimatum.

Konstantinopel, 22. April. Das Saloniker Korpskommando rechtfertigt in einer Note an die dortigen Konsulate das Vorgehen des Korps zur Herstellung der Ruhe und erklärt alle Bedingungen bis auf die militärischen Punkte, welche noch geprüft werden, als angenommen. Wenn die Antwort nicht in 24 Stunden gegeben wird, erlangt das Saloniker Korps Aktionsfreiheit und macht die Urheber der Ereignisse für die Folgen verantwortlich.

#### Die Kammer.

Konstantinopel, 21. April. In San Stefano hat heute, wie verlautet, eine geheime Versammlung von etwa hundert Deputierten stattgefunden. Den Vorsitz führte Achmed Riza, der sich bisher in einem türkischen Hause in Stambul verborgen gehalten hatte. Auch der Vizepräsident der Kammer, Talaad, und Major Enver Bey wohnten der Versammlung bei. Für morgen sind alle Deputierten nach San Stefano einberufen worden. Nach der Versammlung begab sich Achmed Riza nach Kalka-Isol, wo sich das Hauptquartier befindet. Die jungtürkischen Führer sollen sich in bezug auf die Verständigung mit dem Sultan skeptisch zeigen.

#### Die Meutereien in Kleinasien.

Konstantinopel, 22. April. Vom Ministerium des Innern wird die Nachricht, daß in Karasch (Wilajet Aleppo) vierhundert Menschen ums Leben gekommen seien, für unrichtig erklärt. Ihre Zahl betrage höchstens 20. Da in Kozan (Wilajet Adana) Unruhen befürchtet werden, wurden Truppen dorthin entsandt. Auch in anderen Orten Kiliciens sowie in einigen Orten Syriens kam es zu blutigen Zwischenfällen. Unter der Bevölkerung von Damaskus soll Erregung herrschen.

#### Die Greuelthaten gegen die Armenier.

Konstantinopel, 22. April. Einer konsularbespische zufolge hat sich die Bevölkerung in Damaskus und anderen Orten unter der Einwirkung der Zivil- und Militärbehörden beruhigt. Nach einer weiteren Depesche wird die Zahl der Opfer während des armenischen Massakers im Wilajet Adana auf 15 000 geschätzt. Ganze Dörfer sind vernichtet. Die Wilajetsbehörden verlangen von dem armenischen Bischof zur Rechtfertigung vor Europa die Erklärung, daß die armenische revolutionäre Bewegung die Massaker hervorrief. Sie drohen, andernfalls alle Ueberlebenden zu vernichten. Die Armenier in Konstantinopel und in anderen Orten sind sehr gesündigt.

#### Schutzmaßnahmen.

London, 22. April. Der englische Kreuzer „Diana“ landete in Megandrette 50 Matrosen. Der italienische Kreuzer „Ferruccio“ ist von Kona auf Kreta nach Messina

unterwegs; drei englische Kriegsschiffe sind auf dem Wege nach Lemnos, zwei andere englische Kriegsschiffe werden an der lykischen Küste erwartet.

#### Oesterreichische Kriegsschiffe.

Wien, 22. April. Das Schlachtschiff „Erzherzog Ferdinand Max“ und der Torpedojäger „Satellit“ dürften heute Abend nach den türkischen Gewässern auslaufen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. April 1909.

### Agrarische Schmerzen.

Die Beratung über den Etat der Ansiedelungskommission wurde am Donnerstag im Abgeordnetenhaus beendet. Nicht weniger als drei konservative Redner ergriffen noch — trotzdem am Mittwoch bereits ein konservativer Redner gesprochen hatte — das Wort. Nachdem der Abgeordnete Schmidt, das Renommierbäuerlein der Konservativen, mit dem allerdings im übrigen nicht viel Staat zu machen ist, mit triumphierendem Schmünzeln erzählt hatte, wie die Bauern sich mit „geistigen Waffen“ der Sozialdemokratie zu erwehren verstanden (es handelte sich um einen Akt „sanfter Gewalt“, den Herr Schmidt selbst miterlebt hatte und den er offenbar als erhebende Erinnerung betrachtet!) gingen zwei agrarische Matadore, die Herren Areth und Diederich Hahn ins Zeug. Herr Areth suchte sich für die unangenehmen Wahrheiten, die der sozialdemokratische Redner am Tage zuvor gesagt hatte, durch ein paar saule Witze zu rebanisieren. Als ihm dabei ein paar Zwischenrufe in die Parade fuhren, wurde er so nervös, daß ihm für seinen beschleunigten Abgang nichts Besseres mehr einfallen wollte, als die Zusucht aller geistig Hilflofen, die armelige Platteheit von dem sozialdemokratischen Zuchthausstaat.

Herr Hahn, der ihm folgte, vernied vorzüglich jeden aggressiven Ton gegen die Sozialdemokratie; dafür krähte er eine Rede zum Fenster hinaus, die eigentlich an die Adresse der „ostmärkischen“ Ansiedler gerichtet war, die auf dem Ansiedlertag in Osnabrück die bündlerischen Kumaktionen so energisch zurückgewiesen und dem Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, Herrn Dr. Roßke, eine so negative Ovation bereitet hatten. Einen sozialdemokratischen Jurist, daß er diese schöne Rede doch in Osnabrück hätte halten sollen, mißverstand Herr Hahn gelassenlich. Jedenfalls bewiesen die übereifrigen und langwierigen Rechtfertigungsversuche der Konservativen, wie peinlich sie die Opposition empfinden, die sich unter den Ansiedlern gegen die Bevormundung der Junker zu regen beginnt.

### Neue konservative Steuerorschläge.

Die konservative Reichstagsfraktion hat folgenden, von den Abgeordneten Dr. Köpcke und Graf Westarp ausgearbeiteten Steuerantrag beschlossen:

An Stelle der Vorlagen über die Nachlasssteuer und das Erbrecht des Staates sowie der beabsichtigten Erbschaftsteuer ist eine Besteuerung des Wertzuwachses bei Immobilien und Wertpapieren einzuführen. Die Steuer wird fällig beim Verkauf und wird nach dem Wertzuwachs berechnet, welcher seit dem letzten, nicht mehr als 20 Jahre zurückliegenden Verkauf entstanden ist. Beiträge über die Ueberlassung landwirtschaftlich genutzter Grundstücke an Deizendenden bleiben frei. Der gebundene Betrag, Fideikommiss etc., werden in der Weise zur Steuer herangezogen, daß ihr Wert in noch näher festzusetzenden Zeitperioden abgeschätzt und hiernach der Wertzuwachs zur Steuer berechnet wird. Die Steuererträge sollen so bemessen werden, daß diese Zuwachssteuer denselben Betrag einbringt, den das Reich aus der Nachlasssteuer ziehen wollte.

Sollten diese Steuern abgelehnt werden, dann soll ein Umsatztempel bei dem Verkauf von Immobilien erhoben und der Umsatztempel für Wertpapiere entsprechend erhöht werden. In der umfangreichen Begründung wird die Behauptung aufgestellt, daß eine Erbschaft nicht ein unveränderter Vermögenszuwachs sei, sondern lediglich ein Besitzwechsel unter besonders nachteiligen Umständen. Die Wertzuwachssteuer soll 3,6 Millionen bringen, die als Ersatz vorgeschlagene Umsatztempelsteuer 98 Millionen Mark. Berechnet wird, daß der Wertzuwachs in den Großstädten jährlich 360 Millionen, in den Klein- und Mittelstädten 270 Millionen und auf dem Lande 100 Millionen Mark beträgt.

### Wald so, bald so — wie's trifft . . .

Die Ungültigkeitserklärung der drei sozialdemokratischen Stadterordnetenmandate von Rülheim a. Rhein, die mit 15 Zentrums- gegen 14 liberale Stimmen erfolgte und großes Aufsehen erregte, beschloß die Bezirksauswahl zu Köln. Der Antrag der drei in der Stichwahl (mit liberaler Unterstützung) gewählten Sozialdemokraten, ihre Wahl für gültig zu erklären, wurde vom Bezirksauswahlgremium abgelehnt. Er stellte sich dabei auf den ganz unhaltbaren Standpunkt, daß Hausbesitzer im Sinne der Städteordnung nur solche Personen seien, die ein Wohnhaus als Alleineigentümer besitzen oder ein das ganze Haus umfassendes Nießbrauchs- oder erbliches Verpfändrecht haben. Jemand, der mit seiner Frau gemeinsam ein Haus besitzt, soll nicht als Hauseigentümer im Sinne der Städteordnung gelten! Infolge dessen habe das Rülheimer Stadterordnetenkollegium nicht die genügende Anzahl Hausbesitzer und also sei die Wahl der drei Reichshausbesitzer ungültig.

Ein mit jesuitischer Schläue angedünnter Protest von Zentrumsseite wurde nicht beachtet. Ein Zentrumstadterordneter, der gleichzeitig Wahlvorsteher war, an einem Tage eine halbe Stunde zu spät im Wahlbureau erschienen und hatte damit „für alle Fälle“ einen wirksamen Protest den Weg gebahnt.

Unsere Rülheimer Genossen werden sich nun an das Oberverwaltungsgericht wenden, dessen Entscheidungen man zu Unrecht bei der Begründung dieses Urteils angezogen hat. Wenn der Standpunkt des Urteils richtig wäre, so würden wenige Gemeindevertretungen in Preußen die gesetzlich vorgeschriebene Hälfte Hausbesitzer haben. Niemals vorher hatte man in Rülheim den Begriff „Hausbesitzer“ in dieser Weise ausgelegt. Erst als zum ersten Male Sozialdemokraten gewählt wurden, hielten Zentrumsjesuiten diese Weisheit an.

### Ein Steuerföhler.

Die „Frankfurter Zeitung“ läßt sich aus Berlin berichten, daß in der Frage der Finanzreform eine günstige Wendung infolge eingetreten sei, als die Konservativen sich mit einer Brantweinsteuer von 10 M. pro Hektoliter zufrieden erklären lassen. Man erwartete, daß die Freisinnigen sich zu diesem Vorschlage zustimmend erklären, womit eine der Haupt Schwierigkeiten beseitigt sei. Allem Anscheine nach handelt es sich um eine ganz haltlose Kombination. Die Konservativen werden auf die Liebesgabe von 20 M. unter keinen Umständen verzichten. Und wenn der jetzt in der Steuerkommission befindliche Gesetzentwurf über die Brantweinsteuer scheitern sollte, dann wird einfach der Monopolentwurf der Regierung als konservativer Antrag wieder eingebracht.

### Nachverzollung des Tabaks.

Tabakengroßhändler verbreiten ein Gerücht, in dem eine Nachverzollung und -Besteuerung des Tabaks als ganz unmöglich hin-

gestellt wird. Demgegenüber will die „Deutsche Tageszeitung“ erfahren haben, daß die verbündeten Regierungen nach wie vor entschlossen seien, eine Verminderung der Erträge der beabsichtigten Tabaksteuererhöhung durch irgendwelche Maßnahmen nicht zuzulassen; sie werden im Reichstage, wo der Tabakverein nicht gerade an Sympathie gewonnen hatte, wohl sicher die nötige Unterstützung finden.

Den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wird zur gleichen Frage von einem Fachmanne mitgeteilt, daß wohl eine Sperre oder Nachverzollung der bereits in den Fabriken, also im Inlande befindlichen Rohabalmengen stattfinden werde, aber eine Zoll- oder Steuererhöhung auf das Rohprodukt nicht auf das fertige Fabrikat übergehen könne, gleichviel, ob es sich noch beim Fabrikanten oder schon im freien Verkehr befindet.

### Zum Kampf gegen das Turnen.

Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 22. April: Wie in anderen Städten, so verlangt man jetzt auch hier von dem Arbeiterturnverein „Richte“, den Beweis dafür zu erbringen, daß er einen Turnlehrer mit sittlicher und wissenschaftlicher Befähigung besitze. Bei der „Sorgfalt“ unserer Regierung für Jugend, Turner usw. half man sich insofern, daß man dem Stadtverordneten Genossen Thiele, der seine Prüfung als sächsischer Turnlehrer gemacht hat, die Leitung des Vereins übertrug. Die Regierung war aber damit nicht einverstanden und sandte dem Genossen Thiele ein Schreiben, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß er sein Amt als Turnlehrer niederzulegen habe. Der Arbeiterturnverein vermutet, daß man dies Mandat mit dem „sittlichen und wissenschaftlichen Turnlehrer“ nur macht, um den Verein aus den städtischen Turnhallen, die man ihm bisher zur Benutzung zur Verfügung stellte, hinauszugraulen. Man warte sich bei der Beschwerde an das Stadtverordnetenkollegium und hat, dem Arbeiterturnverein doch wenigstens so lange die Turnhallen zur Verfügung zu stellen, bis die Beschwerde erledigt ist. Stadtschulrat Brendel erklärte aber, daß er nichts versprechen könne und die Angelegenheit im Austrage der Regierung verfolgen müsse. Man überwiege die Beschwerde dem Petitionsausschuß. — Ein hübscher Beweis für das so viel gefeierte „Selbstverwaltungsrecht“ der Kommunen.

### Die Unruhen auf Samoa.

Nachrichten aus Samoa zufolge wird ein deutsches Kriegsschiff in Apia verbleiben; die beiden anderen werden 14 Häuptlinge, die auf Lebenszeit nach Neu-Britannien verbannt sind, dorthin bringen. Die Häuptlinge haben sich ruhig in ihr Schicksal ergeben.

### Militärgerichtsbarkeit am Kontrollversammlungsstag.

Ende Januar berichteten wir über eine Verhandlung vor dem Kriegsgericht Würzburg, in der es sich um die berühmte Auslegung handelte, daß Reservisten und Landwehrleute am Kontrollversammlungsstages den ganzen Tag unter der Militärgerichtsbarkeit stehen, auch für solche Handlungen, die mit dem militärischen Dienste nicht das geringste zu tun haben. Etwa 20 Kontrollpflichtige von Stadtschulrat bei Aschaffenburg hatten nach der Kontrollversammlung eine große Bierreise unternommen, auf der sie zuletzt spät nachts in der Rößschen Wirtschaft in Stadtschulrat anlangten. Hier entwickelte sich zuguterletzt die übliche Keilerei, die nach Landwehrgebrauch zum Abschluß einer solchen Gelegenheit gehört. Dabei erhielt der Reservistunteroffizier Oberle, der dem Reservisten Johann Depp einen Stuhl auf den Kopf schlug, von dem Bruder des Depp, Pius, ebenfalls Reservist, einige Schläge ins Gesicht. Die beiden Depp und der Unteroffizier sind gute Freunde und Duzbrüder. Als der Suff verflachen war, war alles wieder gut und keiner trug dem andern etwas nach; aber da die Geschäfte gerade sich am Kontrollversammlungsstages ereignet hatte, war die heilige Disziplin verletzt, die ganze Gesellschaft kam vor das Kriegsgericht. Dieses erklärte sich für unzuständig, da die Sache vor das Zivilgericht gehöre. Für die militärgerichtliche Aburteilung kämen nur Vergehen in Betracht, die mit dem Dienst selbst in Zusammenhang ständen.

Diese vernünftige Entscheidung pökte jedoch dem Gerichtsherrn nicht, das Kriegsgericht mußte nochmals in der Sache verhandeln und kam nunmehr zu dem Urteil, daß der Reservist Depp sich eines „militärischen Widerstandes und tätlichen Vergreifens“, der Unteroffizier der Mißhandlung eines Untergebenen sich schuldig gemacht habe. Der Reservist erhielt sechs Monate acht Tage Gefängnis, der Unteroffizier drei Wochen Mittelarrest.

### Welt-Postporto.

In einer Broschüre, die unter dem Titel „Welt-Postporto“ erschienen ist, tritt der Handelsvertragsverein für die Einführung des Postos von einem Penny (10 Pfennige) für alle Briefe im Verkehr zwischen den Ländern des Weltpostvereins ein. Wie darin ausgeführt wird, forderte schon am 7. März 1885 der verstorbene Staatssekretär v. Stephan im Reichstage die Herabsetzung der internationalen Postsätze auf die Inlandsätze als Ziel der künftigen Entwicklung, ebenso gleichzeitig der englische Abgeordnete J. Gemmill Heaton unter Zustimmung von 150 Parlamentariern, nachdem sogar schon 1859 der dänische Postbeamte Michaelson und im Jahre 1841 der Beamte der Thun und Taxis-Verbindung, v. Herrfeldt, das gleiche vorgeschlagen, ja im 18. Jahrhundert sogar schon in Deutschland einmal ein gleicher Postosatz für Inland- und Auslandsverkehr lange Jahre hindurch tatsächlich in Kraft gewesen war. Seit der Gründung des Weltpostvereins am 1. Juli 1875 ist ein Menschenalter vergangen, und seine Vorträge sind, trotz vieler Verkehrsvereinfachungen, im wesentlichen die gleichen geblieben. Die Spannung von durchschnittlich 100—150 Proz. zwischen Inland- und Auslandsporto macht sich heute drückender als je fühlbar. Die Unerträglichkeit des gegenwärtigen Zustandes tritt in nichts deutlicher zutage als in dem immer zunehmenden Anstich von Sonderpostvereinen. Es gibt zurzeit bereits insgesamt 26 Nachbarlands-Postvereine, 11 Kolonialreichs-Postvereine, endlich 16 Länder mit zusammen 64 Postvereinsbeziehungen nach fernem (überseeischen) Ländern oder Ländergruppen. Diese internationalen Postvereine innerhalb des Weltpostvereins umfassen gegenwärtig bereits zusammen ein Gebiet von 100 Millionen Quadratkilometern und 1310 Millionen Einwohnern, d. h. 96 Proz. des Gebietes und sogar 114 Proz. der Einwohnerzahl des Weltpostvereins!

### Oesterreich-Ungarn.

#### Die ungarische Krise.

Budapest, 22. April. Handelsminister Kossuth und Graf Apponyi, die Führer der Unabhängigkeitspartei, werden nächsten Sonnabend vom König in Audienz empfangen werden, um über die ungarische Bankfrage Vortrag zu halten. Falls der Vorschlag einer selbständigen ungarischen Notenbank vom König nicht angenommen wird, wird das Kabinett in der Montagssitzung dem Abgeordnetenhaus seine Demission anmelden.

### Frankreich.

#### Eine Auflage.

Paris, 22. April. In der „Humanité“ beschuldigt Faure die Regierung, ein Scheinattentat gegen den Präsidenten Fallières und Clemenceau anlässlich ihrer Reise nach Sizilien durch angeblich russische Terroristen in die Wege geleitet zu haben. Faure versichert, daß es sich in Wirklichkeit um russische Polizeiaagenten handelt, und daß er ihre Namen sowie alle Einzelheiten der Vorbereitungen zum Attentat veröffentlicht werden, wenn die russischen Späher Frankreich nicht bis zum Sonntag verlassen und das geplante Attentat nicht bis zu diesem Zeitpunkt ausgeführt sein würde.

## Spanien.

### Die Sargschiffe.

Madrid, 21. April. Der „Siglo Futuro“ veröffentlicht den Text der bei der Kammer gegen die Regierung eingereichten Denunziation. Ihr Urheber erklärt, er habe sich als spanischer Staatsbeamter nicht zum moralischen Mitschuldigen der schlimmen Konsequenzen machen können, welche die begangenen Handlungen nach sich ziehen würden; diese bedeuteten eine skandalöse Verwendung öffentlicher Mittel und eine aufreizende Mißachtung der Leute, die eines Tages ihr Leben auf den gefährlichen Schiffen wagen müßten.

### Die Kammerführung.

Madrid, 21. April. Die Kammer verhandelte heute über die Denunziation des Auditors Macias. Ministerpräsident Maura lehnte die in zwei Amendements zu dem Bericht der Kommission für Anfragen geforderte Einsetzung einer Spezialkommission ab. Er erbot sich, der Kammer die sämtlichen Schriftstücke über die Vergebung des Geschwäberbaues zu unterbreiten; die Kammer würde sie zu prüfen und dann zu entscheiden haben, ob sie die Regierung in Anklagezustand versetzen oder sie von aller Verantwortung freisprechen wolle. Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärte der Ministerpräsident, die Regierung bestreite unbedingt darauf, daß die Kammer die Anklage erhebe oder die Denunziation nach sorgfältiger Untersuchung als gegenstandslos erkläre. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. Eine große Menschenmenge umstand während der Sitzung das Parlamentsgebäude, es kamen jedoch keine Unruhestörungen vor.

### Amnestie für die Opfer von Alcalá del Valle.

Die französische Arbeiterkonföderation hat sich zusammen mit spanischen Arbeiterorganisationen an den spanischen Ministerpräsidenten gewandt, um die Amnestie der Opfer von Alcalá del Valle zu erreichen. Die Verurteilungen von Alcalá del Valle machten damals, es war im Jahre 1904, ein ebenso großes Aufsehen wie die von Montjuich. Hier wie dort waren die grausamsten Foltern angewandt worden, um die Gefangenen zu Geständnissen zu bringen. Einzugesetzt war an sich nichts. Die spanische Arbeiterpartei hatte als Protest gegen die fortgesetzten Sanktionen durch Polizei und Behörden den einseitigen Generalfreilassung für den 1. August 1903 beschlossen. Dieser Verlies überließ ruhig, nur in der andalusischen Stadt Alcalá del Valle kam es zu blutigen Zusammenstößen. 91 der Beteiligten, Männer, Frauen und Kinder, wurden verhaftet. Eine Anzahl wurde durch die grausamsten Mißhandlungen zu Gefängnissen gebracht und, vor das Gericht geschafft, zu ungleichen Strafen verurteilt. Die von der spanischen und französischen Arbeiterpartei eingeleitete Bewegung will nun endlich die Amnestie der damals Verurteilten herbeiführen.

## England.

### Gegen das Seebücherecht.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses brachte die Arbeiterpartei eine Resolution ein, die ebenso wie die von der deutschen Sozialdemokratie zum Etat des Reichskanzlers beantragte die Unantastbarkeit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten verlangt. Die Resolution wurde von Nowell begründet. Aber wie in Deutschland die Forderung eines Uebereinkommens über die Flottenrüstungen auf den Widerstand der Regierung stieß, so lehnte auch die liberale Regierung Englands die Resolution, die die Abschaffung des barbarischen Kapurrechts fordert, rundweg ab.

Ueber die Gründe ließ der Kriegsminister Mc Kenna keine Zweifel. Er erklärte, die europäischen Völker würden in dem Bezug von Rohmaterialien immer abhängiger von ihrem Ueberseehandel und es bedeute ein gewaltiges Machtwort in den Händen Großbritanniens, daß es den fremden Handel unterbinden könne, so lange es eine überlegene Flotte habe. Dann fuhr der Redner fort: So sehr wir einen Zustand der internationalen Stimmung begrüßen würden, der mehr Aussicht auf Abrüstung und schiedsgerichtliche Erledigung internationaler Streitigkeiten gewährte, so würden wir doch, so lange die Dinge bleiben, wie sie sind, uns selbst ohne jede Gegenleistung entwaffnen, wenn wir unser Recht preisgeben wollten. Mc Kenna verwies sodann auf die Instruktionen der britischen Bevollmächtigten im Haag und bat das Haus, die Regierung nicht durch Annahme der Resolution in Verlegenheit zu bringen; es würde besser sein, die Dinge zu lassen, und jenes Recht als Kompensationsobjekt in Reserve zu halten, wenn es eine Gelegenheit zu einer allgemeinen Einschränkung der Rüstungen sich zeigen sollte. Die Erörterung wurde dann auf unbefristete Zeit verlagert.

Zimmerhjn zeigt diese Antwort des englischen Ministers, daß die auch von der deutschen Regierung gewünschte Abschaffung des Kapurrechts durchsetzbar wäre, wenn die deutsche Regierung ihren Widerstand gegen ein Flottenübereinkommen fallen ließe. Jedenfalls ist die Gelegenheit vorhanden, einen ersten Versuch zu machen, um zu gleicher Zeit dem Wahnsinn des Flottenrüstens Einhalt zu tun und der Gefährdung des deutschen Handels durch das englische Seebücherecht ein Ende zu machen. Würde der deutsche Reichstag etwas anderes sein als eine Marionette in der Hand Wilkows, er würde mit allem Nachdruck die Forderungen unterstützen, die das deutsche wie das englische Proletariat zum Schutze des Friedens erhoben hat.

### Ein Kirchengesetz.

London, 21. April. Premierminister Asquith brachte die Welsh Disestablishment Bill ein. Die Vorlage ist dem Inhalte nach dieselbe, wie diejenige, welche Asquith während der letzten liberalen Regierung im Jahre 1895 eingebracht hat. Sie fest die Entstaatlichung der anglikanischen Kirche in Wales vor, entfernt die walesischen Bischöfe aus dem Oberhaus und stellt die Schenkungen, welche der Kirche vor dem Jahre 1609 für Hospital-, Erziehungs- und ähnliche Zwecke gemacht wurden, unter die Administration des Grafschaftsrats. Die Bill wird von den Unionisten scharf bekämpft, und es ist zweifelhaft, ob die Regierung versuchen wird, die Vorlage noch in dieser Session durch das Unterhaus zu bringen.

### Eine Untersuchung über die Kriegsbereitschaft.

London, 22. April. Unterhaus. Londdale (Konserbativ) richtete an den Premierminister Asquith die Anfrage, ob er jetzt in der Lage wäre, festzustellen, daß die vier bedingungsweise zu erbauenden Schiffschiffe noch während des laufenden Finanzjahres auf Stapel gelegt werden. Asquith erwiderte, er habe der vom Staatssekretär Grey während der kürzlich stattgehabten Debatte abgegebenen Erklärung nichts hinzuzufügen. (Beifall.) In Beantwortung einer weiteren Anfrage sagte Asquith,

die Erklärung, betreffend die Kriegsbereitschaft der Flotte in dem heimatischen Gewässern während der letzten beiden Jahre sei ihm kürzlich durch Admiral Lord Weresford unterbreitet worden. Die von Weresford aufgezählten Punkte wären geeignet, den Gegenstand einer Untersuchung seitens einer Unterkommission des Reichsverteidigungsausschusses zu bilden, deren Vorsitz der Premierminister übernehmen werde. Die Admiralität wünsche einmütig eine solche Untersuchung.

## Dänemark.

### Die Landbefestigung abgelehnt.

Kopenhagen, 22. April. Das Folkething hat heute die zweite Lesung der Militärvorlagen beendet und mit 69 gegen 35 Stimmen den Paragraphen betreffend die vorgeschobenen befestigten Positionen auf der Landseite Kopenhagens abgelehnt. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, die Radikalen und die überwiegende Mehrzahl der Reformpartei, dafür stimmte die Rechte, die Gemäßigten und 13 Mitglieder der Reformpartei. Dem sozialdemokratischen Abrüstungsvorschlag wurde die dritte Beratung verweigert.

## Persien.

### Protest gegen die russische Intervention.

Petersburg, 22. April. Der Dumapräsident Chomjakow erhielt ein Telegramm des Endschahmens von Chorassan, besagend, daß die Bevölkerung der persischen Provinz Chorassan konstitutionelle Rechte fordert, gegen eine russische Militärexpedition, die dem Prinzip der Nichtmischung in persische Angelegenheiten widerspreche, protestiert und die zivilisierte Welt bittet, nicht zu versuchen, die Bevölkerung Persiens mit ausländischer Hilfe dem Absolutismus des Schahs zu unterwerfen.

## Amerika.

### Das Zollgesetz.

Washington, 21. April. Das Finanzkomitee des Senats hat ein Amendement zur Tarifbill angenommen, daß die Errichtung eines Zollgerichtshofs vorseht, an welchen von den Entscheidungen der Lagatoren über den Wert der Einfuhrgüter appelliert werden kann.

## Kanada.

### Der Handelsvertrag mit Deutschland.

Ottawa, 21. April. In Beantwortung einer Anfrage im Senat erklärte heut der Handelsminister, daß noch keine formellen Verhandlungen mit amtlichen Vertretern Deutschlands über die gegenseitigen Handelsbeziehungen geführt worden seien, doch hätten schon Besprechungen mit deutschen Interessenten am kanadischen Handel stattgefunden.

## Aus der Partei.

### Ein glänzender Gemeindevahltag.

wurde bei den Kommunalwahlen in Furtwangen (Baden) erzielt. Die sozialdemokratische Liste ging vollständig durch. In der ersten Wahl hatte die Zentrumsliste gesiegt. Die Radikationen der Zentrumspartei haben indes zur Ungültigkeitserklärung dieser ersten Wahl geführt.

### Zur Mairfeier.

In einer Betriebsversammlung sämtlicher Angestellten des Allgemeinen Konsumvereins für Kiel und Umgegend wurde einstimmig beschlossen, den 1. Maibuch Arbeitruhe zu begehen. Dasselbe beschlossen die Zahlstellenversammlungen der Bauhilfsarbeiter und der Schaufmacher.

### Zum Organisationsstatut.

Der sozialdemokratische Kreisverein in Mülhausen i. Elz. beschloß in seiner am Sonntag tagenden Generalversammlung, eine Reihe von Änderungen zum Entwurf des neuen Organisationsstatuts zu beantragen. So u. a. Aufhebung des Privilegs der Reichstagsfraktion bei der Besetzung des Parteitag. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und die vom Parteivorstand berufenen Referenten sollen auf den Parteitag in allen Fragen nur beratende Stimme haben. Zur Einberufung eines außerordentlichen Parteitags sollen 15 Wahlkreisorganisationen (statt, wie der Entwurf vorschlägt, 15 Vorstände der Bezirke bzw. Landesorganisationen) berechtigt sein. In den Bestimmungen über den Ausschluß aus der Partei soll der neu vorgeschlagene Sach gestrichen werden, wonach der Ausschluß auch erfolgen kann, wenn ein Mitglied „wiederholt in beauftragter Weise die Parteinteressen schädigt“.

Eine außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Kreis Essen erklärte sich in einer Resolution im allgemeinen mit dem neuen Organisationsstatut einverstanden und erklärte es insbesondere als eine selbstverständliche Pflicht der Partei, im Statut auszusprechen, daß zur Partei nur gehören kann, der die Grundsätze des Parteiprogramms anerkennt.

In Bezug auf die Uebertragung der Organisation sprach die Versammlung den dringenden Wunsch aus, „daß zur endlichen Schaffung der straffen Zentralisation übergegangen und mit der Errichtung des partikularen Systems von sogenannten Ortsvereinen gebrochen wird“.

Der sozialdemokratische Verein Bayreuth erklärte sich am Montag mit dem neuen Organisationsentwurf einverstanden. Lediglich über die Festsetzung des Grundbeitrages auf 30 Pf. (der Kreis erhebt bisher einen Monatsbeitrag von nur 25 Pf.) entwickelte sich eine lebhaft Diskussion. Die Beschlußfassung über diesen Punkt bleibt der nächsten Kreisgeneralversammlung vorbehalten.

### Parteiliteratur.

Die Natur und die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Ein Vortrag gehalten vor Berliner Arbeitern von Eduard Bernstein. Unter diesem Titel erschien soeben eine Broschüre im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Aus dem Inhalt geben wir folgende Kapitelüberschriften wieder: „Das Kapital bedeutet.“ — „Das Wesen und die Voraussetzungen des Kapitalismus.“ — „Der Einfluß des Kapitalismus auf die Produktionsweise.“ — „Der Kapitalismus und die Steigerung des Reichtums.“ — „Der Kapitalismus und die Verneinung der Umlaufmittel.“ — „Der Kapitalismus und die Beweglichkeit des Kapitals.“ — „Der Kapitalismus und die Zunahme der Kapitalisten.“ — „Der Kapitalismus und das Wachstum der Städte.“ — „Der Kapitalismus und die Zunahme der Arbeiterklasse.“ — „Die Schäden und die Ueberwindung des Kapitalismus.“ Preis 50 Pf. Agitationsausgabe 20 Pf. Durch alle Expeditionen und Kolporteurs zu beziehen.

Waiszeitung 1909. In den nächsten Tagen gelangt die künstlerisch illustrierte Waiszeitung der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, zur Ausgabe. Der Preis ist 10 Pf.

Der Sozialist Kew und die Terroristische Taktik. Von Leo Deutsch. Uebersetzt von S. Gumbach. 2 1/2 Bogen. Preis 40 Pf. Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M. In der Hand eines reichen Taktikmaterials zeigt Genosse Leo Deutsch die Einschleifung des Spießes in die Partei der russischen Terroristen, sein Doppelspiel und seine Enttarnung. Eingehend beipricht er die sich für die Terroristen ergebenden Konsequenzen. Die Broschüre wird für viele Genossen eine willkommenen Gabe sein.

Die überflüssige Polizei. Unter diesem Titel erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, ein lustiger Satiriker in Reimen von Ludwig Lessen. Mit gutem Humor schildert der Verfasser, wie die Polizei durch besonders schneidiges Vorgehen und „herbortragende Intelligenz“ eines Beamten die sozialdemokratischen Flugblätter durch ihre Organe verteilten läßt, in der Meinung, „patriotische“ Flugblätter zu verbreiten. Preis fünf Rollenexemplare 2,50 Mark. Zu beziehen durch alle Expeditionen und Kolporteurs.

Keine Doppelkandidaturen. Die Meldung über die Aufstellung des Genossen Karl Sindermann als Kandidat im 87. landlichen Landtagswahlkreis, die durch einige sächsische Parteiblätter ging und auch von uns übernommen wurde, ist, wie das Zwickauer „Sächsische Volksblatt“ feststellt, unzutreffend. Bisher hat eine Konferenz der Vertreter des Kreises, die sich mit der definitiven Nomination des Kandidaten beschäftigt hätte, noch nicht stattgefunden. Es kann sich also höchstens um Vorschläge handeln.

Der Schwindler Jakob Schwarz, vor dem wir in der Mittwochnummer warnten, wurde in Vuer in Westfalen von der Polizei verhaftet, als er versuchte, sich von einem dortigen Genossen auf Grund der gefälschten Papiere 20 M. zu ergattern.

## Jugendbewegung.

Der Verband der jugendlichen Arbeiter Österreichs hielt am 11. und 12. April in Wien seinen 3. Verbandstag ab. Aus dem ausführlichen Bericht, den der Vorstand vorlegte, heben wir folgende Daten hervor: Der Verband, der Ostern 1903 mit 19 Zweigvereinen gegründet wurde, zählte Ende 1908 100, am 31. März 1909 159 Zweigvereine, die sich auf 12 Kronländer verteilen. Rund 6000 Mitglieder sind in ihnen vereinigt. Die meisten davon sind zwischen 14 und 18 Jahren alt. Die Einnahmen des Verbandes betragen in der Berichtsperiode (1906, 1907, 1908) 19.406,87 Kronen, die Ausgaben 19.201,34 Kronen. Das Verbandssekretariat empfing 6000 Poststücke und sandte 18.000 aus. Der Verband ließ eine Broschüre „Staatslehre“ in 10.000 Exemplaren und eine unter dem Titel „Lehrlingsbuch“ in 6000 Exemplaren erscheinen. Das Verbandsorgan erscheint monatlich und hat eine Auflage von 7500 Exemplaren. Die Einnahmen des Blattes betragen 10.006,00 Kronen, die Ausgaben 18.848,97 Kronen. Der große Aufschwung des Verbandes ist zum großen Teile dem Umstande zuzuschreiben, daß die Jugendorganisation von der Partei und den Gewerkschaften finanziell und agitatorisch in hohem Maße unterstützt wird. Der Verband führte in der Berichtsperiode große Aktionen, um eine Reform des gewerblichen Schulwesens zu erzwingen. Außerdem bemühte er sich, eine Verbesserung der Lehrlingsgesetzgebung zu erreichen und erzielte zum Beispiel den Erfolg, daß das österreichische Abgeordnetenhaus im Sommer 1908 bei der Beratung eines Handlungsbüchergesetzes einen 10tägigen Urlaub für die Handlungslehrlinge beschloß. Außerdem setzte sich der Verband dafür ein, daß die bestehenden Lehrlingsgesetze eingehalten werden und brachte Tausende Gekesüberreitungen zur Anzeige. Groß ist auch die Bildungsarbeit, die geleistet wird. In Wien allein wurden in der Berichtsperiode 685 wissenschaftliche Vorträge abgehalten. Außerdem fand eine Reihe von Konzerten, Festen und Exkursionen statt. Ferner wurden den Mitgliedern in den Jahren 1907 und 1908 4504 Theaterkarten zur Verfügung gestellt. Durch Turntische und Ausflüge wurde für die körperliche Ausbildung gesorgt. Auch die Zweigvereine der Provinz suchten nach Kräften durch Vorträge und andere Veranstaltungen für die sozialistische Erziehung ihrer Mitglieder zu sorgen.

Der Verband wurde von den Behörden heftig verfolgt, was zahlreiche kleine Verurteilungen zur Folge hatte. Die arbeitervölklichen Parteien denunczierten ihn unangekündigt als staatsgefährlich und verlangten wiederholt seine Auflösung. Da sie diese nicht erreichen konnten, so begründeten sie selbst Jugendorganisationen, die mit städtischen Geldern unterstützt werden.

Der Verbandstag war glänzend besetzt. 105 Delegierte nahmen an ihm teil, von denen 59 aus der Provinz gekommen waren. Der Parteivorstand, die Gewerkschaftskommission, die sozialdemokratischen Abgeordneten und viele andere Korporationen hatten Delegierte geschickt. Glüdswünsche überanden außer der tschechischen und ungarischen Jugendorganisation die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, dann die Jugendorganisationen von Dänemark, England, Holland, Italien, Rumänien und Schweden. Nach einer langen Debatte wurden die Anträge abgelehnt, die die Aufnahme weiblicher Mitglieder in den Verband verlangten. Der Verbandstag beschäftigte sich sodann hauptsächlich mit der Aufstellung eines detaillierten Programms für die Reform des gewerblichen Schulwesens und den Lehrlingsbuch, ferner mit der Festsetzung der Grundsätze für die Bildungsarbeit und den Methoden zur praktischen Durchführung. Der Verbandsvorstand wurde aufgefordert, womöglich das Verbandsorgan auszugestalten, Wanderbibliotheken einzurichten sowie Anleitungen zur Zusammenstellung von Bibliotheken und zum Studium des Sozialismus herauszugeben. Auch eine Resolution gegen die Schäden des Alkoholismus wurde angenommen. Zum Verbandsvorsitzenden wurde Anton Jensek wiedergewählt. Ein neuer Sekretär an Stelle des einige Tage vor dem Verbandstage verstorbenen Genossen Brucko wurde nicht gewählt. Anschließend an den Verbandstag fanden drei Landeskonferenzen statt, die sich mit dem Ausbau der Organisation beschäftigten.

## Aus Industrie und Handel.

### 1 175 095 642 M. Ueberschüsse.

Im Wirtschaftsleben rechnet man mit Summen, die über das Vorstellungsberechnen und die Grenzen harter Begriffsbestimmung mancher Arbeiter hinausgehen. Ganz besonders gilt das in Bezug auf die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Hier stehen riesensummen zusammen und enorme Beträge werden als reine Kapitalprofite abgestoßen. Den ersten Platz unter den Erwerbsgenossenschaften beanspruchen die Aktiengesellschaften. Nach einer Zusammenstellung im „Statistischen Jahrbuch für den Preussischen Staat“ domizilierten in diesem — 1907 — 2746 Aktiengesellschaften mit 8560 1/2 Millionen Mark eingezahltem Kapital, 2457 1/2 Millionen Mark Ueberschüssen, 1006 Millionen Mark Reserven und 35 491 Millionen Mark Aktien. Von den Gesellschaften erzielten 2284 mit 7996 Millionen Mark Aktienkapital 1034 Millionen Mark gleich 13 Proz. bilanzmäßigen Reingewinn. Dividenden verteilten 1903 Gesellschaften mit 7515 1/2 Millionen Mark Kapital. Die Dividenden summe betrug 717 Millionen Mark gleich 8,6 Proz. Im Vergleich mit den beiden Vorjahren ergeben sich folgende Resultate:

Jahr	Zahl der Gesellschaften überhaupt	der mit Reingewinn abschließen	der Dividenden verteilten	Summe des Reingewinns in Millionen Mark	Dividenden in Millionen Mark	Proz.
1905	2584	2108	1803	812 1/2	576	7,8
1906	2650	2178	1901	978	678 2/3	8,6
1907	2746	2284	1963	1084	717	8,6

Das sind ganz respektable Summen. Sie stehen in die Taschen der für die Produktion vollständig überflüssigen Aktionäre, die an dem Ertragnis der Unternehmen mit keinem Quentchen geistiger oder physischer Arbeitsleistung beteiligt sind.

Um ein Bild von den Ueberschüssen der anderen Gesellschaften zu gewinnen, muß die Einkommensteuerveranlagung herangezogen werden. Nach der Veranlagung im Jahre 1908 haben ausgewiesen: 2134 Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien mit 8 867 242 286 M. eingezahltem Aktienkapital 1 062 369 007 M. Ueber-

Die Lage in der Türkei.

Konstantinopel, 22. April. (B. Z. V.) Die Deputiertenkammer und der Senat hielten heute eine gemeinsame Sitzung im Hause des Justizklubs in San Stefano ab. Die Parliamentswoche war von Freiwilligen der mazedonischen Armee gebildet, unter denen sich der bekannte bulgarische Bandenführer Panika befand. Den Vorsitz führte der Senatspräsident Said Pascha. Auch der frühere Kammerpräsident Ahmed Riza war anwesend und wurde lebhaft begrüßt. Unter den Deputierten und dem zahlreichen Publikum, das sich im Garten des Klubhauses aufhält, herrschte lebhaftige Bewegung. Es wurde in geheimer Sitzung beschlossen, das Vorgehen der mazedonischen Armee zu legalisieren, sowie den von der Armee erlassenen beiden Proklamationen zuzustimmen. Während der Sitzung wurden vom Meere her fünf türkische Kriegsschiffe im Flaggenschmuck sichtbar, und bald darauf erschien ein Marineoffizier, um namens der Flotte zu erklären, daß die Seestreitkräfte zur Verfügung des Parlaments ständen. Um 8 Uhr abends dauerte die Sitzung noch fort. Es werden entscheidende Auseinandersetzungen erwartet.

Konstantinopel, 22. April. (B. Z. V.) In der geheimen Sitzung, an der 19 Senatoren und 120 Deputierte teilnahmen, stand auch ein Antrag auf Abfertigung des Sultans zur Beratung, gegen den Muktar Pascha sprach. Im weiteren Verlaufe der Sitzung beschloß das Parlament, das sich als Nationalversammlung konstituierte, eine Proklamation zu erlassen, in welcher erklärt wird, daß das Vorgehen der Belagerungsarmee den Wünschen der Nation entspricht. Jedermann sei dieser Armee gegenüber zum Gehorsam verpflichtet, Widerstand gegen sie werde zu Recht bestraft werden. Die Nationalversammlung erklärte sich in Permanenz. Sodann legte der während der Unruhen gewählte Präsident Mustafa seine Würde zugunsten des früheren Präsidenten Ahmed Riza nieder.

Konstantinopel, 22. April. (B. Z. V.) Der Geschäftsgang auf der Borsse und auf den übrigen Ministerien ist infolge der Abwesenheit vieler Beamten, sowie wegen der unterbrochenen Verbindung mit vielen Wilajets stark zurückgegangen, sonst aber funktionieren die Zentralbehörden wie immer. Gerüchweise verlautet, der Großwesir Tewfik Pascha werde am Sonnabend demissionieren. Die Situation scheint für den Sultan kritisch, seine Zukunft sehr unsicher zu sein. Es sind alle Eventualitäten zu berücksichtigen. Andererseits ist zu konstatieren, daß der Sultan in der Masse der Bevölkerung noch einen großen Anhang besitzt, besonders in den niedrigen Klassen. Während ein großer Teil der öffentlichen Meinung den Sultan als den Ärmster des Anstandes vom Dienstag voriger Woche, und seinen intimen Berater, den Eunuchen Rodir, sowie Wurhan Eddin als direkte Vermittler betrachtet, wird es von einem anderen Teil bestritten. Dieser führt verschiedene Gegenbeweise an und lenkt den Verdacht auf andere Personen. Diese Strömung scheint bisher gut geleitet zu sein und auch Wirkungen zu äußern. Es verlautet, daß der Senatspräsident Said Pascha während der Krise der letzten Tage dem Hilfig gegenüber eine hervorragende Rolle gespielt habe. Außerordentlich herrscht Ruhe. Seit der Proklamation der mazedonischen Armee aber nimmt die Furcht der kompromittierten Versauen aus Konstantinopel ständig zu. Unter den Flüchtlingen befinden sich auch einzelne Soldaten. Man fürchtet eben ein strenges Strafgericht und die ängstliche Bevölkerung ein Blutbad. Viele Bosnier, darunter einige Schüler, sind abgereist.

Konstantinopel, 22. April. (B. Z. V.) Die Nachricht, daß die Komitetruppen bereits in unmittelbarer Nähe Konstantinopels vorgerückt seien, ist unzutreffend. Ihre Vorposten stehen auf der Linie San Stefano—Nitro—Gulsholich—Pyrgos. Der Einmarsch der Truppen dürfte auch morgen nicht erfolgen.

Aus dem englischen Parlament.

London, 22. April. (B. Z. V.) Unterhaus. Staatssekretär Grey sagte in Beantwortung einiger Fragen über die Lage in Persien, der einzige Weg, um den gegenwärtigen Stand der Dinge zu enden, bestände für den Schah darin, daß er Reformen einführe, seine Ratgeber, die rückwärtlich und unzulänglich seien, entlasse und ein Parlament zusammenberufe. Der britische und der russische Vertreter in Teheran hätten vereint ernste Vorstellungen in diesem Sinne erhoben. Was die Lage in Librien anlangt, so habe die russische Regierung, die allein in der Lage sei, dort etwas zu unternehmen, für den Fall, daß die Unterhandlungen während des Waffenstillstandes zu keinem Ergebnis führen würden, Vorschläge getroffen, die, wie er vertraue, die Öffnung des Weges für die Lebensmittelfuhr zur Stadt sichern und die in ihr befindlichen Ausländer schützen würde. Im weiteren Verlaufe der Sitzung fragte Wedgwood (lib.) bezüglich der Vorgänge in der Türkei, ob irgend ein Grund zu der Annahme sei, daß die britische Regierung in irgend einer Weise die sogenannte liberale Union diplomatisch unterstützen oder das Vorgehen der Union für Freiheit und Fortschritt mißbilligt habe. Staatssekretär Grey erwiderte verneinend und fügte hinzu, die britische Regierung habe die Errichtung der konstitutionellen Regierung in der Türkei seit deren Einführung im Juli vorigen Jahres heiß willkommen geheißen; sie halte sich aber von jeder Einmischung in den Streit der Parteien fern, weil dies außerhalb des Wirkungsbereiches einer auswärtigen Regierung liege.

Streit auf französischen Postdampfern.

Marseille, 22. April. Die Befragungen der Postdampfer „Portugal“ und „Sagahen“, die nach Alexandria bezw. Konstantinopel im See gehen sollten, sind in den Ausländern getreten, sodaß die Dampfer nicht abgehen konnten. Die Ausländer verlangten insbesondere einen Ruhetag in der Woche.

Bruch des Waffenstillstandes.

Teheran, 22. April. (B. Z. V.) Einer der Kommandanten der Schahtruppen in Librien hat sich den Waffenstillstand zunutze gemacht, indem er eine wichtige nationalitische Stellung im Südwesten der Stadt besetzt hat. Die britische und die russische Gesandtschaft haben gegen diesen schweren Bruch der Kriegsgebräuche auf das nachdrücklichste protestiert.

Diphtherieepidemie in einer Kaserne.

Magdeburg, 22. April. (B. Z.) Durch einen Osterurlaub wurde in die Kaserne des bieren Pionierbataillons Diphtherie eingeschleppt. Etwa 20 Pioniere mußten ins Garnisonlazarett gebracht werden. An einer großen Anzahl von Soldaten sind bereits Schutzimpfungen vorgenommen worden.

Entgleister Zug.

Wärzburg, 22. April. (B. Z. V.) Auf der Lokalbahn Hammelburg—Gemünden entgleiste ein Lokalzug. Die Lokomotive des Zuges sowie ein Güterwagen liegen umgekehrt auf der Strecke. Zwei Personenwagen sind mit allen Rädern entgleist. Der Führer ist anscheinend schwer verletzt.

Bergarbeiter in Weisstein habe eine namhafte Summe unterzogen. Der von der Verleumdung Betroffene, ein braver Genosse, der schon seit elf Jahren sein Amt gewissenhaft versieht, stieg gegen Emert Privatklage an.

Vor dem Schöffengericht redete sich Emert damit heraus, daß er vom Kassierer des „Bauarbeiterverbandes“ geschrieben und „Bergarbeiterverband“ nur ein Druckfehler sei. Er wurde deshalb freigesprochen. Jetzt hat die Strafkammer über die von unserem Genossen eingeleitete Berufung verhandelt. Dabei wurde festgestellt, daß es in Weisstein eine Zahlstelle des Bauarbeiterverbandes gar nicht gibt und daß auch auf dem Manuskript Bergarbeiterverband geschrieben hatte.

Der Verleumder kam mit 100 R. Strafe davon.

Erfolgreiche Abwehrkämpfe der Textilarbeiter.

Fortgesetzt versuchen die Textilunternehmer in den verschiedensten Teilen des Reiches den Lohn der Arbeiter herabzusetzen. Diese Bestrebungen werden durch die Krisis wirksam gefördert. Die Folge sind Abwehrkämpfe der organisierten Arbeiter. Drei dieser Kämpfe wurden in den letzten Tagen mit Erfolg für die Arbeiter beendet. In Langenbieten a. S. ist es gelungen, die beabsichtigte Reduzierung der Löhne um etwa 20 Proz. bis auf einen Rest von etwa 2 Proz. zurückzuweisen. Um dieses zu erreichen, war ein siebenwöchentlicher Streik notwendig. Die vom Unternehmerverband im Laufe des Kampfes beschlossene Aussperrung blieb unwirksam. Das gestellte Ultimatum konnte nicht ausreicht erhalten werden. Man war genötigt, die von den Arbeitern gewünschten Lohnzuschläge für über 125 Zentimeter breite Ware zu bewilligen. Das Risiko der Aussperrung ist damit ausgesprochen. Obwohl die schlesischen Unternehmer sich der Erfolglosigkeit der Aussperrungsmaßnahme durchaus bewußt sind, will doch die „wahrheitsliebende“ „Arbeitsbeziehung“ der Öffentlichkeit weismachen, die weitere Androhung der Aussperrung des fünften Teiles aller Arbeiter habe den Verband sofort zur Aufhebung des Streiks veranlaßt. Tatsächlich wurde der Streik aufgehoben, nachdem durch Verhandlungen für breitere Waren weitere 2 Pf. Lohnerhöhung pro Schuh und Stück zugestanden war. Maßregelungen wurden laut Vereinbarung nicht vorgenommen.

Ein zweiter Streik wurde mit vollem Erfolg in Colmar beendet. Dort verfuhr eine Firma Gensburger den Webern für bestimmte Artikel bedeutend niedrigere Löhne anzubieten, als in den übrigen Fabriken gezahlt werden. Nach erfolglosem Verhandeln kam es zum Streik. Die Arbeiter beantworteten die Lohnreduktion mit Forderungen. Am 19. April wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Neben Lohnaufbesserungen wurde erzielt, daß eine früher gewährte 10prozentige Lohnaufbesserung bei Berechnung der Prämie mit in Anrechnung kommen soll. Bisher war das nicht der Fall. Schutzregeln werden eingeführt. Maßregelungen finden nicht statt.

Einen dritten Erfolg erzielten die im deutschen und im christlichen Verband organisierten Wälschweber in Grefrath. Auch hier wurde ein Verdienstrückgang durch mehrwöchentlichen Streik verhindert.

In der Feilenfabrik Brand in Witten sind die Schleifer wegen Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse in den Streik getreten. — Zugung ist streng fernzuhalten.

Zum Streik der Hamburger Kosmischneider und Schneiderinnen.

Am Montag haben in München zwischen den beiden Hauptvorständen des Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbandes Verhandlungen stattgefunden, die ergebnislos verliefen. Das von den Arbeitgebern bewiesene „Entgegenkommen“ bestand darin, daß sie die bestehenden Lohnsätze hinabzudrücken suchten, was von den Vertretern der Arbeitnehmer zurückgewiesen wurde. In der am Mittwochabend stattgehabten Versammlung der Streikenden gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, die eine energische Fortsetzung des Ausstandes verlangt.

Die Bemühungen der großen Geschäfte, Streikbrecher vom Auslande zu importieren, haben bislang keinen Erfolg gehabt.

Der frühere Beamte des Bergarbeiterverbandes Spaniol bestreitet in der „Eisener Volkszeitung“, der Verfasser des Verleumdungsflugblattes gegen Brust zu sein. Er bestreitet ferner, von christlicher Seite die Mitteilungen darüber erhalten und weitergegeben zu haben. Dazu wird uns vom Verbandsvorstand versichert, daß die von ihm gegebene Darstellung über die Entstehungsgeschichte des Flugblattes durchaus zutreffend sei und daß Spaniol — wie durch Zeugnisse bewiesen werden soll — feinerzeit sich dieses Trübs sogar selbst gesteht habe.

Günstiger Tarifabschluss.

Ohne Kampf haben die Drahterarbeiten in Regensburg einen sehr günstigen Tarif abgeschlossen. Charakteristisch dabei ist die Tatsache, daß nach Einreichung der Forderungen der freigeordneten Arbeiter einige Unternehmer schnell noch eine christliche Streikbrecherorganisation gründen wollten, um die günstige Situation der freigeordneten Arbeiter abzuschwächen.

Im Kampf gegen Streikposten.

Die Reichener Amishauptmannschaft hat auf Grund einer besonderen Verordnung über das Streikpostenwesen anlässlich des Glasarbeitersstreiks in Prokath nicht weniger als 42 Strafmandate gegen Streifende erlassen. Sieben von diesen gelangten bisher zur gerichtlichen Entscheidung und endigen sämtlich mit Freisprechung. In 15 Fällen haben leider die mit einem Strafmandat Bedachten auf Jureden des Anwalts hin ihren Einbruch zurückgezogen. In einer Reihe von Fällen hat die Amishauptmannschaft selbst die Strafmandate auf erfolgten Einbruch hin zurückgezogen.

Eine Tarifbewegung der Steinarbeiter ist für die nächste Zeit im Pilschellortsteingebiet des Untermaines zu erwarten. In allen Zahlstellen erhebt sich infolge der ständig zunehmenden Differenzen immer lauter der Ruf nach tariflicher Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Wie auf einer Konferenz der Arbeiter dieses Bruchgebietes mitgeteilt wurde, hat sich die Gaukommission mit der Frage schon seit Monaten beschäftigt und bereits die nötigen Vorbereitungen getroffen. Auch der Hauptvorstand hat schon seine Zusage erteilt, da in diesem Jahre der Verband voraussichtlich, abgesehen von wenigen größeren Bewegungen, nicht allzusehr in Anspruch genommen wird. In der nächsten Zeit werden im ganzen Gebiet Bezirksversammlungen stattfinden, um zu der Frage Stellung zu nehmen. In allen größeren Steinbruchgebieten Bayerns bestehen bereits Tarife; eine Ausnahme macht nur der Pilschellortsteingebiet, wo eine im vorigen Jahre angebahnte Tarifbewegung an dem Widerstande der Unternehmer scheiterte.

Der Augsburgs Magistat als Streikbrecheragent.

Die Erdarbeiter Augsburgs befinden sich in einer Lohnbewegung und haben auch bei der Firma Schneider u. C. H. in die Arbeit niedergelegt. Die Firma hatte von der Stadtgemeinde Gleisverlegungsarbeiten in Submission übernommen. Anstatt nun die bestreikte Firma zur Einhaltung ihres Vertrages zu zwingen, hat der „liberale“ Magistat dieser Firma 17 städtische Arbeiter als Streikbrecher zur Verfügung gestellt. Als diese Arbeiter sich weigerten, den Streikenden in den Rücken zu fallen, wurde ihnen mit Entlassung gedroht. Die städtischen Arbeiter ließen sich aber trotzdem nicht zu Streikbrechern machen. — Das Vorgehen des Magistats ist um so verwerflicher, als eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit in keiner Weise vorlag, diese Maßnahme vielmehr nur den Zweck hatte, dem Unternehmer den Rücken zu steifen.

Kasse, aus denen 879 684 351 M. Dividenden gezahlt worden sind, 140 Bergwerkgewerkschaften mit 850 254 255 M. Kapital 88 853 379 M. Ueberüberschüsse mit 67 741 075 M. Ausbeute für die Augeninhaber, 863 eingetragene Genossenschaften mit 39 057 200 M. Kapital 10 205 148 M. Ueberüberschüsse, wovon 7 104 300 M. an die Mitglieder zur Verteilung gelangten, 846 Konsumgenossenschaften mit 16 357 615 M. Kapital 13 378 108 M. Ueberüberschüsse und 12 305 077 M. Gewinnausschüttung. Die aufgeführten Gesellschaften — also ohne G. m. b. H. — verfügen demnach über 9 772 911 365 M. Kapital; sie erzielten 1 175 095 642 M. Ueberüberschüsse und konnten an die Bezugsberechtigten 966 834 803 M. abführen. Für die G. m. b. H. fehlen Angaben über Kapital, Ueberüberschüsse und Gewinnausschüttung der steuerpflichtigen Gesellschaften, nur das steuerpflichtige Einkommen ist angegeben. Dieses muß berücksichtigt werden, will man die G. m. b. H. in den Kreis der Betrachtung ziehen. Um einen orientierenden Ueberblick zu geben, machen wir diese Zusammenstellung:

Table with 3 columns: Aktien- u. Kommanditgesellschaften auf Aktien, Bergwerkschaften, Eingetragene Genossenschaften, G. m. b. H., Summe der berücksichtigten Ueberüberschüsse, Steuerpflichtiges Einkommen.

Die Konsumgenossenschaften, die nicht als Erwerbsgesellschaften angesehen werden können, haben wir bei der vorstehenden Aufstellung unberücksichtigt gelassen. Die Figura zeigt, erlangten die G. m. b. H. bereits eine sehr große Bedeutung, und die Bergwerkschaften sind anscheinend in der Steuerdeklaration am besten versiert. Die berücksichtigten Gesellschaften haben wohl alle den Sitz in Preußen, deren Betriebe aber domizilieren teilweise in anderen Staaten. Auf Preußen entfallen von dem gesamten steuerpflichtigen Einkommen für das Erhebungsjahr 1908 rund 782 Mill. Mark. Im Jahre 1892 ergab sich erst eine Summe von 257 Millionen Mark.

Die Zahlen lassen das riesenhafte Wachstum der Erwerbsgesellschaften erkennen, und sie lassen eine Ahnung aufsteigen von der Größe des Anteils, den das Kapital vom Arbeitsvertrage absorbiert. In den Sammelbetrieben des Kapitals konzentriert sich eine ungeheure soziale und wirtschaftliche Macht. Hier tritt das Kapital ganz unpersönlich, als nacktes, brutales Ausbeutungsmittel den Arbeitern entgegen. Hier wird sinnfällig die Widersinnigkeit der kapitalistischen Ordnung, die einigen Kapitalgebern arbeitslose Millionen in den Schoß wirft, viele tausende fleißige, produktiv tätige Arbeiter hungern und darben läßt.

Gründungen und Kapitalerhöhungen.

Ueber Gründungen und Kapitalerhöhungen im März und im ersten Viertel dieses Jahres bringt die Zeitschrift „Die Bank“ in ihrer April-Nummer folgende Zusammenstellungen:

Table with 2 columns: Gründungen, Kapitalerhöhungen, showing statistics for 1909 and 1908.

Demnach ist die diesjährige Gründungstätigkeit stärker als die vorjährige.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

In der Werkstätte des Herrn Dachdeckermeisters Pawel in Bernau ist es zu Differenzen gekommen, weil Herr Pawel den sonst üblichen Lohn von 70 Pf. nicht zahlt. Die Werkstätte ist deshalb vom Verband der Dachdecker bis auf weiteres gesperrt. Im vergangenen Jahr hat Herr Pawel seinen Dachdeckern stets einen Lohn von 75 Pf. und sogar von 80 Pf. gezahlt. In diesem Jahre sucht er seine Arbeitskräfte in Berlin und bietet nur noch 65 Pf. und sogar nur 60 Pf. Stundenlohn. Augenblicklich arbeitet in der Werkstätte nur der Dachdecker Dielenardt aus Bernau mit seinem Sohn. Herr Pawel hat zurzeit den Krankenhausesneubau in Bernau fertigzustellen. Diese Arbeit versuchte er anfänglich ohne jegliche Schutzvorrichtung ausführen zu lassen. Auf seitens des Berliner Bauleiters bei der Berufsgenossenschaft eingeleiteten Beschwerde ordnete diese an, daß sofort Schutzvorrichtung anzubringen sei und unterlagte bis zur Ausführung dieser Maßregel das Weiterarbeiten auf diesem Bau. Jetzt richtete sich der ganze Zorn des Herrn Pawel gegen einen bei ihm schon längere Zeit tätigen Dachdecker, von dem er annahm, er wäre der Denunziant. Herr Pawel entließ denselben kurzerhand. Auch ein anderer Arbeitgeber weigerte sich, den Gemahregelten einzustellen. Noch am 12. Januar d. J. erklärte der Reichstagsabgeordnete Pauli-Potsdam unter anderem: „Wenn trotzdem noch so häufig Unfälle vorkommen, so sind nicht die Unternehmer daran schuld, sondern die Arbeiter, die aus Gewohnheit manche Unfallvorschriften außer acht lassen.“ Treten die Arbeiter aber für Erfüllung der Unfallvorschriften ein, dann werden dieselben sofort entlassen.

Deutsches Reich.

Der Streik der Arbeiter der Holsteinischen und Breitenburger Portland-Zementfabriken in Lägerdorf bei Kiel ist jetzt allgemein geworden. Es sind über 800 Arbeiter daran beteiligt. Der Betrieb auf den Brennöfen wird noch notdürftig aufrecht erhalten, doch fehlt es schon an Masse zum Brennen. Die Arbeiter haben jetzt ihre Forderungen präzisiert und fordern 10 Proz. Lohnzulage für die Brenner und 15 Proz. für alle übrigen Arbeiter pro Schicht. Daß diese Forderung nicht unbillig ist, geht daraus hervor, daß die Arbeiter bisher pro Schicht höchstens 2,90 M. verdient haben. Die Streikenden haben beschlossen, dahin zu wirken, daß auch das Verladen der Zementschiffe eingestellt werde, und die Arbeiter aller Zementfabriken aufgefordert werden, nicht für die Holsteinischen und Breitenburger Portland-Zementfabriken zu produzieren.

Die Fabrikleitungen suchen überall Arbeitswillige. Zugung ist streng fernzuhalten.

Befragter Verleumder.

Vor einiger Zeit stellte der Sekretär der Waldenburger „Gelben“, der bekannte Gustav Emert, in dem dortigen von den Grubenmagazineten zur Bekämpfung der Sozialdemokratie herausgegebenen „Kreuzabend“ die Behauptung auf, der Kassierer des Verbandes der Weraniter, Redakteur: Hans Weber, Berlin, Inzeratenteil verantw.;

Reichstag.

245. Sitzung vom Donnerstag, den 22. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Bethmann-Hollweg. Auf der Tagesordnung steht die Resolution A 141 u. Gen. (Fr. Sp.), den § 11 des Zolltarifgesetzes dahin abzuändern, daß 1. die Geltungsdauer der Einfuhrschemine auf höchstens 8 Monate herabgesetzt wird;

2. die Geltung der Einfuhrschemine zur Zollentrichtung auf die Warengattung beschränkt wird, für welche bei der Ausfuhr der Einfuhrschemine Erlaß wird.

Mit zur Diskussion steht eine Petition verschiedener Müllerverbände und Handelskammern auf Einschränkung der Getreideausfuhr und eine Petition auf Wiedereinführung des Identitätsnachweises, Aufhebung der Ausnahmetarife für Brotgetreide und Wehl und die Herabsetzung der Gültigkeitsdauer der zollfreien Einfuhrschemine von sechs auf drei Monate.

Die Kommission empfiehlt Ueberweisung der Petitionen an den Reichstagsrat zur Erwägung.

Abg. Günther (fr. Sp.) begründet die Resolution. Die Einfuhrschemine haben durch ihre lange Geltungsdauer und weil sie Zollermäßigungen nicht nur bei der Einfuhr von Getreide gewähren, sondern auch bei der Einfuhr der verschiedensten anderen Waren, gerade den Charakter von Wertpapieren gewonnen. Durch diese Einfuhrschemine wird unser heimisches Getreide ganz bedeutend verteuert, noch dem Ausland wird das Getreide billiger verkauft, und später wird es zu höherem Preise wieder eingeführt. Die Erregung über diese künstliche Preissteigerung ergreift immer weitere Kreise. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Ungeheure Mengen von Weizen werden ausgeführt, die durch die Einfuhr keineswegs wieder eingebracht werden. Dabei steht fest, daß die deutsche Landwirtschaft nicht genügend Getreide für Deutschland liefern kann. Die durch die Einfuhrschemine begünstigte Ausfuhr liegt daher nicht im Interesse der Volksernährung. Sie liegt ebensowenig im Interesse der Reichskasse, der ganz bedeutende Zollverluste entzogen werden. Mindestens müßte man bestimmen, daß die Einfuhrschemine auf die Warengattung beschränkt werden, für welche sie erteilt sind. Ich schließe mit der dringenden Bitte, daß den Auswärtigen der Einfuhrschemine so schnell als möglich mit den Maßnahmen begegnet wird, die wir vorschlagen. Außerdem möge man erwägen, wie die Einfuhr fremden Getreides erleichtert werden kann. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Sped (Z.): 1894 wurde der Identitätsnachweis aufgehoben, weil er eine lästige Kontrolle für den Getreidehandel darstellte. Die Einfuhrschemine sind ein gewisser Regulator für die inländische Getreideproduktion und sollen überdies ein Sinken der Preise verhindern. (Hört, hört! links.) Gewiß, jede Arbeit ist ihres Lohnes wert, und auch die Landwirtschaft muß Preise erzielen, die mindestens die Produktionskosten decken. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Die starke Zunahme der Getreideausfuhr aus Deutschland führt der Rohprodukt auf das System der Einfuhrschemine zurück; in Wirklichkeit ist der Grund die reiche Ernte in Deutschland, die Verringerung in Rußland. Der Segen dieser reichen Ernte in Rußland ist auch dem deutschen Volke zugute gekommen, die Roggenpreise sind, infolge dieser reichen Ernte erheblich zurückgegangen. Aber unser Einfuhrsystem ist kein integrierender Bestandteil der Schutzpolitik und könnte unbeschadet dieser Politik geändert oder beschränkt werden. Aber von der Aufhebung oder auch nur wesentlichen Einschränkung der Einfuhrschemine hätte unsere Landwirtschaft und unser Getreidehandel erheblichen Schaden; sie haben Anspruch darauf, daß ihnen die Einfuhrschemine und ihre Verwendbarkeit gesichert wird. Die Beschränkung der Einfuhrschemine auf die gleiche Warengattung, wie sie die Resolution A 141 vorschreibt, würde die Landwirtschaft und den Getreidehandel schwer schädigen und kann daher nicht abgelehnt werden. Auch gegen die Herabsetzung der Geltungsdauer der Einfuhrschemine von 6 auf 3 Monate habe ich erhebliche Bedenken. Wie erkläre ich in der Resolution einen Versuch der Herren, die 1902 dem Zolltarif sich entgegenstellten, jetzt am Zolltarif etwas abzubrechen, und diesen Versuch werden wir nicht unterstützen. Inwiefern wäre es möglich, unwesentliche Änderungen am System der Einfuhrschemine vorzunehmen; deshalb beantrage ich namens meiner Fraktion die Ueber-

weisung der Resolution an die Budgetkommission. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Das Zentrum vertritt ja auch andere Kreise als nur agrarische und deshalb ist es interessant, daß es bei dieser Gelegenheit einen Redner vorschickt, der hier gar nicht tut, als die agrarischen Interessen zu vertreten und der dann auch sagt, über kleine Einschränkungen des Systems der Einfuhrschemine würden wir mit uns reden lassen. Aber nur nicht gleich! Sondern wir wollen diese Angelegenheit einer Kommission überweisen, die dann so vielleicht nach Pfingsten zusammentritt. (Große Heiterkeit.) Herr Sped hätte auch vorschlagen können, die Angelegenheit der Finanzkommission zu überweisen. Denn auch diese hat ein Interesse daran. Es ist im Gegensatz zu seinen Ausführungen richtig, daß die Reichskasse durch das System der Einfuhrschemine geschädigt wird. Freilich hat er darin recht, daß das Spezialkonto der Witwen- und Waisenversicherung davon in erster Linie betroffen wird. Aber es berührt doch eigenartig, wenn er meint, lediglich die Witwen- und Waisenversicherung würde dadurch geschädigt. Für uns ist es eine so bedeutungsvolle Angelegenheit, daß das System der Einfuhrschemine den Beginn der Witwen- und Waisenversicherung in Frage gestellt hat, daß das allein schon ein zureichender Grund ist, dagegen aufzutreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist aber nicht der einzige Grund. Die Verknüpfung mit der Witwen- und Waisenversicherung war seinerzeit ein taktisch sehr kluges Manöver des Zentrums, denn sie hat dazu gedient, die Massen des konsumierenden Publikums über die Gefährlichkeit dieser Gesetzgebung zu täuschen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr Sped jetzt sagt, wir wollen diesen Zusammenhang jetzt wieder auflösen und die Witwen- und Waisenversicherung von dem Ertrag der Zölle aus Getreide unabhängig machen, so sage ich: nein, jetzt wollen wir das nicht; wir wollen die Fonds für die Witwen- und Waisenversicherung auf jede mögliche Weise verstärken. Aber diese Zuschüsse aus den Zöllen sollen ihnen bleiben, und zwar nicht bloß auf dem Papier. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Sped sagte, die kolossale Getreideausfuhr aus Deutschland ist nicht auf das System der Einfuhrschemine zurückzuführen, sondern darauf, daß wir eine außergewöhnlich gute Getreideernte in Deutschland hatten. Daß wir eine reiche Ernte gehabt haben, ist richtig, aber die Schlussfolgerung des Herrn Sped ist falsch. Gewiß konnte die gute Getreideernte erst das Substrat der Ausfuhr bieten, aber der Anreiz zur Ausfuhr konnte nur durch das Mittel der Einfuhrschemine und die Vergünstigung in den Eisenbahntarifen gegeben werden. Die Herren wollen nicht bloß den Preis, den sie auf dem Auslandsmarkt erzielen können, sondern um diese beiden Vergünstigungen handelt es sich. (Lebhafte Zustimmung links.) Alles übrige ist nur von sekundärer Bedeutung. Die Existenz des Getreides im Inland ist allerdings die Voraussetzung für die Ausfuhr und die Einfuhrschemine, denn soweit sind wir ja noch nicht gekommen, daß die Agrarier die Ausfuhrschemine auch schon bekommen, wenn sie gar kein Getreide ausführen. (Heiterkeit.) Herr Sped sagte, wir haben Ueberfluß an Getreide; aber in den Preisen konnte dieser Ueberfluß sich nicht ausdrücken. (Zuruf des Abg. Sped.) Herr Sped sagt, wir haben billigere Preise als früher; aber sie sind nicht so billig als sie sein könnten und müßten. (Inruhe rechts und im Zentrum.) Das ist doch ganz selbstverständlich. (Zustimmung links.) Herr Sped meint, jede Arbeit ist ihres Lohnes wert. Auf dem Standpunkte stehen auch wir; aber hier um eine Frage der Arbeitsentlohnung handelt es sich über allen Zweifel erhaben, daß es sich vielmehr um eine Frage der Grundbelastung handelt, die Höhe der Grundrente kam von dem Agrarbetrieb nicht getragen werden. Handelte es sich nur darum, für ehrliche Arbeit ehrlichen Lohn zu erzielen, so würden Sie uns ohne weiteres an Ihrer Seite sehen. Aber nicht darum handelt es sich, sondern mit den Mitteln künstlich emporgetriebener Grundrente wird die große Masse des Volkes ausgeworert zu Gunsten einer kleinen Minorität. Deshalb werden Sie uns in dieser Frage immer gegen sich finden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Sped meinte, man dürfe nicht einen integrierenden Teil der Zollgesetzgebung abbrechen, weil dadurch leicht das Ganze ins Wanken kommen könnte. Gerade aus seinem Munde nimmt mich das Wunder, denn er gehörte gestern zu den 61, die von dieser Gesetzgebung etwas abbrechen wollten und für die Verlängerung der Frist zur Erhebung des städ-

tischen Oltrois gestimmt haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß das System der Einfuhrschemine unser heimisches Getreide verteuert, daß es die Reichskasse und den Fonds für die Witwen- und Waisenversicherung schädigt, und es ist drittens klar, daß durch dieses System dem Ausland die Ware entzogen wird, die wir nachher wieder teurer einführen müssen, schon deshalb teurer, weil die Eisenbahntarife für die Einfuhr ungünstiger gestaltet sind als für die Ausfuhr. Das alles sind Momente, die eine Abänderung dieser Gesetzgebung dringend notwendig erscheinen lassen. Freilich ist mit kleinen Mitteln hier nicht zu helfen, etwa so, wie es der nationalliberale Antrag Weber will, daß die Einfuhrschemine bei der Einfuhr von Kaffee und Petroleum nicht in Rechnung genommen werden sollen. Das mag ganz gut gemeint sein, aber lieber soll man den Schaden ganz beseitigen lassen, damit die weitesten Kreise ihn voll erkennen, als durch solche Palliativmittel die Aufmerksamkeit von ihm ablenken. Wir müssen den Antrag der Freisinnigen als das Minimum dessen ansetzen, was zu verlangen ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch die Schwierigkeiten, die wir mit der Schweiz haben, sind auf das System der Einfuhrschemine und die Schädigungen der Schweizer Müller zurückzuführen. In erster Linie bewegt uns das Interesse der Konsumenten, unter diesen in erster Reihe das der Armen und Kranken, die Schädigung der Witwen- und Waisenversorgung durch das System der Einfuhrschemine. Die Mittel, die ihnen zugedacht sind, werden durch dieses System in die Kassen der Großgrundbesitzer gefüllt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Antrag der Freisinnigen ist, wie ich schon sagte, das Minimum dessen, was verlangt werden muß. Wir werden ihm daher zustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Kanitz (L.) gibt zunächst eine Geschichte der Aufhebung des Identitätsnachweises, die auf den von der russischen Regierung unterstüpften Wunsch der Stadt Königsberg erfolgt sei. Die östlichen Seehäfen sind an den Einfuhrscheminen in höchstem Grade interessiert und ich wundere mich sehr, die Namen der Vertreter von Königsberg, Danzig und Stettin (Grühling, Rommisen und Dohrn) unter dem Antrag zu finden. (Sehr gut! rechts.) — Der Abg. Dr. Südekum möchte das Getreide am liebsten ganz unkontrolliert haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Vorkontrollen verteuern das Brot. Ich allerdings lasse mich nicht überreden; mein Väter erhält so viel Pfund Roggen, als er fünf Pfunde Brot liefert. Da Brot schwerer wiegt als Getreide, so stellt die Differenz den Profit des Bäckers dar, und dieser Profit muß genügen. Ich bitte dringend, die Resolution abzulehnen, die den Preis der Früchte des vaterländischen Bodens herabdrücken will. Ich halte auch eine Kommissionsberatung für überflüssig. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Weber (nat.): Auch ich begreife nicht, wie man als Freihändler solchen Antrag stellen kann. Die Aufhebung des Identitätsnachweises hat auch der Abgeordnete Niderer verlangt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch der frühere Abgeordnete Schippel hat vor der Abschaffung der Einfuhrschemine gewarnt. Der Auswärtige freilich, der darin liegt, daß Einfuhrschemine zur zollfreien Einfuhr von Petroleum und Kaffee benutzt werden, muß beseitigt werden. — Gegen die Wiedereinführung des Identitätsnachweises hat sich auch die Handelskammer von Bremen ausgesprochen. (Hört! hört! rechts.) Den Mühlenbesitzern, namentlich den kleinen, sollte man mit einer anderweitigen Tarifierung des Getreidetransportes entgegenkommen; das würde besser sein, als die schwer durchzuführende Mühlenumsatzsteuer. Die unter dem Arbeitermangel leujende Landwirtschaft hat Anspruch auf gute Preise. — Schippel hat bewiesen, daß die Getreidepreise unter dem System des Schutzzolls und der Einfuhrschemine nicht gestiegen, sondern gesunken sind.

Der Antrag A 141 ist für uns unannehmbar; aber in einer Kommissionsberatung sind wir bereit einzuwilligen. Hoffentlich gelangt unser Antrag zur Annahme, wonach die Einfuhrschemine beibehalten, aber ihre Verwendung zur Einfuhr von Kaffee und Petroleum verboten werden soll. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gothein (fr. Sp.): Die klare Tatsache, daß die Einfuhrschemine eine Exportprämie darstellen, bestreiten wollen, zeugt von unheilbarer Begriffsverwirrung. Auch bei der vorläufigsten Berechnung ergibt sich für 1908 eine Exportprämie von zirka 25 Millionen Mark, um die also die Reichskasse geschädigt worden ist. Unsere Finanzen sind aber doch nicht so gestaltet, daß das Reich sich derartige Luxusausgaben gestatten kann. (Sehr wahr!)

Notizen.

— Das internationale Komitee für die Himmelskarte tagt in dieser Woche auf der Pariser Sternwarte. Es ist dies die fünfte Konferenz. Die erste hat 1857 stattgefunden. Die Aufgabe, die sich die im Komitee vertretenen Staaten gestellt haben, ist die Photographie des Himmels in kleinen Stücken, unter Anwendung der neuesten Eigenschaften der Optik und der photographischen Technik. Die Vereinigung war notwendig, um die Aufgäbe aufzuteilen und einen einheitlichen Größenmaßstab festzustellen. Bis jetzt sind zwanzig Blätter veröffentlicht. Es handelt sich darum, die Himmelskörper bis zur vierzehnten Größe, im ganzen etwa drei Millionen, aufzunehmen. Die photographischen Apparate gehören jetzt zur unentbehrlichen Ausrüstung der Sternwarten. Die photographische Platte ist, wie Jensen sagt, die Reuehaut des Forschers. Sie nimmt Dinge wahr, die das Auge nicht sieht, und bewahrt den Eindruck des Gesehenen. — Eine von den fünf Kommissionen, in die sich der Kongress geteilt hat, widmet sich speziell dem 1898 mittels der Photographie entdeckten Planeten Ceres. Zugleich mit der Karte wird ein Katalog mit den fortlaufenden Beobachtungen angelegt, der fünf Millionen Sterne umfassen wird. Sein erster Band, der von der Potsdamer Sternwarte herausgegeben worden ist, enthält 20 700 Sterne.

— Zeichenverbrennung. Im Monat März wurden in den zurzeit bestehenden 19 deutschen Krementorien im ganzen 843 Feuerbestattungen vorgenommen, gegen 275 im März 1908. Dem Bekenntnisse nach waren 208 der verbrannten Personen evangelisch, 33 katholisch, 5 altkatholisch, 15 mosaisch, 8 freireligiös, 5 Disidenten, und bei 13 war das Bekenntnis nicht angegeben. In den ersten vier Monaten des Jahres 1908 hatten die deutschen Krementorien 1028 Einäscherungen zu bewirken, im Gegensatz zu 1441 Einäscherungen bis zum 15. April dieses Jahres.

— Wie man in China Epidemien bekämpft, schildert ein Aufsatz der „Chronique medicale“. Wenn Krankheiten eine Stadt besonders heftig heimsuchen, so vereinigen sich die Bewohner zu großen Prozessionen. Werden die Gebete nicht erhört, so eröffnen die Söhne des Himmels eine Subskription zugunsten der Gerechtigkeit; dabei sind sie aber so vorsichtig, zunächst nur eine Anzahl zu machen, mit der heimlichen Absicht, den Rest nicht zu bezahlen, wenn der Himmel die erbetene Gnade auch so erteilt. Alle Subskribenten erhalten Citirungen, die sie an ihre Haustür hängen, mit der frommen Ueberzeugung, die bösen Geister der Krankheit damit abzuschrecken. Falls aber auch das nichts fruchtet, so entsäufeln sich die Bewohner des Ortes zu einem heroischen Mittel: sie treten zusammen, und nach kurzer Beratung ändern sie das Kalenderblatt und eilen der Zeit mit einem Sprunge um acht oder zehn Monate voraus! Die bösen Geister sehen dann, daß sie sich viel länger, als sie ursprünglich beabsichtigten, in der Stadt aufgehalten haben, und becken sich um, aufzubrechen. In der Nachbarschaft empfängt man sie mit demselben Mittel, und die Folge davon ist, daß sich in gewissen chinesischen Provinzen die Zeitrechnung völlig verschoben hat.

Kleines feuilleton.

Alberhard Naturforscher im Brunwald. Mit eiligen Schritten läuft eine Schar etwa zwölfjähriger Knaben durch den Wald. Sie sind mit großen Gläsern bewaffnet und haben offenbar eine wichtige Expedition vor. Im Becke treffen wir sie wieder. Sie haben sich des Schutzgusses entledigt, bieten dem Schnupfen Trost und waten barfuß an dem gefährlich schwammigen und nachgiebigen Ufer herum. Ihre aufgeregte und lebhaft unterhaltung bringt weit hin. „So, jetzt hat jeder zwei Stück“, ruft einer, und bald darauf trabt die Expedition heutebeladen heim. Zwei Frösche für jeden, das war ein ganz gutes Resultat.

Jetzt erscheint ein neuer Naturforscher: ein einfacher Mann mit der Kiepe auf dem Rücken. Langsam, mit prüfenden Blicken waltet auch er am Ufer, das ein breiter Ring aus Sumpfmossen säumt. Nun bückt er sich und rafft ein Büschel eines großen, grünen Moores auf. Es ist nicht das erste, daß wir es hier und an anderen feuchten Stellen des Waldes einsammeln sehen. Mit seinen starren, dunkelgrünen Blättern kann es etwa einem Fichtenzweiglein verglichen werden. Wiber-ton-moos nennt es der Volksmund. Der sonderbare Name ist zusammengesetzt aus „Wiber das Antun“, nämlich der Hexen! Legt man solches Moos in die Ställe oder sonst an gefährdete Orte, so ist das Vieh vor dem „Besprechen“ und die Milch vor dem Verderben geschützt. ... Sollten um Berlin wirklich noch Leute wohnen, bei denen unser Mann das Wiber-ton-moos zu solchen Zwecken für Geld los werden könnte? So fragen wir uns. Die Lösung finden wir erst später und zufällig in Berlin, wo wir in manchen Schaufenstern der Blumenläden Stränge erblicken, in denen das Wiber-ton-moos die ausgiebigste Verwendung gefunden hat. Es macht sich auch, so lange es durch Weiprengen feucht gehalten wird, sehr nett, aber auch nicht länger.

Ein neues Bild. Ein Galan, der seiner Damenbegleitung seine Geschäftlichkeit beweisen will und zu diesem Zwecke hinter einem Zitronensaftler herjaht. Der Saftler gaulert nach rechts und nach links, der junge Mann auch. Aber was bei dem einen als reizvolle Wendung erscheint, das macht den anderen komisch, und das Wohlwollen der Weiblichkeit gibt die Umwertung. Nun wird der Galan wütend. Mit dem Gute in der Hand beginnt er zu rufen und zu springen, um das Tierchen auf jeden Fall in seine Gewalt zu bringen. Möge es ihm nicht gelingen!

Wir wenden uns heim und ein Wunsch gibt uns das Geleit. Diesem Tierchen muß bei aller Scheuheit doch ein Stück Menschenfreundlichkeit im kleinen Rufen wohnen. Man kann um diese Zeit seinen stillen Waldweg gehen, ohne daß ein Fink einem auf wenige Meter vor die Füße fliegt und in gemessener Entfernung freundlich vor uns her hüpf, läuft oder fliegt. Erst wenn ihm die Entfernung von seinem Reservier zu groß wird, schwingt er sich auf, schmettert sein Riedchen und kehrt heim. Bedauert er uns, daß wir wieder in das Häusermeer zurück müssen?

Die Zeugenaussagen der Kinder vor Gericht.

Mit der Errichtung von Jugendgerichtshöfen haben die Zeugenaussagen der Kinder vor Gericht ein erhöhtes Interesse erhalten, und recht gelegen kommt daher eine Untersuchung des Referendars Dr. Behrend, der das für und wider der kindlichen Zeugenaussagen mit psychologischem Verständnis abwägt. Als ein Nachteil der kindlichen Zeugenaussagen ist anzuführen, daß das Kind eine geringere Auffassungsfähigkeit hat als ein Erwachsener, es hat weniger Erinnerungen, an die angeknüpft wird. Andererseits bringt das Kind Dingen, die es interessiert, eine weit bessere Aufnahme-fähigkeit entgegen als der Erwachsene. Nachteilig ist den kindlichen Zeugenaussagen der noch nicht gefestigte Charakter. Die überwundene Phantasie des Kindes vermischt in seinem Bewußtsein Belebtes und Schüchtes mit Selbsterlebtem unterschiedlos zusammen, sie treibt bei manchen Kindern sogar zu freien Erfindungen. Der Mangel an ethischer Vorstellung befördert die Lüge. Am gefährlichsten ist die leichte Suggestibilität der Kinder und der Einfluß, den Eltern auf die Wiedergabe kindlicher Erlebnisse ausüben. Die Fehlerquellen der kindlichen Wiedergabe von Erlebnissen sind gesteigert bei einer „Zeugenaussage“, das heißt, wenn aus einer freiwilligen oder zufälligen Erzählung von Ereignissen eine gezwungene Antwort auf Fragen wird, die von fremden Personen, von Dozenten, an das Kind gerichtet werden. Hier läßt die Suggestion, die Schwächung des Erinnerungsvermögens durch die zwischen Ereignis und Verhandlung liegende Zeit und die Form der Vernehmung einen höchst nachteiligen Einfluß auf die kindliche Aussage aus. Von den Jugendgerichten hofft Behrend eine Verbesserung der kindlichen Zeugenaussagen. Der Jugendrichter oder ein Untersuchungsbeamter sollte die Vernehmung jugendlicher Personen als Zeugen und zwar in der Schule oder im Hause vornehmen. In kleinen Orten sollte dies durch den Lehrer geschehen. Vernehmungen der Kinder müßten unorbereitet erfolgen, eine Ladung sollte nicht vorangehen. Die Vernehmung in der Hauptverhandlung sollte durch eine Protokollverlesung ersetzt werden. Auf alle Fälle sollen Kinderaussagen tunlichst eingeschränkt werden.

Defensivität des Unterrichts. Für die Idee, mit den Schulkindern öfter aus den Klassenzimmern heraus auf die Straßen, Plätze zu ziehen, um ihnen unmittelbar aus dem Leben Anschauungsmaterial zu erteilen, haben sich Fachmänner kürzlich in folgender einmütig gefaßten Resolution erklärt: „Der Dresdener Zeichenlehrerbund stellt mit Befriedigung fest, daß eine Anzahl seiner Mitglieder ihre Klassen während der Zeichenstunden gelegentlich nicht bloß auf den Schulhof, sondern sogar auf die Straße oder hinaus ins Freie geführt haben. Er ist sich der Schwierigkeiten, die dem Unterrichts außerhalb der Schulräume entgegenstehen, wohl bewußt. Aber er findet in einem solchen Unterrichts nicht bloß ein wirksames Mittel zur Ausbildung der kindlichen Fähigkeiten im Sehen und Darstellen, er sieht darin vor allem eine unentbehrliche Maßnahme, die Schule mit dem wirklichen Leben immer inniger zu verbinden. Das aber ist eine ihrer Hauptaufgaben in der Gegenwart. Der Verein hofft, daß öffentlicher Unterricht im angebotenen Sinne noch mehr als bisher im Zeichen wie in anderen Künsten erteilt werde, und wünscht allen Versuchen dazu zum glüklichen Gelingen ein verständnisvolles Entgegenkommen bei Eltern, Schulleitern und Mitarbeitern.“

links.) Unser Antrag ist doch bescheiden genug; er will die Einfuhrscheine nicht beseitigen, sondern nur zeitlich und materiell beschränken. Sehr interessiert an der Annahme unseres Antrages sind auch die Viehzüchter, denn die Einfuhrscheine verlocken zur Ausfuhr von Futtergerste und Hafer, die besser zur heimischen Viehzucht verwendet werden. — Wie sehr die Exportprämienwirtschaft das Reich schädigt, dafür ein Beispiel. Die Zuckerprämie hat im Laufe der Jahre nicht weniger als 14 1/2 Millionen Mark betragen. (Lebhaftes Gert! hört!) Um wieviel besser ständen doch die Reichsfinanzen da, wenn das Reich nicht diese kolossale Summe an die Zuckerexporteure bezahlte hätte! (Lebhaftes Sehr richtig links.)

Der Antrag Weber ist echt nationalliberal, er ist nach dem Grundsatz verfertigt: Was' mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß. Es ist ein Scheinantrag ohne jede praktische Wirkung. Wie Graf Hanig behaupten kann, das System der Einfuhrscheine könne dazu dienen, uns im Falle eines Weltkriegs Getreidevorräte zu schaffen, verstehe ich nicht; gerade das Gegenteil ist der Fall. Unsere Zollpolitik soll der Landwirtschaft dienen. Aber das behauptet, fest die Landwirtschaft mit dem Großgrundbesitz. Ohne die Rölle könnten auf der deutschen Scholle bedeutend mehr Menschen ernährt, könnte bedeutend mehr produziert werden, das beweisen die Verhältnisse der Landwirtschaft in den zollfreien Ländern Dänemark und England. Gerade in der Zeit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hätten wir allen Anlaß, für Verringerung der Preise der Lebensmittel zu sorgen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Die steigende Ausfuhr des Hafers und Roggens hat die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich gezogen, auch wegen der Rückwirkung auf die Reichsfinanzen und die Erweiterung des Haferanbaues. Die Hauptursache erblicke ich in unseren steigenden Ernten, die sich für allgemein wirtschaftlich und für technisch-landwirtschaftlich sehr erfreulich halte.

Die Zunahme des Exports an Hafer und Roggen ist eine Erscheinung der neuesten Zeit. Ihre Beobachtung muß fortgesetzt werden, um zu erkennen, ob es sich um eine dauernde oder eine vorübergehende Erscheinung handelt. Erst dann wird die Regierung Stellung dazu nehmen können. Die Frage ist von Bedeutung für die verschiedensten Zweige unseres Wirtschaftslebens, eine Frage, die nur mit der äußersten Vorsicht behandelt werden darf. (Ironische Heiterkeit links.)

Abg. Fehr v. Camp (Rp.): Die Zunahme unserer Getreidebaues geschieht nicht auf Kosten unserer Viehzucht. Unsere Viehzucht steht auf voller Höhe. In England bekommen die Arbeiter nur geringeres Fleisch aus Argentinien und Chicago, bei uns steht alles Vieh unter Kontrolle und die Arbeiter bekommen nur gutes Fleisch. (Lachen links.) Herr Gotheim hat eine Menge statistischer Zahlen angeführt. Von Ihnen, Herr Gotheim, kommt, glaube ich, das Wort: „Die Statistik ist eine feile Dirne“, und daß Sie nur immer so auf dieser herumreiten. — (Stürmische, minutenlange Heiterkeit, in der die nächsten Ausführungen des Redners verloren gehen.) Redner polemisiert weiter gegen den Abg. Gotheim und erklärt sich mit der Uebertreibung der Resolution an die Budgetkommission einverstanden.

Abg. Stolte (Soz.):

Der Absatz 2 des freisinnigen Antrages will die Einfuhrscheine auf die Warengattung beschränken, für welche bei der Ausfuhr der Einfuhrscheine erteilt wird. Ein solcher respektive ein ähnlicher Zustand war bereits im Jahre 1883 vorhanden. Damals wurde der Identitätsnachweis für die Mählen aufgehoben. Aber die damalige Aufhebung war gegenüber der jetzt bestehenden eine sehr beschränkte. Es wurde damals die Identität der Personen festgehalten, die einfuhrten und ausfuhrten, und des Lagers, auf das eingeführt wurde und von dem ausgeführt wurde, und nur derjenige Müller, der auch importierte, konnte auf die Vergütung seines Imports Anspruch machen und nur für eine solche Menge ausländischen Getreides, als er auf seine eigene Mühle einfuhrte. Jetzt dagegen ist die Sache ganz anders. Jetzt ist gewissermaßen ganz Deutschland ein einziges großes Warenlager geworden, in das importiert wird und von dem wieder exportiert werden kann. Durch die günstigen Ernten der beiden letzten Jahre ist eine wilde Getreidespekulation und Getreideausfuhr entstanden. Die Exportprämie bewirkt lediglich eine außerordentliche Verteuerung des Getreides, die in erster Linie den armen Mann trifft. Der Redner geht ausführlich auf die Einzelheiten der letzten beiden Jahre ein. Die landwirtschaftlichen Vermögen sind riesenhaft gestiegen. Trotzdem fährt man fort, die breiten Massen des Volkes mit

Hungerpreisen

heimzuzuschlagen. (Lärm rechts.) Was kümmern auch die regierenden Oberholzen von der konservativen Partei und die Rittergutsbesitzer die Not des Volkes. (Sehr richtig! h. d. Sozialdemokraten, Lärm rechts.) Herr Speck kann doch nicht wegleugnen, daß mit der Einfuhrscheine die wüthende Spekulation getrieben wird. Herr Weber meint, uns den ehemaligen Abgeordneten Schippel entgegenstellen zu können. Das sei doch ein ganz anderer Mann, als wir anderen Sozialdemokraten. Nun in bezug auf den Identitätsnachweis ist Schippel durchaus nicht anderer Meinung als wir übrigen Sozialdemokraten. Das habe ich vorgestern schon angeführt. Schippel führte als Redner unserer Fraktion im Jahre 1904 aus, wir sind nur deswegen gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises, weil wir nicht aus der Haut der Konsumenten Treibriemen für Großgrundbesitzer schneiden wollen. Wir sind gegen seine Aufhebung in jeder Form. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte wünschen, daß die Reichsregierung statt für die sogenannten lebenden Landwirte für die wirklich nothleidenden Millionen deutscher Arbeiter eintritt. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls werden wir dem freisinnigen Antrage zustimmen.

Abg. Speck (Z.) polemisiert gegen die Abgg. Dr. Stöckum und Gotheim. Trotz der erhöhten Ausfuhr ist der Preis des Roggens im Inlande nicht gestiegen, sondern gefallen.

Abg. Gotheim (Fr. Vg.) wird von der Rechten mit Lachen empfangen. Dies Ihr Lachen, meine Herren, noch ehe ich etwas gesagt habe, ist bezeichnend für die rechte Seite des Hauses. (Sehr wahr links. Lärm rechts.) Wie können die konservativen Parteien, die hier doch ausgesprochene Interessen vertreten, beanspruchen, daß ihre Meinung als objektive Autorität angesehen wird?

Abg. Camp ist auf ein angebliches Versehen von mir zurückgekommen, wonach ich die Statistik eine feile Dirne genannt haben soll. Ich habe damit eine solche Statistik gemeint, die nicht auf sicheren Zahlenresultaten, sondern auf Schätzungen beruht. Wenn der Herr Abg. Fehr v. Camp, der sicher einen sehr feinen Geschmack zu haben verneint, dabei einen „Witz“ gemacht hat, der nicht nach jedermanns Geschmack ist, so läßt sich belächeln über die Geschmäcker nicht streiten. (Sehr gut! links.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag auf Uebertreibung der Resolution an die Budgetkommission wird angenommen.

Rächste Sitzung Freitag 2 Uhr (Wanderung des Strafgesetzbuches, Gerichtsverfassungsgesetz.)

Schluß 7 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

60. Sitzung, Donnerstag, den 22. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Arnim.

Die zweite Beratung des Etats der Ansiedelungskommission für Westpreußen und Posen und der dazu gehörigen Denkschrift wird fortgesetzt.

Abg. Graf Prasanna (Z.): Meine politischen Freunde sind Gegner der ganzen Ansiedelungsgesetzgebung. Das Enteignungsgesetz hat eine vollständige Stagnation der Güter herbeigeführt; keiner wagt jetzt mehr — aus Angst vor der Enteignung — Reliquationen an seinen Gütern vorzunehmen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ansiedelungspolitik auf eine Protektionisierung der Ostmarken und eine Verdrängung des Katholizismus hinausläuft. Die „Dortmunder Zeitung“ hat seinerzeit die Polen sehr gelobt und gesagt, daß sie frei seien vom Deutschen. Damals handelte es sich freilich darum, die Stimmen der Polen bei den Reichstagswahlen zu gewinnen. Tatsächlich haben denn auch die Polen fast einmütig für den Nationalliberalen Hilbs und nicht für den Sozialdemokraten Wönelberg gestimmt. Wie kann unter diesen Umständen der Nationalliberale Haarmann dem Zentrum Landesverrat vorwerfen, weil es die Polen bei der Wahl unterstützt hat? Meine Partei wird die Ansiedelungspolitik nach wie vor bekämpfen. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Wenzel (L.) begründet seinen Antrag, in welchem die Regierung ersucht wird, die Besitzfestigung größerer Güter in der Ostmark nach Maßgabe des Gesetzes vom 20. März 1908 nicht durch die Deutsche Bauernbank in Danzig und die Deutsche Mittelstandskasse in Posen, sondern durch die Ansiedelungskommission für Westpreußen und Posen ausführen zu lassen.

Landwirtschaftsminister v. Arnim:

Der Abg. Ströbel hat sich über die Ausführung des § 13b des Ansiedelungsgesetzes beklagt. Ich möchte ihm hierauf erwidern, daß heute der Etat der Ansiedelungskommission und nicht das Ansiedelungsgesetz zur Debatte steht. Uebrigens kann ich auch über das Gesetz selbst keine Auskunft geben, da die Ausführung des Gesetzes nicht mir, sondern dem Minister des Innern zusteht. Die Klagen über die Bevorzugung der katholischen Genossenschaften sind übertrieben. Es handelt sich dabei überhaupt nur um den Verkauf von Korn und Futtermitteln. Und da müssen wir uns doch fragen: was ist wichtiger, die Förderung des Genossenschaftswesens oder die vermeintliche Schädigung einzelner Händler? Die Genossenschaften kommen dem ganzen Mittelstande zugute. In der Stadt Jannowitz hat sich übrigens trotz der großen Genossenschaft die Zahl der Händler vermehrt. Auf eine richtige Mischung des Grundbesitzes legen wir großen Wert. Wir brauchen den Kleinbesitz, aber auch einen bestimmten Prozentsatz Großgrundbesitz. Sollen wir denn unser Offizierskorps leblich aus der städtischen Bevölkerung nehmen? Das würde doch niemand für richtig halten. Wir siedeln gern deutsche Bauernsöhne auch an, und versuchen auch Fühlung mit den Polen zu nehmen. Aber man darf dabei doch nicht ein Auge auf das lassen. Wenn ein Deutscher eine Polin heiratet, so wird er sehr bald mit Hilfe der polnischen Geistlichkeit in das polnische Lager gezogen und die Kinder sind dann schon Polen. Die Gründung deutsch-katholischer Pfarreien begegnet oft großen Schwierigkeiten. Die Polen lehnen die deutschen Geistlichen ab. Auch mit deutschen Hilfsgeistlichen kommen wir nicht weiter, sie halten es einfach unter den Polen nicht aus. (Widerspruch bei den Polen.) Eine Protektionisierung des Ostens liegt uns ganz fern, die Denkschrift teilt auch nur mit, daß unter den Ansiedlern die Protestanten zugenommen haben. Gegen den Antrag Wenzel sprechen erheblige Gründe. Wenn wir der Ansiedelungskommission auch diese Funktion übertragen, so besteht die große Gefahr, daß wir bei der Besitzfestigung größerer Güter einen eben so großen Andrang haben als bei dem Ankauf von Gütern. Abgesehen von diesen wirtschaftlichen Gründen ist es auch faktisch unrichtig, den Großgrundbesitz anders zu behandeln als den Kleinbesitz.

Abg. Kronsohn (fr. Vp.): Zu meiner Freude sind jetzt auch die Konservativen gegen eine Ueberspannung des Genossenschaftswesens, wie haben schon seit Jahren und dagegen ausgesprochen. Die Ansiedelungskommission sollte mehr nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitet werden. Die Bedeutung eines gesunden Bauernstandes im Osten erkennen auch wir an, eben so nötig ist aber eine Stärkung der deutschen Städte. Daß die Ostmarken gesunde Provinzen sind, geht schon daraus hervor, daß sie die Kämpfe der letzten Zeit ohne Schaden überstanden haben.

Abg. Feh. v. Schnaidt (L.): Auch wir halten eine größere Berücksichtigung der kleinen Städte im Osten für wünschenswert. Diese kleinen Gemeinden müssen jetzt oft 300 Proz. Kommunalsteuergeschlag erheben — Berlin erhebt nur 100 Proz. —, da können diese kleinen Gemeinden wohl verlangen, daß der Segen des Ansiedelungsgesetzes auch ihnen zugute kommt. Ich bin kein Polenfeind, ich halte die Mehrzahl der Polen für durchaus loyal. Man sollte aber auch durch Schaffung von Garnisonen in den kleinen Städten dafür sorgen, daß die Polen auch im Falle einer möglichen Erhebung sich ruhig verhalten.

Abg. Kretz (L.) tritt für die Annahme des Antrages seines Freundes v. Wenzel ein, erklärt sich aber damit einverstanden, daß die Abstimmung bis zur dritten Lesung hinausgeschoben wird. Er polemisiert dann gegen die Ausführungen des Abg. Wolff-Bissa und bekennt insbesondere, daß die katholischen Genossenschaften die Rolle spielen, die ihnen der Abg. Wolff-Bissa zugeschrieben habe. Schließlich wendet er sich gegen den Abg. Ströbel. Der sozialdemokratische Redner hat eine rührende Geschichte von der Vahregelung eines Lehrers erzählt, die erfolgt ist, weil er im Ehebett polnisch gesprochen haben soll. Wer hat den Lehrer denunziert? Wer war dabei? (Große Heiterkeit.) Herr Ströbel hat hier nun wieder die alten sozialistischen Phrasen aufgetischt. Er hat die Ansiedelungspolitik als einen Manubus der Großgrundbesitzer auf das Portemonnaie der Steuerzahler bezeichnet. Wer könnte wohl von der Ansiedelungspolitik einen Vorteil haben, die ostpreussischen, die hannoverschen oder die brandenburgischen Großgrundbesitzer? (Abg. Ströbel ruft: Die Großgrundbesitzer sitzen in der Ostmark! Das könnte auch ein konservativer Abgeordneter sapieren!) Herr Ströbel, nach den Leistungen, die Sie hier produziert haben, haben Sie nicht das Recht, anderen Schwerefälle des Intellekts vorzuzulassen! (Heiterkeit rechts.) Wir bedauern, daß der deutsche Großgrundbesitz in Polen so zerstückelt wird und daß die Polen durch ihren Großgrundbesitz ein Uebergetriebenes über den deutschen gewinnen. Im übrigen hat Herr Ströbel nur den Inhalt alter „Vormärts“-Artikel hier vorgetragen. (Abg. Hoffmann ruft: Wenn Sie ihnen nicht gefallen, dann sind sie gut!) (Heiterkeit.) Die Polen haben zwar gestern Herrn Ströbel Beifall gesendet; ich glaube aber nicht, daß die Polen mit dem von den Sozialdemokraten gewünschten Zukunftsstaat zufrieden sein werden. Der sozialdemokratische Zukunftsstaat ist ein Quarkhaushalt, und in diesem Zustand werden die Polen einen Hügel bekommen. Ob die Herren darauf Wert legen, scheint mir zweifelhaft. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit rechts.)

Abg. Dr. Hahn (L.): Die Resolution des Bundes der Landwirte zur Ansiedelungspolitik, die hier angegriffen wurde, verlangte nichts anderes, als eine gesunde Mischung des Klein-, mittleren und Großgrundbesitzes. Ich glaube, gegen eine solche Mischung wird keiner etwas einzuwenden haben, denn es ist volkswirtschaftlich und sozialpolitisch nicht gut, wenn es nur eine Art von Grundbesitz gibt. Die Schaffung einer solchen Mischung kann nur von einem reinen Wanderversmann bekämpft werden, und die gibt es schon unter den Liberalen nicht mehr, auch selbst nicht bei den Sozialdemokraten. Den Ansiedlern in Gnesen war offenbar von der liberalen Presse eingemipft worden, daß eine künstliche Mischung des Großgrundbesitzes gegen den Herrendun des Bundes der Landwirte im Werke sei und daß deshalb ein Bauernbund gegründet werden müßte. Der Bund der Landwirte besteht aber zum größten Teil aus kleinen Besitzern, und die Ansiedler in Gnesen haben ausdrücklich erklärt, daß sie auf dem Boden des Bundes der Landwirte ständen. Sie haben nur geglaubt, daß sie vom Bund der Landwirte nicht genügend berücksichtigt würden. Dies ist aber nicht der Fall. Im allgemeinen blüht der kleine Bauer vertrauensvoll auf seinen großen Nachbar. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich habe in Nordrhen mit dem Reichskanzler über den Bund der Landwirte gesprochen, und Fürst Bismarck gab dem Bund der Landwirte eine gute Note. Mit Rücksicht auf die Wollpolitik kann ich Ihnen alle Einzelheiten dieser Unterredung nicht mitteilen. Namentlich in konfessioneller Beziehung hat der Bund der Landwirte gut gewirkt. Also lassen Sie uns nur zufrieden! Wir werden mit den Ansiedlern schon fertigwerden. Von einem liberalen Bauernbund ist keine Rede, die Ansiedler wissen zu gut, daß unsere Interessen die gleichen sind.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Die Abstimmung über den Antrag Wenzel wird bis zur dritten Lesung ausgesetzt. Der Etat der Ansiedelung wird bewilligt, die Denkschrift wird für erledigt erklärt.

Es folgt die Beratung des Antrages des Abg. v. Wöhlen-dorff-Rölpin auf Annahme eines Gesetzentwurfes betreffend Ueberänderung der Kreisordnung für Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern und Schlesien und Sachsen.

Der Antrag verlangt, daß durch königliche Verordnung für einzelne Kreise nach Anhörung des Provinzialrates bestimmt werden kann, daß von dem nach § 80 der Kreisordnung für die Wahlberechtigung im Wahlverbande der größeren ländlichen Grundbesitzer maßgebenden Mindestbeträge an Grund- und Gebäudesteuer nicht weniger die Hälfte auf die Grundsteuer entfallen muß.

Abg. v. Wöhlenborff-Rölpin (L.) begründet diesen Antrag und beantragt, ihn der durch 7 Mitglieder verstärkten Gemeindefiskalmission zu überweisen.

Die weitere Beratung dieses Antrages wird einstweilen auf Antrag des Fehr v. Jeditz (Fr.) vertagt.

Es folgt die Beratung des Antrages des Abg. Grafen von der Rede v. Volmerstein (L.) betreffend die Heranziehung der Stadt- und Landgemeinden zu den Kreis- und Provinzialabgaben.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag der Gemeindefiskalmission überwiegen.

Es folgt die Beratung des Antrages Dr. v. Bohne (Fr.) betreffend den erweiterten Grunderwerb am Rhein-Weser-Kanal und am Großschifffahrtswege Berlin-Stettin. Der Antrag geht an eine 14gliedrige Kommission.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr: Initiativanträge.

Schluß 3 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

Der Kampf um die Liebesgabe.

Im neuen Branntweinsteuergesetz soll die Liebesgabe aufrechterhalten bleiben. Voraussetzung für die Möglichkeit der Gewährung von Liebesgaben ist die Kontingentierung der Produktion. Was innerhalb des Kontingents gebrannt wird, zahlt künftig 115 M., was über das Kontingent hinaus gebrannt wird, zahlt 135 M. Verbrauchsabgabe. Gewerbliche Brennereien haben überhaupt kein Kontingent; sie müssen ihre ganze Produktion mit 135 M. versteuern. Diese Bevorzugung der landwirtschaftlichen Brennereien beruht auf der Annahme, daß die landwirtschaftlichen Brennereien im Interesse der Hebung der Landwirtschaft nötig sind.

Der Kartoffelbau soll in gewissen Gegenden Deutschlands nur dann rationell sein, wenn aus den Kartoffeln Spiritus erzeugt werden kann. Es soll also in erster Linie der kartoffelbauenden Landwirtschaft geholfen werden.

In der Sitzung der Steuerkommission vom Donnerstag stellte nun ein polnischer Abgeordneter fest, daß oft landwirtschaftliche Brenner zum Rübenbau übergehen und dann zu Brennweiden Kartoffeln kaufen. Dafür bekommen sie dann noch die Liebesgaben, obgleich sich der Betrieb von einer gewerblichen Brennerei überhaupt nicht mehr unterscheiden. — Diese Feststellung war den in der Kommission sitzenden Schnapsbrennern höchst unangenehm. Sie behaupteten nun, daß von dieser Gerechtigkeit die benachteiligten Landwirte Vorteil haben, die keine eigene Brennerei besitzen und nun doch ihre Kartoffeln gut verkaufen können. Auf diese Ausrede fiel natürlich niemand herein.

Die Schnapsbrenner wollen durch das neue Gesetz die Entziehung neuer landwirtschaftlicher Brennereien direkt verhindern. Vermerkenswert ist noch, daß der Abg. Herold konstatierte, daß die Liebesgabe nicht — wie Fürst Bismarck behauptet hat — durch das Monopol beseitigt werden würde, sondern im Gegenteil auch im Monopol verewigt wird. Nur um die Öffentlichkeit zu täuschen, werde der Ausdruck „Liebesgabe“ geflissentlich verwischt. Die agrarischen Wünsche erlitten infolgedessen Schiffbruch, als das bisherige Kontingent bis 1911 in Geltung bleibt; dann tritt von fünf zu fünf Jahren eine Neueinteilung ein.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

(50. Sitzung vom 22. April.)

Die Kommission behandelte weiter die Resolution Erzberger über die Pauschalierung der Tagesabläufe und zwar bei Ziffer 3, Reisen im Ausland. Hauptanlaß zur Einbringung der Resolution hat die seinerzeit der Budgetkommission bekanntgewordene Tatsache ergeben, daß der Gouverneur Schuckmann für seinen Umzug nach Südwesafrika 17 500 M. inquiriert und auch ausgezahlt erhalten hat. Es sollen anstatt der jetzt geltenden Kilometerreise nur die notwendigen und tatsächlich gemachten Ausgaben zurückerstattet werden. Ein Vertreter des auswärtigen Amtes wendet sich gegen den Vorschlag. Die gewünschte Neuregelung werde zu großer Belästigung der Beamten führen. Die Kommission stimmte jedoch dem betreffenden Passus in der Resolution Erzberger zu.

Weiter wird eine Neuregelung der Umzugskosten verlangt, weil die heutigen Sätze vielfach in gar keinem Verhältnis zu den wirklich gemachten Ausgaben stehen. Zur Begründung führt der Antragsteller u. a. an, daß jetzt ein Direktor einer mittleren Reichsbehörde für je 10 Kilometer 24 M., ein Vortragender Rat 20 M. und ein gewöhnlicher Regierungsrat 10 M. Transportkosten für sein Umzugsgut erhalte, obgleich die Wägeltransportgesellschaften ihre Preise natürlich nicht nach dem Range des Eigentümers, sondern nach dem Gewicht der Möbel berechnen. Staatssekretär Schow verspricht Nachprüfung.

Nach einem weiteren Beschluß der Kommission sollen die sich ergebenden Veränderungen auch in der Kreisordnung der Personen des Soldatenstandes vorgenommen werden.

Eine längere hochwichtige Debatte wurde bei der Resolution Erzberger geführt, daß:

1. Den Beratungen der Rechnungskommission ein Vertreter des Rechnungshofes beizuwohnt,
2. der Budgetkommission und Rechnungskommission die Erinnerungen des Rechnungshofes, soweit sie grundsätzliche Fragen der Staatswirtschaft betreffen, mitgeteilt werden.

Staatssekretär Schow machte geltend, daß es sich hier um ein Prinzip handle, denn wenn man dem Antrage stattgibt, so würde der Rechnungshof eine Art unparteiischer Gerichtshof zwischen Reichstag und Regierung bilden. Das könne die Regierung nicht zugeben, da der Rechnungshof eine ihr unterstellte Behörde sei. Erzberger bestritt das letztere. Der Rechnungshof sei ein Organ des Reichstages, nicht der Verwaltung. Denn es sei Aufgabe des Reichstages, zu prüfen, ob die von ihm bewilligten Gelder immer in der vorgeschriebenen Weise verwendet würden. Der Rechnungshof besorge das in seinem Namen. Jetzt habe der Rechnungshof nur geringe Bedeutung. Er habe seinerzeit die Berichte mit der Firma Tippelskirch montiert, aber ohne Erfolg.

Genosse Singer fährt aus: Der Antrag ist wichtig, aber je besser er begründet wird, um so weniger Entgegenkommen wird er bei der Regierung finden. Wenn die Auffassung des Staatssekretärs richtig wäre und die Durchführung des Antrages eine Verfassungsänderung in sich schloße, so müßte eben die Verfassung geändert werden. Die Schwierigkeiten, auf welche der Staatssekretär hier hingewiesen habe, seien nichts anderes als gewollte Hindernisse, um um die Sache herumzukommen. Es sei auch falsch, anzunehmen, der Rechnungshof solle als eine Art Gerichtshof herangezogen werden, um gegebenenfalls die Regierung schuldig zu sprechen. Budgetkommission und Regierung würden vielmehr aus den Erfahrungen des Rechnungshofes für die korrekte Aufstellung des Etats nennenswerten Nutzen ziehen. Die weiteren Forderungen, daß der Budget- und der Rechnungskommission die Erinnerungen des Rechnungshofes mitgeteilt werden sollen, sei nicht minder wichtig, denn dann würde man erst in der Lage sein, richtig zu prüfen, ob die bewilligten Gelder nicht vielfach — namentlich beim Heer und der Marine — zu anderen als den bestimmten Zwecken bestimmt worden seien. Die Beschlusfassung wurde ausgesetzt.

**Halbe Arbeit!**

Die Gewerbeordnungskommission des Reichstags beschaffte sich am Donnerstag in ihrer ersten Sitzung nach der Osterpause mit der Frage, wie weit die Bestimmung der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe und über das Truflsystem, die Lohnzahlungen, kurz inwieweit alle Arbeiterhubsvorschriften auch auf die Heimarbeit Anwendung zu finden haben. Von unserer Seite wurde der einzig vernünftige und gerechte Antrag gestellt, die Hausarbeit unter die allgemeinen Arbeiterhubsvorschriften zu stellen. Das Zentrum blieb auf halbem Wege stehen und wollte lediglich die Bestimmungen über die sanitären Anforderungen auch für die Hausarbeit gelten lassen. Aber noch nicht einmal hierfür erreichte es die Zustimmung der Kommissionsmehrheit infolge der geradezu kläglichen Rolle, die der Freisinn und an seiner Spitze Herr Raumann in der Kommission spielt. Welche Hoffnungen haben weisende sozialpolitische Schwärmer auf diesen Mann gesetzt und wie gründlich hat Herr Raumann alle enttäuscht! Mit denselben Argumenten wie ein vationalistischer Schornsteinredner er gegen unsere und auch gegen den Zentrumsantrag. Vergeblich war die Mühe unserer Genossen Stadthagen und Rollenbühr, die mit guten Gründen bewiesen, daß nur unser Antrag einen wirklichen Heimarbeiterschutz ermöglicht. Sie widerlegten die ungeheuerliche Uebertreibung Raumanns, daß die Heimarbeit durch unsere Forderungen ruiniert würde, Uebertreibungen, die seit jeher vor dem Erlaß jedes Arbeiterhubsgesetzes wechsellagend von der Industrie vorgebracht worden sind. Das Ergebnis der Abstimmung war die Ablehnung unseres Antrages und des Antrages des Zentrums. Dagegen wurde eine frühere Streichung wiederhergestellt, so daß die Polizeibehörde für bestimmte Gewerbegebiete, in denen besondere Gefahren für Leben und Gesundheit der Heimarbeit bestehen, für einzelne Betriebe gewisse sanitäre Maßnahmen verfügen kann. Unsere Forderung, daß man eine solche Anordnung nicht in das Belieben der Polizei stellen, sondern allgemein festlegen soll, fand bei der bürgerlichen Mehrheit gleichfalls keine Gegenliebe.

In der Reichstagskommission zur Vorbereitung eines Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb erklärte der Vorsitzende Roeren und auch ein Regierungsvertreter zu Beginn der Sitzung: Wenn der Gesetzentwurf vor Pfingsten verabschiedet werden sollte, müsse der Kommissionsbericht am nächsten Donnerstag fertig sein. Ein Kommissionsmitglied meint unter großer Heiterkeit, der Reichstag werde noch im Juli tagen. Auf Antrag Bittler erhält der § 15 folgende Fassung:

„Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark oder einer dieser Strafen wird bestraft, wer die ihm in geschäftlichen Verkehre anvertrauten Vorlagen oder Vorschriften technischer Art, insbesondere Zeichnungen, Modelle, Schablonen, Schnittle, Rezepte, zu Zwecken des Wettbewerbes unbefugt verwerthet oder an andere mittelst.“

Eine ganze Anzahl Anträge von Jung und Bittler, die sich auf formelle Änderungen beziehen, werden der Redaktionskommission zur sofortigen Feststellung überwiesen.

**18. Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer Deutschlands.**

Stuttgart, 20. April 1900.

**2. Verhandlungstag (Nachmittagsitzung).**

Die Mandatsprüfungskommission gibt ihren Bericht. Nach demselben sind 119 Delegierte, 8 Vorstandsmitglieder und je ein Vertreter des Ausschusses und der Preßkommission anwesend. Die Bruderorganisationen aus Oesterreich und Ungarn haben Sahn und Bardos als Delegierte entsandt.

Stoll-Königsberg erhält das Wort zu den Anträgen, die zur Presse

gestellt sind. Redner erklärt, daß der „Zimmerer“ eins der bestredigierten Blätter der Gewerkschaftspresse ist, daß es aber wünschenswert sei, den Redakteur in irgendeiner Weise zu entlasten, damit er Zeit gewinne, den 3. Band der Geschichte der „Deutschen Zimmererbewegung“ fertigzustellen. Weiter regt er an, auch die „praktischen Blätter“ in neuer Auflage erscheinen zu lassen. Im weiteren streift er das Verkommen zwischen Paplow und Ringmann. Durch die bekannte Notiz in der Parteipresse über die Beleidigungslage ist die Geschichte aufgebauscht worden. Wegen falscher Wortausdrücke Beleidigungslage zu erleben, seien Genossenheiten, die in der Arbeiterbewegung nicht Platz greifen sollten.

Warkhardt-Hamburg regt die Gründung von Schiedsgerichten an und will die Lösung dieser Frage der Generalkommission resp. dem Gewerkschaftskongress überweisen, damit in Zukunft verhindert wird, daß solche Sachen vor bürgerlichen Gerichten zum Austrag kommen.

Im weiteren werden die bekannten Klagen geführt über Kürzung der eingekamten Berichte oder Ablehnung von Artikeln aus den Reihen der Mitglieder.

Von anderen Rednern wird dem Mitarbeiter des „Zimmerer“, Th. größere Zurückhaltung in Äußerung seiner politischen Ansichten geraten. Der Artikel, der gleich nach dem Nürnberger Parteitag erschien, sei allzu sehr süddeutsch gefärbt und diesen Ansichten stimmten die Mitglieder nicht zu. Es sprechen unter anderem in diesem Sinne Leich-Leipzig, Krenser-Frankfurt, Schuppen-Krefeld. Durch Schlussantrag wird die Debatte beendet.

Ringmann (Redakteur) wünscht im Schlusswort, daß man festgelegt hätte, was denn nun eigentlich im „Zimmerer“ stehen solle und was nicht. Die Stellungnahme zur Parteipolitik könne in der Gewerkschaftspresse nicht immer vermieden werden und da könne es vorkommen, daß die Ansichten kollidieren. Die Tendenz des „Zimmerer“ ist durch Generalversammlungsbeschlüsse festgelegt, so daß seit Jahren keine persönliche Ansicht im Organ zum Ausdruck gekommen ist. Ob in Zukunft der Kampf mit den Maurern zu umgehen sei, hielt Redner für zweifelhaft. Schon bei den nächsten Tarifverhandlungen dürfte es zum Zusammenstoß kommen, denn wenn die Zimmerer eine andere Taktik einschlagen, dann dürfte es wieder auf die Zimmerer losgehen und selbstverständlich weichen wir und dann. Die Generalkommission mit der Bildung eines Schiedsgerichts zu beauftragen, hält Redner nicht für praktisch und durchführbar.

Die Debatte zeitigt folgende Beschlüsse. Der erste Band der „Geschichte der deutschen Zimmerer“ soll in Neuauflage erscheinen. Auch wird dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß der dritte Band der Geschichte bald erscheint. In Zukunft soll im „Zimmerer“ für Erklärungen, Gratulationen, Glückwünsche usw. eine Rubrik eingerichtet werden, welches gegen ein Jahresabonnement, das bis zu 3 Zeilen 8 M. und für weitere 2 Zeilen 2 M. mehr betragen soll, den Ortsverwaltungen zur Verfügung gestellt werden.

**Internationaler Kongress**

referiert Knüpper-Berlin. In anschaulicher Weise entwirft Redner ein Bild der Verhandlungen, die nach seiner Ansicht ungemein erleichtert wurden durch die gute Vorarbeit der Kommissionen. Die Punkte „Ein- und Auswandererfrage“ und „Partei und Gewerkschaft“ dienen dem Redner zur besonderen Besprechung. Die Ausführungen sind aber so oft erfolgt in diesen Tagen, daß sich eine Wiedergabe erübrigt. In einer Resolution spricht die Generalversammlung ihre Zustimmung zu den gefassten Beschlüssen aus und bestimmt gleichzeitig, daß 4 Kameraden den nächsten Internationalen Kongress besuchen sollen.

Stuttgart, 21. April 1900.

**3. Verhandlungstag.**

**Ueber Lohn- und Tarifbewegungen**

spricht der Vorsitzende Schrader-Hamburg. Redner gibt einen übersichtlichen Rückblick über die verflochtenen Lohnbewegungen,

namentlich den letzten großen Kampf im Baugewerbe und empfiehlt die Annahme der nachstehenden Resolution:

1. Die 18. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands hält nach wie vor an dem Standpunkt fest, den die moderne deutsche Zimmererbewegung zu kollektiven Arbeits- bzw. Tarifverträgen bisher eingenommen hat.

Diesem soll für möglichst jeden Ort oder für jedes, mehrere Orte umfassende und zusammenhängende Wirtschaftsgebiet ein kollektiver Arbeitsvertrag abgeschlossen werden, und zwar:

Von den Gesamtheiten der Unternehmer, die Zimmerarbeiten ausführen und den Zimmerern der betreffenden Orte bzw. Wirtschaftsgebiete oder in deren Namen. Der kollektive Arbeitsvertrag soll für alle Zimmerarbeiten des betreffenden Ortes bzw. Wirtschaftsgebietes, wofür er abgeschlossen wird, bindend, also unabdingbar sein.

Die Lohnbestimmungen des kollektiven Arbeitsvertrages sollen als Minimum gelten; jedem Unternehmer soll es freistehen, nach Maßgabe der Leistung eines jeden von ihm beschäftigten Zimmerers den Lohn zu erhöhen, und jedem Zimmerer soll es freistehen, nach Maßgabe des Wertes seiner Arbeitskraft höheren Lohn zu fordern, eventuell das Arbeitsverhältnis deswegen zu lösen, ohne daß darin eine Verletzung des kollektiven Arbeitsvertrages erblickt werden könne.

Alle Bestimmungen des kollektiven Arbeitsvertrages sollen den sozialen bzw. wirtschaftlichen Bedürfnissen der Zimmerer, für die er abgeschlossen wird, nach Maßgabe der baugewerblichen Produktion und ihrer Verbesserung Rechnung tragen, und sie sollen auch während der Vertragsdauer zugunsten der Arbeiter abgeändert werden können, wenn die Voraussetzungen, unter denen der kollektive Arbeitsvertrag abgeschlossen wurde, sich in entsprechender Richtung verändern.

Bestimmungen, die den Arbeitsvertrag als solchen, also die Anwendung der Arbeitskraft während der durch kollektiven Arbeitsvertrag vorgeschriebenen Arbeitszeit nicht berühren, sollen in solche Verträge nicht aufgenommen werden.

Die Zahlstellen des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands sollen in ihren betreffenden Zahlstellen darauf hinwirken, daß kollektive Arbeitsverträge, wie sie vorstehend umschrieben sind, zustande kommen — kollektive Arbeitsverträge, die geeignet sind, die berufliche wirtschaftliche Lage der Zimmerer in ihrem betreffenden Zahlstellengebiet zu wahren und zu verbessern.

Die Verbandszahlstellen können auch im Namen der Zimmerer ihres Zahlstellengebietes handeln und kollektive Arbeitsverträge abschließen, jedoch ohne damit den Zentralverband der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands rechtswirksam zu verpflichten.

Mit den zentralen Verbandsmitteln soll darauf hingewirkt werden, daß die von den Verbandszahlstellen abgeschlossenen kollektiven Arbeits- bzw. Tarifverträge inneweggenommen werden. Dieses Versprechen kann in jedem Falle durch die Unterzeichnung der Verträge von Seiten eines Vertreters des Zentralverbandes gegeben werden.

2. In Erwägung, daß das am 26. März 1900 mit dem Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe vereinbarte Tarifmuster für 1910 lokale Verhandlungen zur Vereinbarung neuer Tarifverträge vorseht, wird den oben umschriebenen Grundsätzen gemäß an lokalen Verhandlungen festgehalten.

Werden zentrale Verhandlungen von anderer Seite verlangt, so sind Zentralvorstand und Verbandsausschuß berechtigt, aus ihrer Mitte Vertreter daran teilnehmen zu lassen.

Handelt es sich dabei um Erledigung von örtlichen Differenzen, so sollen auch Vertreter aus den beteiligten Lohnbezirken hinzugezogen werden.

Die Entscheidung über das Ergebnis der eventuellen Verhandlungen steht den Mitgliedern zu.

Kritischenfalls soll Zentralvorstand und Verbandsausschuß berechtigt, eine Generalversammlung einzuberufen, um zu dem Ergebnis der Tarifverhandlung Stellung zu nehmen.“

**Debatte**

wird von Schmaus-München eröffnet. Die Taktik, die von dem Vorstand der Maurer befolgt wurde, hat dazu geführt, daß wir in München zunächst selbständig vorgehen versuchten. Es geht jedenfalls in Zukunft nicht an, daß die Zimmerer sich den Beschlüssen anderer Zentralvorstände fügen sollen. Redner wünscht, daß bei künftigen Verhandlungen auch dem Arbeitsnachweis der Unternehmerverbände der Krieg erklärt wird, weil sich diese immer mehr zu Maßregelungsbureaus auszuwachsen.

Leich-Leipzig glaubt, daß die Unzufriedenheit der Mitglieder über die letzten Tarifverhandlungen darauf zurückzuführen ist, daß der Vorstand die Mitglieder allzu sehr bei Seite geschoben habe. Die Mitglieder wollen eben mit bestimmen über ihre eigenen Interessen. Der zustande gekommene Tarif hat den Leipziguern gar nicht gebracht und sind die Kollegen deshalb äußerst mißmutig geworden.

Schilling-Hamburg bezeichnet die Arbeitsnachweise der Unternehmer als eine Institution von ungeheurer Schlagfähigkeit, gegen die die Arbeiter den Kampf aufnehmen müssen.

Es wird beschlossen, die Frage der Arbeitsnachweise aus der Debatte auszuschließen.

Ritzner-Heilbronn: Es muß dahin gestrebt werden, daß Tarifbeschlüsse mehr als bisher nach dem Willen der Arbeitnehmer gefasst werden. Redner schildert die geltenden Tarifverträge für Württemberg und empfiehlt die lokalen Verhandlungen bei den Abschlüssen unter Zugziehung eines Mitgliedes des Zentralverbandes.

Schlers-Niel hält das Vorgehen des Vorstandes in Sachen des Schiedsgerichts für richtig, der Vorstand konnte nicht anders handeln nach Lage der Situation und deshalb verdient derselbe keine Vorwürfe. Für künftige Bewegungen müssen wir unserem Vorstand unbedingt Vertrauen entgegenbringen, auch müssen unsere Mitglieder darüber aufgeklärt werden, daß Tarife, die größere Gebiete umfassen, für die Mitglieder von Vorteil sind, weil dadurch die Löhne der kleinen Orte denen der größeren mehr angepaßt werden.

Sauer-Leipzig will in Zukunft mehr den Mitgliedern entgegengekommen wissen. Er wünscht, daß mehr Arbeitnehmer zu den Verhandlungen hinzugezogen werden. Im weiteren redet er den örtlichen Verhandlungen das Wort.

Greichen-Altenburg glaubt, daß die Zimmerer mehr herausgeholt hätten, wenn sie allein gestanden hätten. Er spricht sich weiter entzündend gegen Land- oder Reichstarife aus.

Prome-Nürnberg: Die Verhältnisse waren 1900 härter als wie wir und deshalb konnte der Vorstand nicht anders handeln. Er mußte das Wohl des ganzen Verbandes im Auge behalten und konnte deshalb nicht alle lokalen Wünsche befriedigen. Glücklicherweise hat das der größte Teil unserer Mitglieder auch eingesehen. Bei künftigen Verhandlungen muß der Zimmererverband sich nicht ins Schlepptau anderer Organisationen nehmen lassen.

Schuppen-Krefeld vertritt sich über die Niederlage in Krefeld und behauptet, daß in Rheinland und Westfalen die Maurer und Bauhilfsarbeiter den Zimmerern hindernd an den Nachschüssen hängen. Wäre dies nicht der Fall, dann wäre dort schon viel mehr errungen.

Dar-München: Mit Hilfe der Tarifverträge bilden wir unsere Mitglieder heran, damit jeder den Verbandszweck begreift und ihn selbständig vertreten kann. Die gesetzliche Regelung des Tarifwesens hält er für gefährlich für die Organisation.

Ringmann-Hamburg bedauert, daß über das Wesen der Tarifverträge noch so wenig Aufklärung in den Kreisen der Kollegen vorhanden ist. Bis jetzt sind dieselben zumeist bei Lohnbewegungen zustande gekommen und kommen somit aus Konto des diplomatischen Vorgehens einzelner Personen. Der Tarifvertrag soll die segensreiche Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung nicht hindern, sondern steigern. Im Erkenntnis des Tarifwesens zu vermitteln, soll die Resolution dienen, sie soll als Richtschnur

bei der Agitation wie bei Tarifabschlüssen dienen. Wenn die Resolution deart benutzt wird, dann werden die Kollegen bald das Tarifwesen im vollen Umfange kennen und gleichzeitig erkennen, daß Tarifverträge heute Reichsgeschäfte geworden sind und daß für Verletzung der Tarifverträge die Organisation verantwortlich ist. Da man nicht weiß, was das Jahr 1910 bringt, ist Aufklärung dringend nötig. Redner erklärt die Resolution abjektiv und schließt gleichzeitig, wie sich das Jahr 1910 gestalten kann und welche Haltung dann der Vorstand einnehmen werde und wie dies in der Resolution festgelegt ist.

Gramann-Halle schildert die Niederlage des Jahres 1907 und verlangt, daß den Mitgliedern ihr Recht gewahrt werde. Gegen Abschluß von Reichstarifen wendet sich noch eine ganze Anzahl von Rednern. Die Vorstandsresolution wird von allen Rednern warm empfohlen, weil darin alle Wünsche der Mitglieder Berücksichtigung gefunden haben.

Es sprechen noch Janzen-Düsseldorf, Krenser-Frankfurt und Klupsch-Dortmund. Da sich die Ausführungen zum Teil wiederholen, erübrigt sich eine Wiedergabe. Dem Vorstand wird in der Mehrheit Anerkennung ausgesprochen, da die Verhandlungen getrennt zu führen unmöglich war, blieb kein anderer Weg, als dem Schiedsgericht zuzustimmen. In den Ausführungen kommt klar zum Ausdruck, daß die Zimmerer durchaus nicht für langfristige Tarifverträge auf zentraler Grundlage zu haben sind, daß sie vielmehr an der lokalen Regelung der Lohnverhältnisse festhalten wollen.

Schrader-Hamburg erklärt im Schlusswort, daß er persönlich in einem Reichstarif keine Gefahr zu erblicken vermöge, vorausgesetzt, daß eine starke, geschlossene Organisation der Arbeiter vorhanden ist. Im übrigen erkennt er an dieser Stelle an, daß das unparteiische Schiedsgericht unparteiisch in jeder Hinsicht gehandelt habe. Die Resolution gelangt zur einstimmigen Annahme. Die zu diesem Punkt gestellten Anträge werden teils zurückgezogen und gelten teils als erledigt. Die Sitzung wird auf Donnerstag vertagt.

**Soziales.**

**Vom Innungs-Schiedsgericht.**

**Aus dem Malergewerbe.**

Von den am Dienstag Abend vor dem Innungsschiedsgericht zur Verhandlung gekommenen 23 Klagen betrafen 10 das Malergewerbe. Insbesondere bilden die zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz im Gewerbe gefassten Bestimmungen, die der Innung und dem Gesellenverbande abgeschlossene Tarifvertrag enthält, oftmals den Streitgegenstand. Der Tarif besagt, daß den Gesellen ein Stundenlohn von mindestens 60 Pf. gezahlt werden und auch den im Affordlohn stehenden Gesellen garantiert werden muß. Vereinbarung, die dem zuwiderlaufen, erklärt der Tarif für nichtig. Trotzdem finden sich nicht nur unter den Arbeitgebern, sondern auch unter den Arbeitnehmern bedauerlicherweise immer wieder Leute, die durch Sonderabmachungen diese Bestimmung außer Kraft setzen wollen. Solange das Arbeitsverhältnis dauert und die Mittel von der getroffenen Sonderabmachung nichts erfahren, wird oft weiter unter Tarif gearbeitet. Ist aber das Arbeitsverhältnis, was ja nicht vorausgesetzt ist, nur von kurzer Dauer, oder hat ein solcher Tarifverstoß gleich den tariftreuen Arbeitern seine Schuldigkeit getan und wird dann entlassen, dann besinnt er sich darauf, daß ja die getroffene Vereinbarung nichtig ist und läuft sofort reichlich zum Abte.

So klagte am Dienstag der Maler Augustat gegen den Malermeister Hermann Janzen aus Zahlung von 20,00 M. Lohn. Das ist der durch die tarifwidrige Sonderabmachung sich ergebende Differenzbetrag des Lohnes. Das Schiedsgericht beurteilte schließlich den Betrag zur Zahlung von 15 M., nachdem es den Parteien das Unmoralische eines solchen Verfahrens mit der wünschenswerten Deutlichkeit vorgehalten hatte. Zur Zahlung der mitinbegleitigen Zuschläge für die geleisteten Ueberstunden hielt es den Beklagten nicht für verpflichtet, da dieser die Ueberstunden nicht angeordnet hat.

Der Maler K. klagte gegen den Malermeister Josef Sawasewski auf Zahlung von 9,50 M. solchen Differenzlohnes. Hier hielt sich der Beklagte zur Garantie des Zeitlohnes von 65 Pf. die Stunde nicht für verpflichtet, da nach seiner Meinung der Kläger so langsam gearbeitet hat, daß er mit dem Affordlohn nicht auskam. Dem Gericht gelang es, den Beklagten schließlich von der Verpflichtung zur Zahlung zu überzeugen.

Der Maler Karabasz klagte gegen den Malermeister Johannes Braun auf Zahlung einer 14tägigen Entschädigung. Den tariflich vorgesehenen Ausschuß der Kündigungsfrist wollte er für sich nicht gelten lassen, da er nicht organisiert ist und demzufolge der Tarifgemeinschaft nicht angehöre. Das Schiedsgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß eine besondere Vereinbarung über die Kündigungsfrist nicht notwendig sei, da der Kündigungsaußschluß durch den Tarif ordnungsgemäß geworden sei und wies die Klage ab.

Eine Entschädigung für einen halben Tag fordern die Maler A. und D. vom Malermeister Karl Guttmann. Der Beklagte hatte, als er am 10. April vormittags nach dem Bau kam, erfahren, daß der Bauherr die Zahlungen eingestellt und säklich gemordet sei. Er besprach mit den Klägern diesen Vorfall und machte den Vorschlag, die Arbeit einzustellen. Damit sollen die Kläger einverstanden gewesen sein. Das bestritten diese. Nachdem sich das Schiedsgericht einstimmig dahin ausgesprochen hat, daß der Beklagte zur Zahlung der geforderten Entschädigung verpflichtet sei, zahlte dieser freiwillig jedem der Kläger die geforderten 2,50 M.

Der Maler U. verlangte vom Malermeister Wilhelm Weber für 20 Stunden den Fassadenzuschlag von 5 Pf. pro Stunde. Er bemerkte, der Beklagte wollte ihn mit 2 Pf. abspesen. Vorklager bestritt die Höhe der Forderung. Der Kläger habe nur 14 Stunden an der Fassade gearbeitet. Nach Vernehmung eines Zeugen wird der Beklagte verurteilt, dem Kläger für 20 Stunden 1 M. zu zahlen.

Eine bedauerliche Quimütigkeit hat der Maler St. dadurch belundet, daß er seinem Arbeitgeber, dem Malermeister Karl Waisse, mehrere Lohnzahlungen stundete. Mittlerweile hat die Schuld die respektable Summe von 482 M. erreicht. Hoffnung auf baldige Erstattung derselben wird wohl der Kläger nicht mehr haben. Der Beklagte ließ Verurteilung über sich ergehen.

Vom Malermeister Bruno Koppert verlangt der Maler J. noch 5,27 M. rückständigen Lohn. Er hat nur an zwei Tagen für 20 Klagen gearbeitet und am Vormittag des zweiten Tages aufgehört, weil er Hunger hatte und mit hungrigen Magen nicht arbeiten konnte. Den begehrten Vorkauf hatte ihm der Beklagte verweigert, weil dieser mit dem Vorkaufgeben übliche Erfahrungen gemacht hat. Der Beklagte wendet auch ein, daß der Kläger zur Arbeitsniederlegung inmitten des Tages keinen Grund gehabt hat, da er ihm 1 M. zu Kleidermehl zurückgelassen hatte, die Kläger aber für sich verkauft hat. Obendrein hat er sich von mehreren Mietlern etliche Beiträge geben lassen unter der Vorgabe, daß er Auslagen für den Arbeitgeber machen müsse. Diese Klüßiger habe er, der Beklagte, nun wieder befriedigen müssen, während sich der Kläger weder bei ihm noch an der Arbeitsstätte wieder bilden ließ. Die Sache endete schließlich mit einem Vergleich, nach dem Kläger noch 3 M. erhielt.

Der Maler A. wurde mit seiner Forderung auf Zahlung einer Entschädigung für einen Tag abgewiesen, da die Behauptung des beklagten Malermeisters Albert Feldt: er habe den Kläger nicht zum 14. April wieder zur Arbeit bestellt, sondern ihm nur Beschäftigung nach den Feiertagen in Aussicht gestellt, durch Zeugen gestützt wurde.

**Arbeitsverhältnis kein Entlassungsgrund.**

Eine Entschädigung von 25 M. forderte gestern vor der fünften Kammer des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Schalhorn der Arbeiter B. von der Firma Georg Koringen, Dusefensfabrik, weil er ohne Einhaltung der vereinbarten arbeitsvertraglichen Kündigungsfrist entlassen worden ist. Die Beklagte macht



Stadtverordneten-Versammlung.

15. Sitzung vom Donnerstag, den 22. April, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Michelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. In die Deputation zum Besuch der Stadt London werden folgende Einladungen der Korporation der City of London...

Am 1. Oktober 1908 hat die Versammlung beschlossen, den Antrag Stadthagen:

„Den Magistrat zu ersuchen, mit der Staatsregierung in Verhandlung zwecks Uebernahme der Sicherheitspolizei zu treten.“

„Den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, ob und welche Maßnahmen von ihm in den letzten Jahren ergriffen sind, um die Uebertragung aller Zweige der Polizeiverwaltung die nach Lage der Gesetzgebung den Gemeinden übertragen werden können, auf die Stadtgemeinde zu erlangen.“

In einem Ausschuss vorbereiten zu lassen. Dieser hat am 6. März d. J. getagt, und zwar deshalb so spät, weil man den Bericht über die Verhandlungen des im Januar in Königsberg abgehaltenen 6. Preussischen Städtekongresses abwarten wollte.

„Den Magistrat zu ersuchen, bei den Staatsbehörden auf Uebertragung der Wohlfahrtspolizei in städtische Verwaltung erneut vorstellig zu werden.“

Referent ist Stadtv. Prof. Dr. Landau (N. L.). Er erwähnt auch die Anregung, einen städtischen Medizinalrat zu schaffen, um der Regierung die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei schmackhafter zu machen; der betr. Antrag sei aber auf Widerstand gestossen und zurückgezogen worden.

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

der Schluß ist dann Sache des Kreisarztes, der vorgefertigten Bescheide. In das Loblied des Oberbürgermeisters auf die bisherige Energie des Magistrats kann ich nicht einstimmen; wir sind nicht geneigt, dem Magistrat die Beschlußfassung über den Zeitpunkt zur Ergründung der Initiative einfach zu überlassen, dem Magistrat, bei dem „alles in Vorbereitung“ ist, nach dem Ausspruch Ledermanns (Heiterkeit), das Ende aber in weiter Ferne liegt.

Im Ausschusse wurde behauptet, wir würden in dem Medizinalrat etwas Unvollkommenes, einen Torso, schaffen. Ich halte im Gegensatz dazu diese Organisation für eine Vorbereitung für die Uebernahme der sanitären Polizei überhaupt; unter uns sind geschickte Bildhauer, die dem Torso Arme und Beine und einen ganz gehörigen energiegelassen Kopf aufsetzen können. Der städtische Medizinalrat hätte die Hygiene unserer städtischen Organisations- und Hygienien der verschiedenen Fürsorgestellen z. B. müssen doch einem Hygieniker einseitlich unterstellt werden. In der Ratendeputation arbeite ich darauf hin, daß die Fürsorgezweige psychiatrisch überpaßt werden; ich stoße dabei auf gewaltige Widerstände, die nicht sein würden, wenn mir ein Hygieniker zur Seite stände, wenn ich nicht auf das mehr oder minder mangelhafte Verständnis von Laien angewiesen wäre.

Unsere öffentlichen Gebäude müssen hygienisch gebaut werden. Man mag neulich über die schlechte Beleuchtung des neuen Stadthauses. Bei Hinzuziehung eines Hygienikers hätte dieser Mangel nicht eintreten können. (Widerpruch.) Bekommen wir die Gesundheitspolizei, dann müssen wir eine ganz neue Organisation schaffen; der Hygieniker wird dann der Zentralpunkt für alle gesundheitlichen Maßnahmen werden. Wir müssen die hygienische Selbstverwaltung verlangen; wir haben ein historisches Recht darauf. Der Staat hat eine solche Fülle von Beweisen seiner Unfähigkeit gebracht, daß ihm zu tun fast nichts mehr übrig bleibt. Die Sanitätskommissionen sind Schattengebilde ohne Inhalt. Unsere Seuchengesetze sind von reinem Polizeigeist besetzt; dem modernen Empfinden, dem Laktgefühl des Arztes tragen sie keine Rechnung. Die Gemeinden sind längst verpflichtet worden zur Anstellung von Beamten zur Durchführung der Desinfektion am Krankenbett; das sind neue 41 Bataillone von Staatsbeamten, die von den Kommunen unterhalten werden müssen. Der Arzt wird durch sie eines Teiles seiner Funktionen entbunden; der Unteroffizier erscheint auf der Bildfläche, einer aus der glorieichen Klasse der Zivilversorgungsbeamten; allerdings soll er nicht in Uniform erscheinen — so weit wird dem Zeitgeist ein Opfer gebracht. Diese Beamten werden zu Trägern der Infektion gemacht und bringen ein gewaltiges Element der Störung in das Krankenzimmer hinein. (Der Vorsitzende bittet den Redner, sich mehr an das Thema zu halten.) Im Ausschuss sind die Dinge doch auch verhandelt worden. Eine andere falsche staatliche Maßregel ist die Anordnung, daß die Vorsteher der Unterabteilungen das Ergebnis ihrer Untersuchungen dem Kreisarzt mitteilen sollen. Diese falsche Maßregel stellt dem Staat bloß. Es irritiert das ärztliche Berufsgeheimnis, ein Gut von ewigem Kulturwert, umgeben mit juristischen Kanakeln. Die Meldung ist nur zu machen von dem Arzte, der den Kranken zuerst gesehen hat; Syphilis und Tuberkulose sind nicht meldepflichtig. Wenn nun Professor Prossauer solche Ergebnisse mitteilt, handelt er ungeschicklich; er ist zur Meldung nicht berechtigt noch verpflichtet. Wenn so rigoros und taktlos verfahren wird, dann werden die Ärzte noch weniger meldeunlustig und unser mit großen Kosten errichtetes Institut wird unnütz sein. Ich rufe den städtischen Behörden ein „videant consules!“ zu. Wir haben die hygienischen Schäden zu schätzen und zu beweisen, daß sie in unserer Hand sicher sind. (Beifall.)

Stadtv. Golland (N. L.): Der Kollege Vernstein hat uns eine medizinische Vorlesung gehalten; hier handelt es sich aber um juristische und staatsrechtliche Fragen. Was nützt uns der sehr notwendige Medizinalrat, wenn wir die Gesundheitspolizei nicht haben? Die Sicherheitspolizei als Hauptstütze seiner Macht wird der Staat nicht an die Gemeinde abgeben. Es ist auch keineswegs ausgemacht, daß die Stadt sie besser wahrnehmen würde. Anders steht es mit der Verwaltungspolizei.

Oberbürgermeister Kirchner: Vieles von den Ausführungen des Dr. Vernstein muß auf Mißverständnis beruhen. Die Seuchengesetze stellen genau fest, in welchen Fällen eine Desinfektion gefordert werden kann. Das Ministerium befristet sich mit der Ausdehnung der Desinfektion über diese Grenze hinaus, aber es handelt sich da bloß um Anregungen. Daß eine Desinfektion am Krankenbett gegen den Willen des Arztes angeordnet werden könnte, ist mir kaum denkbar, ebenso wenig, daß das Untersuchungsamt in der erwähnten Weise angewiesen sein sollte; diese Anweisung würde auch nicht auf gesetzlichen Boden stehen. Der Medizinalrat, den die Versammlung wiederholt gewünscht hat, hat mit der Polizei gar nichts zu tun; er sollte ein Magistratsmitglied sein (Sehr richtig!) Wir können eine Entscheidung gar nicht geben, wir können die Sache tatsächlich nur in Vorbereitung haben und anregend wirken.

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

weiter zu. Die Lohnerhöhungen, welche dem Magistrat in den letzten Jahren abgerungen worden sind, haben nicht die Höhe, daß wir damit zufrieden sein können. Deshalb stehen wir aber der Vorlage nicht etwa antipolitisch gegenüber; wir werden sie mit allem Eifer prüfen, und es wird unsererseits nicht an Versuchen fehlen, eine Reihe von noch vorhandenen Unstimmigkeiten im Ausdruck auszugleichen. Das Verfahren des Magistrats, jetzt die Lehrpersonen auszuschließen, muß auffallen. Es wird geltend gemacht, daß das Lehrerbefolgungsgesetz noch beim Herrenhaufe liegt. Dieser Grund trifft aber auch das Beamtenbefolgungsgesetz zu. Die allgemeinen Grundzüge des Magistrats finden auch die Zustimmung meiner Freunde. Den alten Rechtsstreit, daß kein Recht auf die Alterszulagen gegeben sein soll, will ich hier nicht anführen; die Rechtsverwaltung des Magistrats hat praktisch kaum eine Bedeutung. Besonders angenehm berührt hat mich die Tatsache, daß die Verschiedenheit der Stufen erheblich herabgesetzt ist; denn einer der größten Mängel, die unserer bisherigen Befolgungsordnung anhaften, waren die unendlich verschiedenen Stufen. Sehr zu begrüßen ist auch, daß die Vorlage mit dem alten Pöppel bricht, daß die Beamten „Festgeld“ bekommen statt des ihnen zu liefernden Schreibmaterials. Die Wünsche in bezug auf die kommende Befolgungsordnung, die in den Kreisen unserer städtischen Beamten und Angehörigen laut werden, die Petitionen, die wir darüber erhalten haben, wird der Ausschuss zu prüfen haben; im großen und ganzen können die vom Magistrat gemachten Vorschläge auf die Zustimmung der Versammlung rechnen. Wenn er mit besonderer Genugtuung hervorhebt, daß die Durchschnittsbesserung 10 Proz. beträgt, den niedriger Entlohnten aber ein noch höherer Prozentsatz zufließt, so war das sehr loblich, aber im Ausschuss wird sich zeigen, daß man sich bei einer Reihe niedrig entlohnter Beamten über etwas veränderte Stufen noch zu verständigen haben wird. Nicht ganz einverstanden bin ich mit der Verschiedenheit, die der Magistrat statuiert, indem er die neue, kürzere zweijährige Stufen für die Zulagen bei einem Teile der Beamten nicht eintreten lassen will; offensichtlich wird der Ausschuss entweder durch zwingende Gründe überzeugt werden oder diese Ungleichheit beiseiten, was ich am liebsten sehen würde. (Beifall.)

Stadtv. Rosenow (N. L.): Wir sind dem Magistrat für die Vorlage dankbar. Die Lehrerbefolgungsvorlage konnte noch nicht an uns gebracht werden, da wir auf diesem Gebiete an die Normen des Gesetzes gebunden sind, dieses Gesetz also zuvor zustande gekommen sein muß. Die Mehraufwendung erreicht den Betrag von 2 Millionen, eine gute Kapitalanlage, wenn sie zur Befriedigung der Beamten führt.

Stadtv. Ullstein (Soz.-fortsch.): Der Magistrat hat in der Vorlage eine offene Hand bewiesen. Anerkennenswert ist die Verringerung der Stufen; immerhin bleiben noch 99 Stufen und 77 Einzelgehälter übrig.

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Stadtv. Golland (N. L.): Die Uebertragung der Wohlfahrts- und Gesundheitspolizei auf die Stadt ist gewiss ein dringendes Interesse. In älterer Zeit, vor der Städteordnung, stand den Städten in viel größerem Umfange die Administration der Polizei zu; heute hat Berlin außer einigen nebenamtlichen Zweigen auf diesem Gebiete nichts zu sagen; nur daß wir berufen sind, durch das Polizeistatut...

Aus der Frauenbewegung.

Mathilde Franziska Anneke.

Zu unserer Besprechung der Wochenschrift von Fr. Regina Ruben schreibt uns die Verfasserin:

„Sie schreiben mit vollem Recht in der Besprechung der Wochenschrift: „Mathilde Franziska Anneke“. Wenn auch nicht offiziell, jedenfalls der Gesinnung nach, gehörte sie zu uns“. Wie sehr sie das tat, habe ich erst kürzlich selbst erfahren, als ich Gelegenheit hatte, im Archiv in Köln die Zeitungen und Zeitschriften aus dem roten Jahr einzusehen, darunter auch die „Neue Kölnische Zeitung“ der Frau Anneke, auf die übrigens schon in Marenbrecher's „Hohenollernlegenden“ (Seite 733) hingewiesen wird. Dort veröffentlicht Marenbrecher den Abend einer

Bekanntmachung

der Kommandantur in Köln vom 26. September 1848, die den Belagerungszustand über Köln auspricht und das Verbot des Erscheinens von vier Zeitungen:

- Die „Neue Rheinische Zeitung“, Die „Zeitung des Arbeitervereins“, Die „Neue Kölnische Zeitung“, „Der Wächter am Rhein“.

Die erste Nummer der „Neuen Kölnischen Zeitung“, dieses mit beispiellosem Mut von einer deutschen Frau herausgegebenen Blattes, erschien am Mittwoch, den 3. Januar, und führte den Untertitel: „Für Bürger, Bauern und Soldaten“. Herausgeber: F. Anneke und F. Veust. Nummer 24 der „Neuen Kölnischen Zeitung“ vom Sonntag, den 11. Februar, zeichnet F. Anneke als alleinige Herausgeberin. Deshalb Veust aus der Redaktion geschieden, habe ich noch nicht erfahren können, wahrscheinlich hatte er flüchten müssen. Am Sonntag, den 20. Mai, erschien die „Neue Kölnische“ mit einem breiten Krauerband, darin als Leitartikel mit großen Lettern: „Die „Neue Rheinische“ hat aufgehört! Rot, rot, rot ist sie von uns geschieden usw.“ Und nun kommt das Bemerkenswerteste. Vom nächsten Tage an fand Frau Anneke ihr Blatt mit dem neuen Titel: „Organ der Demokratie“ in die Welt. Herausgeberin: F. Anneke. Und sie war es, die hinfür mit Bewundernswürdiger Kühnheit alle Nachrichten der Demokraten aus

Deutschland sammelte und veröffentlichte, wenigstens bis zum Donnerstag, den 14. Juni, an welchem Tage auch ihrem Blatte von den Behörden der Lebensboden ausgetrieben wurde. Es hat also die „Neue Rheinische Zeitung“, deren letztes rotes Blatt vom 19. Mai datiert, um volle 37 Tage überlebt. Wahrscheinlich, es verlor sich, in einer Zeit so großer Reaktion auf die Tappeten von 1848 hinzuzureisen! Und noch eins! In allen Büchern über die deutsche Frauenbewegung werden immer Luise Otto-Peters und Auguste Schmidt als die Begründerinnen der deutschen Frauenbewegung genannt. Ohne das Wirken dieser Frauen auch nur im allergeringsten herabzusetzen zu wollen, kann doch gar nicht genug betont werden, daß die Frauenbewegung in Deutschland im Grunde genommen auf die politischen Kämpfe und ihre Träger der 40er Jahre zurückgeführt werden muß. Keine kleine mutige Schar übergehen zu wollen, hieße die Geschichte der Frauenbewegung fälschen. Ich erwähne deshalb auch hier noch einmal, daß Mathilde Franziska Anneke schon ihre „Frauenrechtlerische Zeitung“ herausgegeben und ihre Broschüre „Das Weib im Konflikt mit den sozialen Verhältnissen“, ehe die vorerwähnten Frauen überhaupt bekannt geworden, ehe sie in die Öffentlichkeit getreten. Daß die Lieder eines Hertweg, eines Fallersleben, eines Freiligrath am begeistertsten von den deutschen politischen Frauen aufgenommen wurden, erwähne ich nur ganz nebenbei. Die Männer fangen sie und auch die Frauen“, heißt es in einem zündenden Bericht aus jener Zeit.

Und zum Schluß, was die politischen Frauen von heute erstreben, das gemeinsame Vorgehen mit den politischen Männern, ohne das doch nun einmal nichts für die Frauen, resp. für die Menschheit, zu erreichen ist, das hatten schon die politischen Frauen

von 1848 klaren Auges erkannt und ihre Handlungen danach gerichtet, allen voran: „Mathilde Franziska Anneke!“

### Vom Kampf um das Frauenstimmrecht.

Immer schärfer spigen sich in England die Gegensätze zwischen den Anhängern des allgemeinen Wahlrechts und den Suffragettes, den Verfechterinnen des beschränkten Damentwahlrechtes, zu. Das kann zur Klärung der Sachlage nur beitragen, denn mit einem offenen Gegner wird man leichter fertig, als mit einem falschen Freunde. Die National Union of Women's Suffrage Societies (Nationalverband der Frauenstimmrechtsvereine), die 70 Organisationen umfaßt, hat den demokratischen Stimmrechtsforderungen offen den Krieg erklärt. Viele Tausende von Frauen in den Gewerkschaften, in der Genossenschafts- und der sozialistischen Bewegung stehen hinter der Forderung des allgemeinen Stimmrechts. Dieser offenkundigen Tatsache zum Trotz hatte Mrs. Fawcett, eine der frauenrechtlerischen Führerinnen, die Unverschämtheit, zu schreiben, daß jene Frauen, die sie höhnend eine „Bande von organisierten Weibern“, die das allgemeine Wahlrecht erstreben, nennt, keinerlei Einfluß auf die Einbringung der Howardschen Wahlrechts-Bill gehabt hätten. Die Sache des allgemeinen Stimmrechts steht nicht schlecht, das erklärt die Mut dieser Damen, welche die Privilegien ihrer Klasse schon jetzt bedroht fühlen. Im „Null Socialist“ schrieb unsere Genossin Mrs. Nelson am Schluß einer Erwiderung auf die frauenrechtlerischen Anzettelungen: „Wir glauben, daß England auf dem Wege

zur demokratischen Regierungsform zu weit vorgeschritten ist, als daß eine Erweiterung der Freiheiten anders als auf der Basis gleicher Bürgerrechte für jeden Mann und jede Frau, die nicht Verbrecher oder Wahnsinnige sind, Gesetz werden würde. Das aber ist das Ziel der Adult Suffrage Society, der Vereinigung für das allgemeine Stimmrecht.“

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Da die Schriftstellerin Klara Viebig noch immer krank ist, spricht am Montag, den 26. April, 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhause, Kommandantenstraße 72, Luise Jieg über: Die Arbeiterin als Hausfrau und Mutter.

### Leseabende.

Mariendorf. Freitag, den 23. April, 8 1/2 Uhr, bei Löwenhagen\* Vorlesung. Genosse E. Unger.

### Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freiregeln sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Königl. Opernhaus.** Elektra. (Anfang 8 Uhr.)  
**Königl. Schauspielhaus.** Hamlet.  
**Neues königliches Opernhaus.** Geheißener.  
**Deutsches Haus.** Kommerzielle. Volkensudschidheim.  
**Verliner.** Einer von unsrer Zeit. (Anfang 8 Uhr.)  
**Zeitung.** Die Stützen der Gesellschaft.  
**Neues Schauspielhaus.** Wolf dem, der lügt.  
**Westen.** Der Jodensack.  
**Nenes.** Die fremde Frau.  
**Thalia.** Wo wohnt sie denn?  
**Romische Oper.** Carmen.  
**Residenz.** Rummere dich um Amelie.  
**Lustspielhaus.** Im Klubsessel.  
**Kleines.** Moral.  
**Hebbel.** Arsene Lupin.  
**Schiller.** O. (Wagner-Theater.)  
**Die Welt, in der man sich langweilt.**  
**Schiller.** Eborlottenburg. Macbeth.  
**Friedrich-Wilhelmstadt.** Schauspielhaus. Der Dorfthyrann.  
**Sulzen.** Faust.  
**Trionon.** Liebesgemitter.  
**Neues Operetten.** Die Dollarprinzessin.  
**Berliner Operetten-Theater SW.** Das Himmelskinder. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Bernhard Rose.** Karib-Parade.  
**Gastspiel-Theater.** Der Hund von Baskerville.  
**Gebrüder Herrfeld.** Reine Deine Tochter. Der selige Niemann.  
**Apollo.** Die Geistesvoller Diebstahl. Spezialitäten.  
**Metropole.** Geflohen.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Carl Haberland.** Spezialitäten.  
**Vahage.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Wahalla.** Spezialitäten.  
**Hollies Caprice.** Das Lied vom brauen Mann. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Kajino.** Kermessmann. Spezialitäten.  
**Gustav Behrens.** Spezialitäten. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Parodie.** Siegel Siegel alles. — Alles fürs Kind. Oder: Die Folgen eines Rembezwangs. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Urania.** Taubenstraße 49/49. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.

### Lessing-Theater.

Freitag 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft.  
 Sonnabend 8 Uhr: Der König.

### Berliner Theater.

Heute 7 1/2 Uhr: Einer von unsrer Zeit.  
 Morgen 7 1/2 Uhr: Ein Herbstmanöver.

### Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.

### Die fremde Frau

(La femme X...)  
 Sonnabend neu einstudiert: Renaissance.

### Theater des Westens.

Abend 8 Uhr: Der Jockeyklub.  
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Halbpreise: Ein Walzertraum.

### Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Freitag, 23. April, Anfang 8 Uhr: Der Dorfthyrann.  
 Sonnabend: Dufarenlieber.  
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Schlagende Wetter. 8 Uhr: Der Dorfthyrann.

### Residenz-Theater.

— Direction: Richard Alexander. — (Anfang 8 Uhr.)

### Rummere dich um Amelie.

Schwant in 3 Akten (3 Bildern) von Feydeau.  
 Morgen u. folg. Tage: Die. Vorlesung. Sonntag, den 26. April, 3 Uhr: Der Hieb im Ohr.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 49/49. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

### Lustspielhaus.

Abend 8 Uhr: Von Abbazia bis Korfu.

### Im Klubsessel.

Abend 8 Uhr: Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 25, a. b. Luisenstr. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

### Die Dollarprinzessin.

In Vorbereitung: Der Zigeunerbaron.

### Hebbel-Theater

Königsgrüher Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Arsene Lupin.

### Luisen-Theater.

Benefiz für H. Kohlberg: Faust. I. Teil.  
 Sonnabend: Regimentstochter.  
 Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Mädchen auf dem Wege. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
 Montag: Das Weib ohne Geld.

### DERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurter Str. 132. Karib-Parade.  
 Poffe mit Gelang in drei Akten von Sillen.  
 Anfang 8 Uhr. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
 Sonnabend: Christliche Arbeit.

### Gastspiel-Theater

Köpenicker Straße 68. Anf. 8 Uhr. Sensationeller Erfolg! Der Hund von Baskerville von Ferd. Vonn.

### Apollo Theater

9 1/2 Uhr: Drei Schwestern.

### Wiesenthal

9 1/2 Uhr: Amélie de L'Enclos, Stimmphänomen.  
 8 Uhr: F. A. Heinhans, Rechenkünstler.  
 Sonntag, 25. April, nachm. 3 1/2 Uhr, ausnahmsweise Gastspiel der drei Schwestern Wiesenthal.

### WINTERGARTEN

Marcel und Boris

### Salerno

Acht Geishas

sowie das von Publikum und Presse glänzend beurteilte April-Programm.

Reservierter Pl. 2 M. Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe).

### Passage-Theater.

Die maurische Schlangentänzerin

### Yaka-Jshad

Gastspiel der Garland-Negeroperette

18 Solokräfte und das grandiose April-Programm.

### Der größte Variété-Erfolg

den je Berlin gehabt!

### Schiller-Theater.

O. (Wagner-Theater.) Freitag, abends 8 Uhr: Die Welt, in der man sich langweilt. Lustspiel in 3 Aufzügen von Eduard Paulecron. Ende 10 1/2 Uhr.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum 1. Male: Doktor Klaus. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Ein Volkseind. Sonntag, abends 8 Uhr: Doktor Klaus.

Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 Uhr: Macbeth. Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare. Ende 11 Uhr.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Das Opferlam. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Rechts herum. Sonntag, abends 8 Uhr: Macbeth.

### Brauerei Friedrichshain

Heute, Freitag: 8. Tag der großen internationalen Ringkämpfe

### Weltmeisterschaft

um die Heute ringen sechs Paare: Hansen, Meistorringer, Dänemark, gegen Muldon, England. Nitschke, Berlin, gegen Annoni, Italien. Salgo, Berlin, gegen Dittmann, Brandenburg. Charles le Marine, Frankreich, geg. Roberti Reicevich, Weltmeister. Legonnes, Frankreich, gegen Sanders, Neger-Champion. Gambier, Weltmeister, Frankreich, gegen Petrowitsch, Polen.

Vor den Ringkämpfen: Das erstklassige Spezialitätenprogramm. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pl. res. Pl. 1 M., numer. Tisch 2 M.

### Stadt-Theater Moabit.

Größter und vornehmster Theateraal Moabits.

Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.) Sonntag, den 25. April: Der Trompeter v. Säckingen.

Anfang der Vorstellung 7 Uhr, Kassenöffnung 6 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
 Sonntag, den 26. April: Soiree der Lustigen Säger.

### Metropol-Theater

Wegen Vorbereitung geschlossen. Sonnabend, den 24. April, zum 1. Male: Die oberen Zahntausend.

Operette in 3 Akten nach einer Idee des Victorien Sardou und Julius Freund. Musik v. Gustav Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schults.

### Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr. Schluß der Spiel-Saison: Freitag, 30. April.

Bis dahin täglich die mit stürmischem Beifall aufgenommene Novität: Meine-Deine Tochter.

Komödie in 2 Akten von A. und D. Herrnfeld. Ferner: Der selige Niemann. Lustspiel in 1 Akt von Karl Tollheim.

### Wahalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenthal. Vor. Anfang 8 Uhr. Die großartig. April-Spezialitäten. Im Tunnel: Freikonzert.

### Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direction: Willi Voigt. Freitag, den 23. April 1909: Große Benefizvorstellung für Hans Knispel.

### Um Nancy

oder: Das Gott zusammenfügt, das soll der Mensch nicht scheiden. Historisches Schauspiel in 5 Akten von Robertelli.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

### Kredit. Möbel auf Teilzahlung

bei allerkleinster An- u. Abzahlung. Größte Rücksicht bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit. E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 68

### Zur Maifeier!

Rote Nelken und Rosen 100 Stück . . . . . 1 M. netto. 1000 . . . . . 10 M. franko.

Verfend der Nachnahme. Blumenfabrik Herm. Hesse, Dresden, Scheffelstr. 57/59.

### Achtung! Zigarrenhändler! Achtung!

Die bestsortierte und billigste Einkaufsquelle in Zigaretten, Zigarren und Tabaken sämtlicher eingeführter Fabrikate ist

### Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstr. 70

Telephon: Amt VII, 4730.

### Nur noch kurze Zeit! Zirkus Busch.

Freitag, 23. April, abends 7 1/2 Uhr: Gala-Abend. Um 8 Uhr: ? Mr. Charleston? Um 9 Uhr: Mons. Vansart! Um 9 1/2 Uhr: Die Riefeldschen u. Giddären d. Hrn. Karl Hagenbeck. Ferner: Math. Renz, Schultze, Ernst Schumann, Neudorf, etc. Um 7, 10 Uhr ca.: Auswanderer! Sonntag: Zwei Vorstellungen.

### Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Dörfel. Heute ringen: Hackenschmidt, Rußland, gegen Hans Lang, Bayern. Schibilaki, Berlin, gegen Colton, Luxemburg. Erichsen, Dänemark, gegen Schulz, Ostpreußen.

Revanchekampf: Kornatzki, Rußland, gegen Grammer, der bayr. Hercules. Herr Grammer liefert seine Niederlage, welche er am verg. Dienstag von Kornatzki erlitten hat, darauf zurück, daß er in dem Moment, wo er Kornatzki von hinten mit Untergriff hoch anhub, mit einem Fuß im Teppich hängen blieb.

### Passage-Panoptikum. Prinzeß Fassie

die Amazonenkönigin mit ihrer wilden Garde. „Das blaue Weib“ das Opfer unarmherziger Tätowation. Alles ohne Extra-Entree!

### Folies Caprice.

Insolvent. Poffe von L. Kaufstein. In lauschiger Nacht. Burleske von B. Seide. Anfang 8 1/2 Uhr.

### Damms Volkspark-Theater

(früher Diets) Landsberger Allee 76/77. Täglich: Weisbach Sächsisch. Volks-Theater zum erstenmal in Berlin — vollständig neu — alles leicht — man amüsiert sich köstlich.

### Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9. Das glänzende sensationelle April-Programm. 9 1/2 Uhr: Aufstieg des kaisbaren Luftschiffes „Juppelin II.“ Der Friseur als Don Juan. Operette. (Anfang 6 Uhr.)

### Arnold Neue Welt.

Hazonheide 100/114. „Das silberne Horn von Berlin.“ Große Amateur Ringkampfkonzurrenz. Gr. Spezialitäten-Vorstellung. Auftreten erstklassiger Künstler. Anfang 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Eintritt 0,30, 0,50, 1, 2 M.

### Sommer-Preise

von 10 Centner ab Platz

Ferdinand Salen . . . p. Str. 0,85 M. Mario (ca. 130 St.) . . . 0,92 Pflänerschaft . . . 0,94 Elisabethglock . . . 0,94 Anhalt. Kohlenwerke . . 1,00 lise . . . 1,00 Habsteins . . . 0,83

Koks, Steinkohlen usw. zu billigen Tagespreisen. Bei Anfuhr frei Haus 10 bis 15 M. pro Zentner mehr. Gaswagen stehen zur Verfügung

### Gerstberger & Müller

Kohlengroßhandlung I. Lagerplatz: Am Schil. Bäterbbl. Mühlstr. 13. Amt VII, 10 290. II. Lagerplatz: Invalidenstr. 95. Amt VII, 4961. 0212

### Fahrräder! Billig!

o./P. 39, 45, 52, 60, 85 bis 120 M. p. St. Freilauf 3M. mehr

5 Jahre Garantie. Laufdecken 1,90, 2,50, 3,—, 4,50 Luftschlänche 50, 2,—, 2,50, 3,— Fußpumpen . . . 0,60, 1,— Pedale 0,60, 0,80, Sättel 1,50, 2,— Rahmenbrüche 3,50, Email 3,50 Fahrradkatalog 127 P. Motor-katalog 137 M. gratis u. franko. — Wiederverkäufer Rabatt. — Willi Hausscherr, Berlin 127, Alt-Jakobstr. 93.

**Berliner Eis-Palast**  
Ständige Eisbahn.  
Bis 12 Uhr nachts geöffnet.  
Konzert und Kunstausstellungen.  
Heute von 1<sup>1/2</sup> bis 4 Uhr geschlossen.

**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes  
„Solidarität“.

**Touren**  
zum Sonntag, den 25. April.  
1.—5. Ubr: 6 Ubr: Rauen (Stummes Volksgarten). 1 Ubr: Hohenheide (Steinbuchs Volksgarten).  
6.—10. Ubr: 8 Ubr: Vert. Schweiz (Gärtner). 1<sup>1/2</sup> Ubr: Adenid (Gefellshaus, Ordener Str. 31).  
Starts an den bekannten Stellen.

**Achtung!**  
Heute abend 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
**General-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus.  
Mittwoch, den 28. April: Sitzung der Kommittee.  
Donnerstag, den 29. April: Sitzung der Agitationskommission.  
Freitag, den 30. April: Sitzung der Fabrikanten.  
Jede Sitzung findet bei Lehmann, Neue Friedrichstraße 1, abends präzis 8<sup>1/2</sup> Uhr statt. 10/13  
Nicht ist, daß jeder Genosse erscheinen muß.

**Fahrrad-Haus „Friseh auf“**  
Walter Wittig & Co.,  
Berlin N. 31, Brunnenstr. 35.  
Zitate: Kottbuser Str. 9.  
Am Sonntag, den 1. Mai, bleiben unsere Geschäfte geschlossen.  
Sonntags nur von 8—10 Uhr geöffnet.

**Orts-Krankenkasse Pankow.**  
Die Hausmädchen  
**General-Versammlung**  
findet am  
5. Mai 1909, abends 8 Uhr, im  
Restaurant Rosenthal, Pankow,  
Kreuzstr. 3/4, statt.  
Tages-Ordnung:  
1. Protokoll. 2. Vortrag über die  
Rechtsverhältnisse der Hausmädchen.  
3. Wahl der Delegierten zum  
gemeinsamen Krankenkassen-Kongress.  
4. Vorlegung der Jahresrechnung  
pro 1908 und Bericht der Kassieren.  
5. Ergänzungswahl zweier Vorstands-  
mitglieder (ein Arbeitgeber und ein  
Arbeitnehmer). 6. Anträge, welche  
schleunigst fünf Tage vor der Ver-  
sammlung bei dem Unterzeichneten  
schriftlich einzureichen sind. 7. Ver-  
schiebenes. 274/4  
Pankow, den 19. April 1909.  
Der Vorstand  
der Orts-Krankenkasse Pankow.  
Paul Seifert, Vorsitzender.

**Bekanntmachung.**  
In der Beiratskammer  
des Reichskommisars a. D. Dr. Karl  
Peterson in London  
gegen  
den Redakteur der „Münchener Post“  
Martin Gruber in München  
hat das Schöffengericht am Amts-  
gericht München I, Abt. für Straf-  
sachen, auf Grund seiner Hauptver-  
handlung vom 25. Juni bis 2. Juli  
1907 bzw. das I. Landgericht  
München I, I. Strafkammer, auf  
Grund der Hauptverhandlung v. 13.  
bis 15. Januar 1909  
Urteil  
erlassen:  
Im Namen Seiner Majestät des  
Königs von Bayern:  
I.  
Martin Gruber, geb. am 23. Mai  
1866 in Harthausen, Gemeinde Nie-  
rching, bayerisch, in München, in-  
solvent, verh., Redakteur in München,  
ist schuldig zweier Vergehen der Ver-  
leumdung und wird hiemit zu  
Geldstrafen im Gesamtbetrag von  
400 M., umgewandelt für den Fall  
der Uneinbringlichkeit in Gefängnis-  
strafen im Gesamtbetrag von 40  
Tagen verurteilt.

II.  
Dr. Karl Peters, geb. am 27. Sep-  
tember 1856 in Neuhau a. d. E.,  
inid., ledig, Reichskommisars a. D. in  
London, ist schuldig eines Vergehens  
der Verleumdung und wird für straf-  
los erklärt.

III.  
Von den Kosten des Verfahrens  
beider Instanzen hat Martin Gruber  
neun Fünftel, Dr. Karl Peters ein  
Fünftel zu tragen.

IV.  
Dem Verurteilten Dr. Karl Peters  
wird das Recht zuerkannt, binnen  
einem Monat nach Rechtskraft dieses  
Urteils dessen erkennenden Teil je ein-  
mal auf Kosten des Verurteilten in der  
für amtliche Bekanntmachungen üb-  
lichen Form zu veröffentlichen in der  
„Münchener Post“, den „Münchener  
Neuesten Nachrichten“, dem „Vor-  
wärts“ und der „Nordd. Allgemeinen  
Zeitung“.  
Die vom Redakteur Martin Gruber  
gegen dieses Urteil eingeleitete Revisi-  
on wurde durch Urteil des I. d. Obersten  
Landesgerichts vom 6. April 1909 ver-  
worfen, womit das obige Urteil die  
Rechtskraft erlangt hat. Als Vertreter  
des Verurteilten habe ich dieses Urteil  
über gemäß der diesem eingeräumten  
Befugnis hiermit bekannt.  
München, 21. April 1909.  
Der Vertreter des Verurteilten:  
Rechtsanwalt Dr. Wih. Rosenthal.

**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. Oll. Brunnstr. 16.  
**Yelva, die russische Waife.**  
Großes Melodrama von Th. Dell.  
Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr. Entree 30 Pf.  
Ehren- und Borzugskarten gültig!  
Sonntags, den 24. April: Große  
Extravortr.: Die Macht des Goldes.

**Möbelfabrik Fortuna**  
Einget. Genossensch. m. b. H. Ostpl. 11.  
Bilanz am 31. Dez. 1908.  
Aktiva. 92.  
Kassa-Konto . . . . . 51,49  
Bank-Konto . . . . . 2844,40  
Anwarts-Konto . . . . . 2165,50  
Kautions-Konto . . . . . 184,50  
Waren-Konto . . . . . 5890,02  
Kontokorrent-Konto . . . . . 4188,30  
Gewinn- u. Verlust-Konto . . . . . 35,60  
Sa. 15329,89  
Passiva. 92.  
Kapital-Konto . . . . . 3000,—  
Darlehens-Konto . . . . . 4290,25  
Reservefonds-Konto . . . . . 47,33  
Hilfsreservefonds . . . . . 190,08  
Schulden-Konto . . . . . 4444,18  
Kontokorrent-Konto . . . . . 397,89  
Sa. 15329,89  
Aufgaben der Mitglieder 3000,— Pf.  
Mitgliederzahl am 31. 12. 07. . . . . 11  
Eingetretene . . . . . 1  
Ausgetretene . . . . . 1  
Mitgliederzahl am 31. 12. 08. . . . . 9  
Die Kasse betragt 4500,— Pf.  
Otto Stronsch. Fritz Wolff. 29/7  
Richard Wolf. 105/7

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau:  
Hof L. Amt 3, 1209. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 25. April 1909, vorm. 10 Uhr:  
**Allgemeine Branchenversammlung**  
der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Däweil über: „Die nicht fien und doch ernten.“  
2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Branchenangelegenheiten.

Sonntag, den 25. April 1909, vorm. 10 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
aller in der Metall- und Eisenindustrie beschäftigten  
Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen  
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27 a.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Ad. Cohen: „Die Entlohnung der Industrie  
mit besonderer Berücksichtigung der Frauenarbeit.“ 2. Diskussion. 3. Branchen-  
angelegenheiten. 115/20

Sonntag, den 25. April 1909, vorm. 10 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
für die Branche der Eisen-, Metall- und Revolverdreher  
in den Musik-Festfälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.  
Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Branchenkommission.  
4. Verschiedenes. 115/20  
Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonntag, den 25. April 1909, vorm. 10 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
der Schmiede  
in Wille's Festfälen (früher Milbrodt), Müllerstraße 7.  
Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht der Kommission und Neuwahl derselben. 2. Branchen-  
angelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreichen Besuch obiger Versammlungen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Tischler-Verein E. H. No. 89.**  
Sonntags, den 24. April, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, Weichvorstr. 15:  
**General-Versammlung.**  
Bericht vom ersten Vierteljahre 1909. Mitgliedsbuch legitimiert.  
198/13 Der Vorstand.

Nach dem  
**Urteil aller Kenner**  
ist  
**Bolero**  
die  
feinste 2 Pl. Zigarette

**Achtung! Bewilligte Bäckerei!**  
Die seit längerer Zeit bei untergeordneten Weizen-Beständen in Differenzen  
sind nunmehr beigelegt und gilt daher diese Bäckerei wieder als bewilligt.  
**Frankenstein, Baustr. 74.**  
Der Vertrauensmann der Bäcker und Konditoren.  
21915

**Zentralverband der Maurer Deutschlands.** Zweigverein  
Berlin.

Montag, den 26. April 1909, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
**General-Versammlung**  
aller Zahlstellen und Bezirke der Maurer  
in den „Neuen Arminhallen“, Kommandantenstraße 57/58.  
Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme zur Weifeier. 2. Beschlußfassung über den Antrag, jede arbeitslose  
Beitragsmarke aus Mitteln der Lokalkasse zu zahlen. 3. Gewerkschaftliches. 197/3  
Bei der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Mitgliedes zu erscheinen.  
**Mitgliedsbuch legitimiert! Die Verbandsleitung.**

**Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands**  
Zweigverein Berlin und Umgegend.  
Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr:  
**General-Versammlung**  
in Anton Doekers Festfälen, Weberstr. 17.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1909 und Bericht der Revisoren. 2. Stellungnahme zur Weifeier.  
3. Verhandlungsangelegenheiten.  
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu  
erscheinen. — **Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Einlaß.**  
Der Zweigvereinsvorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau:  
Hof L. Amt 3, 1209. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 25. April 1909, vorm. 10 Uhr:  
**Allgemeine Branchenversammlung**  
der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Däweil über: „Die nicht fien und doch ernten.“  
2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Branchenangelegenheiten.

Sonntag, den 25. April 1909, vorm. 10 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
aller in der Metall- und Eisenindustrie beschäftigten  
Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen  
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27 a.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Ad. Cohen: „Die Entlohnung der Industrie  
mit besonderer Berücksichtigung der Frauenarbeit.“ 2. Diskussion. 3. Branchen-  
angelegenheiten. 115/20

Sonntag, den 25. April 1909, vorm. 10 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
für die Branche der Eisen-, Metall- und Revolverdreher  
in den Musik-Festfälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.  
Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Branchenkommission.  
4. Verschiedenes. 115/20  
Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonntag, den 25. April 1909, vorm. 10 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
der Schmiede  
in Wille's Festfälen (früher Milbrodt), Müllerstraße 7.  
Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht der Kommission und Neuwahl derselben. 2. Branchen-  
angelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreichen Besuch obiger Versammlungen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Tischler-Verein E. H. No. 89.**  
Sonntags, den 24. April, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, Weichvorstr. 15:  
**General-Versammlung.**  
Bericht vom ersten Vierteljahre 1909. Mitgliedsbuch legitimiert.  
198/13 Der Vorstand.

Nach dem  
**Urteil aller Kenner**  
ist  
**Bolero**  
die  
feinste 2 Pl. Zigarette

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Heute Freitag, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

**Branche der Musikinstrumentenarbeiter.**  
Montag, den 26. April, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engelauer 15, Saal I:  
**Kombinierte Vertrauensmänner-  
und Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Die Weifeier. 3. Branchenangelegenheiten.  
Jeder Betrieb muß vertreten sein. Mitgliedsbuch legitimiert. — Zahl-  
reiches Erscheinen der Vertrauensleute und Mitglieder erwartet der wichtigen  
Tagesordnung wegen. 82/17 Die Branchenkommission.

**Verband der Sattler**  
Ortsverwaltung Berlin.  
**Achtung! Achtung!**  
Die Gruppenversammlungen der  
Geschirrbrennerei, Treibriemenbranche, Taschen-,  
Koffer-, Galanteriebranche, Militärbranche  
und der Sektion Charlottenburg  
fallen diesmal aus.  
Stattdessen die Versammlungen der  
Pinselmaler und Teppichnäher am 29. April.  
Wagenbranche am 29. April.  
Eisenmöbel- und Lederstuhlpolsterer am 29. April.  
156/18 Die Ortsverwaltung.

**Deutsch. Transportarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin II.  
Am Sonntag, den 25. April 1909, vormittags von 10 Uhr bis  
nachmittags 2 Uhr, finden die  
**Stichwahlen für 6 Delegierte**  
zur Generalversammlung in München  
in folgenden Lokalen statt:  
Zentrum: D. Tieder (früher Engel), Seidelstr. 30.  
Hallesches Tor: Paul Scholz, Danziger Str. 22.  
Potsdamer-Tor-Bezirk: Herrn. Ros. Bülowstr. 66.  
Moabit-Bezirk: Ernst Starb, Waldstr. 8, und Barbat,  
Ebenstr. 23.  
Wedding-Bezirk: August Masand, Selterstr. 12.  
Gesundbrunnen und Reinickendorf-Ost: Ernst Globig,  
Koloniestr. 15.  
Rosenthaler-Tor-Bezirk: Gottlieb Hoffmann, Ertmänder  
Straße 47.  
Schönhäuser-Tor-Bezirk: Karl Hilft, Lohmer Str. 2/3.  
Königstor-Bezirk: Friedrich Rausch, Wilmstr. 12.  
Landsberger-Tor-Bezirk: Emil Panten, Heidenfeldstr. 11.  
Frankfurter-Tor-Bezirk: Gustav Müller, Große Frankfurter  
Straße 137.  
Schlesischer-Tor-Bezirk: Paul Hoffmann, Eppelner Str. 47.  
Kottbuser-Tor-Bezirk, Rixdorf-Nord sowie Treptow:  
Gustav Schmidt, Rixdorf, Heidenfeldstr. 44.  
Rixdorf-Britz: Ferdinand Hennig, Rixdorf, Heidenfeldstr. 69.  
Ober- und Nieder-Schöneweide sowie Baumshuldenweg:  
Friedrich Warnke, Ober-Schöneweide, Wilmshuldenweg 18.  
Rummelsburg, Boxhagen, Lichtenberg, Friedrichs-  
berg, Stralau: Georg Bierweg, Alt-Boxhagen 54.  
Weißensee: Hermann Tröger, „Zum Prälaten“, König-  
splatz 42, Ede Leichterstraße.  
Pankow, Schönhäuser und Französisch-Buchholz:  
Karl Abendroth, Pankow, Wälsenstr. 31.  
Borsigwalde, Tegel und Reinickendorf-West: August  
Gendisch, Reinickendorf-West, Antonienstr. 61.  
Charlottenburg: Volkshaus Charlottenburg, Köpenicker Str. 2.  
Wilmersdorf-Halensee: Fritz Kaefer, Wilmersdorf,  
Laurinburger Str. 20.  
Schöneberg-Friedenau: Wilhelm Kuschke (früher Obf),  
Schöneberg, Weininger Str. 8.  
Tempelhof-Marienthal: Martin Müller, Tempelhof, Berliner  
Straße 41/42.  
Den Mitgliedern ist es freigestellt, in einem der vordennannten  
Lokale ihre Stimme abzugeben.  
Als Wahlegitimierung dient das Mitgliedsbuch, welches am Eingang  
zum Wahllokal vorzulegen ist.  
Wer mit seinem Beitrage länger als 10 Wochen im Rück-  
stand ist, ist nicht wahlberechtigt.  
Stimmzettel erhalten die Mitglieder am Eingang zum Wahllokal.  
69/16 Die Verwaltung II. S. N.: Albert Hüb.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau:  
Hof L. Amt 3, 1209. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 25. April 1909, vorm. 10 Uhr:  
**Allgemeine Branchenversammlung**  
der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Däweil über: „Die nicht fien und doch ernten.“  
2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Branchenangelegenheiten.

Sonntag, den 25. April 1909, vorm. 10 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
aller in der Metall- und Eisenindustrie beschäftigten  
Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen  
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27 a.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Ad. Cohen: „Die Entlohnung der Industrie  
mit besonderer Berücksichtigung der Frauenarbeit.“ 2. Diskussion. 3. Branchen-  
angelegenheiten. 115/20

Sonntag, den 25. April 1909, vorm. 10 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
für die Branche der Eisen-, Metall- und Revolverdreher  
in den Musik-Festfälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.  
Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Branchenkommission.  
4. Verschiedenes. 115/20  
Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonntag, den 25. April 1909, vorm. 10 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
der Schmiede  
in Wille's Festfälen (früher Milbrodt), Müllerstraße 7.  
Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht der Kommission und Neuwahl derselben. 2. Branchen-  
angelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreichen Besuch obiger Versammlungen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Tischler-Verein E. H. No. 89.**  
Sonntags, den 24. April, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, Weichvorstr. 15:  
**General-Versammlung.**  
Bericht vom ersten Vierteljahre 1909. Mitgliedsbuch legitimiert.  
198/13 Der Vorstand.

Für die zu unserer Silberhochzeit  
zu teil gemachten Ehrentagen sprechen  
wir allen Verwandten, Bekannten,  
Gästen und dem 91. Wahlbezirk  
unseren herzlichsten Dank aus.  
**Rudolph Tabert, Gastwirt,**  
21826 und Frau.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Decker  
**Paul Finke**  
am 20. April an Lungenerkrankung  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 23. April, nachmittags  
4<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des  
Paulus-Kirchhofes in Wilmersdorf aus  
statt.  
Ferner starb unser Mitglied,  
der Mechaniker  
**Paul Röder**  
an Nierenleiden.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 23. April er., nach-  
mittags 2<sup>1/2</sup> Uhr, vom Krankenhaus  
Verharmen aus nach dem Thomast-  
Kirchhof, Hermannstraße, Rixdorf,  
statt. 116/1

Ferner starb unser Mitglied,  
der Schloffer  
**Friedrich Luse**  
am 18. April.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Som-  
mabend, den 24. April, nachmittags  
3 Uhr, von der Leichenhalle des  
Simonkirchhofes in Rixdorf aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet.  
115/19 Die Ortsverwaltung.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß mein  
inniggeliebter Sohn und guter  
Vater, der Weber  
**Gustav Schröder**  
am 21. d. M. verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Som-  
mabend, den 24. April, nachmittags  
3 Uhr, vom Rosenthal-Kirchhof,  
Reinickendorf-West, aus statt.  
Um stille Beileid bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen  
**Therese Schröder**  
nebst Kindern.

**Zentral-Verband der Maurer  
Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin.  
**Sektion der Putzer.**  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Gustav Seeger**  
im Alter von 60 Jahren am  
20. April verstorben ist.  
Die Beerdigung findet heute,  
Freitag, nachmittags 4 Uhr,  
von der Leichenhalle des Georgen-  
Kirchhofes, Weihenfer (Kaiser-  
straße) aus statt.

Ferner den Mitgliedern sowie  
dem Gewerksverein zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Gustav Schröder**  
im Alter von 58 Jahren am  
21. April an Lungenerkrankung  
verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntags, den 24. April, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle  
des Rosenthal-Kirchhofes, Reinick-  
dorf-West, Riegelstraße 8 aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Maurer  
Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Am Dienstag, den 20. April,  
verstarb unser Mitglied  
**Hermann Zeugner**  
(Wegh. Siedler).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Freitag, den 23. April, nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des  
Gemeins-Kirchhofes in Rixdorf,  
Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
187/4

**Zentral-Verband der Maurer  
Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Am Dienstag, den 20. April,  
verstarb unser Mitglied  
**Hermann Zeugner**  
(Wegh. Siedler).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Freitag, den 23. April, nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des  
Gemeins-Kirchhofes in Rixdorf,  
Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
187/4

**Charlottenburg**  
F. Kunstmann Wallstr. 1  
Moderne Uhren u. Goldwaren  
Billige Bezugsquelle für  
**Hygienische**  
Bedarfs-Artikel  
Drogerie Zaremba,  
Berlin N., Weinbergsweg 1.  
— Ein Versuch —  
führt zu dauernder Kundenschaft.



Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Zu dem heute abend in den Noabiter Prachtgaler, Wicelstraße, stattfindenden Bildbörse...

Rixdorf. Die Mitglieder des Wahlvereins werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Generalversammlung...

Steglitz. Am Sonntag, vormittags 8 Uhr, Flugblattverteilung. Der Vorstand.

Alt-Hienide. Am Sonnabend, den 24. April cr., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal des Herrn Troppens, Rudower Straße 54...

Bosfen. Am heutigen Freitag, abends 8 Uhr, findet die Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder...

Sonnabend, abends 1/2 7 Uhr, von Kurzer aus Flugblatt- und Handzettelverteilung.

Sonntag, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Kurzer eine öffentliche Versammlung statt. Thema: Neue Volkslasten als Reichsfinanzreform.

Reinickendorf-St. Heute abend, 8 Uhr, findet im Schäpchenhaus, Reichenstr. 1/2, eine öffentliche Versammlung statt...

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Dem Freisinn gilt Bescheidenheit als eine Tugend, mit der er entgegen der Meinung des bekannten Scherzwortes weiter zu kommen hofft. Der Berliner Stadtfreisinn versagt sich's daher, die alte Forderung zu erneuern...

Aus dem weiteren Verlauf der Sitzung ist die große Vorlage über die Aufbesserung der Beamtengehälter zu nennen. Der Segen, den da der Magistrat aus seinem Hüllhorn über die Seinen ausschütten will...

„Was sagt dazu die Polizei?“ So muß man fragen, wenn man in der Finnländischen Straße vor dem Grundstück Nr. 16 den Zustand des Bürgersteiges betrachtet.

gegen das Grundstück gefächert. Eine Böschung, im Winkel von etwa 45 Grad geneigt, leitet in die Tiefe hinunter. Da unten sieht man ausgehobene Gruben und lagernde Kalksteine...

Auf dem Gelände des werdenden Schillerparkes sind jetzt vierhundert Arbeiter beschäftigt. Ein freisinniges Blatt bringt eine Schilderung der regen Tätigkeit, die sich dort entwickelt...

Der Magistratsbevollmächtigte meldet, daß infolge der heftigen Debatten über die Abhilfe der Arbeitslosigkeit in der Stadtverordnetenversammlung voriger Woche die für diese Angelegenheit eingesetzte gemischte Deputation sofort einberufen worden sei.

Diese Gegnerschaft zu einer der bedeutendsten sozialpolitischen Erregungssachen, des Koalitionsrechts, erinnert doch gar zu sehr an Schöppenstedt oder Krähwinkel.

Armenrechtliche Entscheidungen. Aus der Armenpflege hat die Charlottenburger Armenverwaltung eine Reihe von wichtigen Entscheidungen oberster Instanzen zusammengefaßt...

Späterlegung der zweiten Briefbestellung? Der Nachschlüsselzug D 179 von Basel über Frankfurt nach Berlin wird, wie berichtet, vom 1. Mai an über Magdeburg geleitet...

Abendpost für Berlin geht mit diesem Zug. Um deren Bestellung nicht zu verzögern, hat die Postverwaltung verüht, die Späterlegung des Zuges in letzter Stunde rückgängig zu machen.

Die Ordensbalken steigen noch immer. Abermals ist zehn Berliner Kriminalschutzmannern, unter denen wir die mit Blüthlicht photographierten Herren Scheuermann und Neberg vermissen...

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 1/4 4 Uhr am Velle-Allianzplatz. Dort verfuhrte zur genannten Zeit vor dem Hause 17 der 32 Jahre alte Kaufmann August Hoffmann...

Todesstrafe aus dem vierten Stockwerk. Ein aufregender Vorgang hat sich Mittwoch abend gegen 10 Uhr in der Alten Schönhauser Straße abgepielt. Aus dem vierten Stockwerk des Hauses Alte Schönhauser Straße 46 stürzte sich ein unbekanntes junges Mädchen im Alter von etwa 22 Jahren auf die Straße hinab...

Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich am Nordhafen ereignet. Ein unbekannter etwa 30 Jahre alter ansehender Arbeiterhand angehörender Mann wurde von dem Vorderbord des Müllabfuhrwagens Nr. 34 gestreift und ungerissen.

Die Kindesleiche auf der Tiergartenbank. Einen schaurigen Fund machten Spaziergänger in den Anlagen des Tiergartens. Auf einer Bank in der Nähe des großen Wasserturms lag ein Paket, das die Leiche eines neugeborenen Mädchens enthielt.

Eine Falschmünzergilde ist von der Kriminalpolizei aufgehoben worden. In der letzten Zeit tauchten falsche Pfennigstücke besonders im Norden und Nordosten von Berlin und in Rixdorf auf.

Zu unserer Notiz am Dienstag: „Sechs Personen bei einem Straßenbahnzusammenstoß verunglückt“, erhalten wir von der Großen Berliner Straßenbahn folgende Zuschrift: In Ihrem Bericht vom 20. April cr. über den Straßenbahnunfall, der sich auf dem Voltenplatz am 19. April ereignete...

Gezerrt. Die Holmannstraße von der Lindenstraße bis zu der Hausgrenze zwischen den Grundstücken Holmannstr. 24 und 25 bezw. den Grundstücken Holmannstr. 17 und 18 wird behufs Verlegung von Straßenbahngleisen sofort bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerwehrrichtern. In der letzten Nacht hatte die Berliner Feuerwehr mehrere gefährliche Brände zu löschen. Unter anderem abends um 10 Uhr ein Feuer, das in einem Kontor in der Wangenstraße 136 ausgebrochen war.

drohte nachts ein Rahn unterzugehen; er mußte ausgepumpt werden. Der 15. Zug wurde nach der Sickingenstr. 71 alarmiert, wo in der Kernflammenfabrik der A. E. G. ein „Widerstand“ durchgebrannt war. Pöswilligerweise wurde der 16. Zug wieder einmal nach der Walpurgisstraße alarmiert, ohne daß es gelang, den Laster zu ertappen. In der Französischstr. 8 mußte ein Brand gelöscht werden, der eine Bretterwand, Türen, Kleider, Kinderwagen, alten Handkat u. a. ergriffen hatte. Mit Erfolg wurde ein Sauerstoffapparat bei einem Schwerkranken in der Frankfurter Allee 151 benutzt. Ferner liefen noch Alarme aus der Steinmünder Str. 27, Al. Andreasstraße 13 und verschiedenen anderen Stellen ein.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

In der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch wurde von den Liberalen ein dringlicher Antrag eingebracht: „Der Magistrat wird ersucht, die Revision des Normalplans so zu beschleunigen, daß die Neuregelung noch vor den Sommerferien erfolgt.“ Der Antrag kam bald nach dem Anfang der Sitzung zur Beratung und wurde von dem Stadtverordneten Meyer mit der Begründung empfohlen, daß die Erledigung der Frage über die Gehaltsverbesserungen bei der Haltung des Herrenhauses doch in dieser Zeit nicht zu erwarten sei. Zwar erklärte der Oberbürgermeister, der Mitglied des Herrenhauses ist, in seiner Antwort, daß er noch Hoffnung habe, das Herrenhausplenum werde nicht seinem Ausschluß folgen, der die vom Abgeordnetenhaus zugegangene Vorlage über die Gehaltsverbesserungen abgelehnt habe; aber die folgenden Redner hielten das doch für zweifelhaft und drangen darauf, nicht länger auf diesen Entschluß zu warten, denn die Beamten, Lehrer und Arbeiter warteten doch schon lange auf die dringend benötigten Zulagen. Die Stadtverordneten Otto und Schwarz hoben hervor, daß die Lehrer trotz ihrer Bedrängnis nie ihren bewährten liberalen Standpunkt verlassen haben, obwohl die Sozialdemokraten ihre Unzufriedenheit äußern möchten. Genosse Jirsch verfehlte nicht, ihnen gebührende Antwort darauf zu geben. Er stellte fest, daß die Regierung den Lehrern sogar weniger bietet, als sie vielfach jetzt schon erhalten. Der Antrag selbst wurde fast einstimmig angenommen. Bei der Beratung über verschiedene Kammerbilligungen für die Gasanstalten machte Genosse Vogel darauf aufmerksam, daß man auch hier oft unter einer dicken Rauch- und Kuppelplage zu leiden habe, es sei nötig, um diese zu beseitigen, darauf hinzuwirken, daß die Oefen namentlich in Wärdereien und Brauereien so gebaut würden, daß Holz statt Stein- oder Braunkohlen in ihnen gebrannt werden könnte, wodurch man in anderen Städten, z. B. Karlsruhe, die Kuppelplage wirksam beseitigt habe. — Eine Vorlage, über die Genosse Altdorf referierte, betraf die Erweiterung der städtischen Wasserwerke, die, sowie sie von der Aktiengesellschaft Charlottenburger Wasserwerke übernommen wurden, sich als gänzlich unzureichend erwiesen haben. — Eine andere Vorlage betraf ein Ortsstatut, zu dem der Magistrat die Zustimmung der Versammlung beantragte, demgemäß „die Zahl der Stadtverordneten so lange auf 72 beschränkt bleiben soll, bis die Volkszählung eine Einwohnerzahl Charlottenburgs von mehr als 400 000 ergibt, worauf die Zahl der Stadtverordneten auf 90 erhöht und damit endgültig begrenzt wird.“ Diese Vorlage und ihre ganze Begründung wurde aber nicht nur vom Genossen Jirsch in allen ihren Teilen als gänzlich verfehlt und unzutreffend nachgewiesen, sondern auch die anderen Fraktionen sahen sich genötigt, zu erklären, daß sie sich mit der Vorlage nicht befassen könnten. Die nähere Erörterung darüber soll in einem Ausschuß stattfinden, in den von uns die Genossen Hirsch, Borchardt und Jirsch gewählt wurden. — In der nächsten Plenarsitzung kommt auch eine Anfrage unsererseits über die Anfeindungen gegen den Bau unserer Untergrundbahn zur Verhandlung.

### Wilmersdorf.

Ueber den Baufall in der Konstanzer Straße 8, worüber wir bereits in der gestrigen Nummer berichteten, teilt uns ein Arbeiter des Baues noch folgendes mit: Der Bau wird von der Firma Köhler u. Co. ausgeführt. Am Dienstagvormittag war der Arbeiter Richard Barth, in Charlottenburg wohnhaft, beim Mischen beschäftigt. Als derselbe ein Brett von der zweiten nach der dritten Etage tragen wollte, stürzte er infolge schlechter Abdeckung auf eine ungewählte Stufe der ersten Etage. D. fiel so unglücklich, daß er sich erhebliche Verletzungen zuzug und bewußtlos liegen blieb. Er wurde von der Wilmersdorfer Rettungswache nach dem Väterfelder Krankenhaus gebracht, woselbst er nachmittags 8 Uhr verstarb. Erwähnt sei noch, daß die Baubewachung über eine Stunde verstreichen ließ, bevor ärztliche Hilfe kam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Ganz gegen ihre Gewohnheit verhandelte die Stadtverordnetenversammlung am Mittwochabend allein fast vier Stunden, um den aus elf Punkten zusammengesetzten öffentlichen Teil ihrer Tagesordnung aufzuarbeiten. Nachdem man sich mit der Mandatsniederlegung des Stadtverordneten Frische einverstanden erklärt hatte, schritt man zur Beratung eines Antrages aus der Versammlung, der dahin ging, daß die Stadt bei der Vergütung der Arbeiter und Arbeiterinnen vorzugsweise nach Möglichkeit Wilmersdorfer Handwerker usw. berücksichtigen solle. Der Berichterstatter über diese Angelegenheit, Stadtverordneter M. Schulte, wollte bei der Begründung des Antrages auch in Arbeiterfreundlichkeit machen, tat dies aber in einer so plumpen Weise, daß die Arbeiterschaft des Ortes alle Ursache zum Widerspruch hat. Die Beschäftigung einzelner Arbeiter, so jagte der Herr, liege im Interesse des Stadtsäckels. Denn wenn ein Arbeiter keine Beschäftigung habe, so lasse er Weib und Kinder im Stich und die Armenverwaltung müsse dann eingreifen. Der Herr Schulte muß bis dahin mit einer sonderbaren Sorte von Arbeitern zu tun gehabt haben. Denn sonst müßte er wissen, daß ein ehrenhafter, gewerkschaftlich organisierter Arbeiter im Falle der Arbeitslosigkeit alles anbietet, um seine Familie nicht der Armenpflege verfallen zu lassen, und daß auch die Wilmersdorfer Armenverwaltung den Gewerkschaften Dank schuldig ist dafür, daß diese durch ihre Unterstützungseinrichtungen die organisierten Arbeiter vor dem Aussterben zu bewahren suchen.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm den erwähnten Antrag an, doch lehnte sie mit 18 gegen 17 Stimmen einen Zufahrtstrag ab, der auswärtige Unternehmer beim Abbruch größerer Viehstallbauten zur Errichtung von Zweigniederlassungen am Ort verpflichten wollte.

Hierauf stimmte die Versammlung nach längerer Debatte dem am Sonntag an dieser Stelle erwähnten Magistratsantrage zu, wonach die 114 500 M., um die infolge der Entscheidung des Bezugsauschusses der Etat aus dem Gleichgewicht gerät, dem Ausgleichsfonds entnommen werden sollen.

Eine Anzahl an die Stadtverordnetenversammlung gerichteter Petitionen erlebten das Schicksal, daß sie entweder abgelehnt oder bestenfalls dem Magistrat als Material überliefert wurden. Der Uebergang zur Tagesordnung wurde hinsichtlich einer Petition des Bundes für Nutterschutz, die auf 3000 M. Beihilfe abzielte, beschlossen; ebenso lehnte die Stadtverordnetenversammlung eine Petition des Vereins der Gast- und Schankwirte ab, wonach die Schonkonnzessionssteuer aufgehoben werden sollte. Die verächtliche Bezirkspolizei kam gelegentlich einer Magistratsvorlage zu ihrem Recht, die den Bau der neuen Oberrealschule auf einem noch unbebauten städtischen Gelände in der Gegend der Mannheimer Straße bezweckte. Eine entschiedene ausgebreitete Erörterung über diese Frage endete mit dem Beschluß, die Angelegenheit in Rücksicht auf die Grundbesitzer am Kaiserplatz, die die Schule in ihrer Gegend errichtet haben wollten, nochmals in einem Ausschuß zu beraten.

Zum Schluß ihrer öffentlichen Beratungen nahm die Versammlung eine Magistratsvorlage an, wonach für die auszuführende Stelle eines Stadtkammerers nur Bewerber mit juristischer Vorbildung in Betracht kommen sollen.

### Brig.

Ein Nordversuch und Selbstmord. Im Hause Bürgerstraße 33 hat sich vorgestern der 37-jährige Arbeiter Max Kambolet, nachdem er in angetrunkenem Zustand sein sieben Jahre altes, an Malaria krankes Stiefkinderchen mißhandelt und auf seine Frau mehrere Revolvergeschosse abgefeuert hatte, durch einen Schuß in die Schläfe selbst getötet. Die Frau selbst ist ohne Verletzung geblieben.

### Groß-Väterfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Nach Einführung des neu-gewählten Gemeindeverordneten der 2. Klasse, Verlagsbuchhändler Runge, kam der Gemeindevorsteher auf eine Koritz in der „Vossischen Zeitung“ zu sprechen, die sich mit der Schulnot (natürlich nur mit der „Not“ in den höheren Schulen! D. V.) befaßt. Er hielt es für nötig, darauf hinzuweisen, daß in Groß-Väterfelde von einer solchen Not nicht gesprochen werden könne, da an keiner der höheren Schulen weder einheimische noch auswärtige Schüler zurückgewiesen worden seien. Hierauf kam der Entwurf eines Ortsstatuts gegen die Veranstaltung von Ortsteilen zur Beratung. Danach soll die Anbringung von Reklameschildern, Schaustafeln, Aufschriften und Abbildungen in jedem Falle der Genehmigung der Baupolizeibehörde unterliegen. Ferner dürfen in dem Gebiet des ehemaligen Baefales Fabrikanlagen, Schuppen und Lagerplatzanlagen nicht geschaffen werden. Alle Baulichkeiten innerhalb dieser Gegend sind dem Landschaftsbilde anzupassen. Dies Gebiet erstreckt sich im wesentlichen von den Siegler Grenzen auf beiden Seiten des Teltower Kanals bis nach Zehlendorf-Schönow.

In den der offenen Bauweise vorbehaltenen Gebiebsteilen des Ortes sind die jeweiligen Baulichkeiten dementsprechend auszuführen, daß sie das Orts- oder Straßensbild nicht beeinträchtigen.

Gemeindevorordneter Engelmann wünscht noch eine Kommission gewissermaßen als Aufsichts- oder Rekursinstanz gegen die polizeilichen Schönheitsurteile. Gemeindevorordneter Meyer will ebenfalls der Polizei nicht die alleinige Entscheidung in diesen Fällen überlassen; zum mindesten müßte doch der Gemeindevertretung das Mitbestimmungsrecht zustehen. Im übrigen könne er keinen Vorteil von diesem Ortsstatut für die Gemeinde erblicken; wenn man von dem Schutze des Baefales abstehe. Die übrigen Bestimmungen seien mehr geeignet Anstrecker abzuschrecken, als den Zugang zu fördern.

Schöffe Lengner wies darauf hin, daß eine Kommission als Aufsichtsinstitution der Polizei gesetzlich unzulässig sei. Der Gemeindevorsteher, der ja zugleich als Amtsvorsteher fungiere, werde sicherlich auf die Wünsche der Gemeindevertretung Rücksicht nehmen. Die Vorlage wurde darauf angenommen. Die Gebäudenordnung für die einzige schon bestehende Bedürfnisanstalt am Kollplatz und die neu zu errichtenden drei weiteren wird ebenfalls genehmigt. Danach sind die offenen Bedürfnisanstalten zur Benutzung frei, für die verschloffenen ist eine Gebühr von 10 Pf. festgesetzt. Die Gemeindegasse IV in der Kommandantenstraße bekommt endlich einmal eine Turnhalle. Nachdem die wiederholten Anträge der Schulleitung erfolglos geblieben, hat die Kreisbauinspektion etwas Dampf dahinter gemacht. Natürlich mußte wieder die finanzielle Lage der Gemeinde als Grund herhalten, daß diese schon längst notwendige Einrichtung noch nicht geschaffen wurde. Als die finanzielle Lage der Gemeinde besser war, blieb für die Gemeindegassen ebenfalls nichts übrig, desto mehr aber für die höheren Schulen.

Das Turngerüst auf dem Hofe der Schule IV, an dem die Kletterhänge und Schaukelringe befestigt sind, befand sich in einem solchen gebrechlichen Zustand, daß eine Schülerin während der Turnübung unter Lebensgefahr abspringen mußte, da das ganze Gerüst ins Schwanken geriet und zusammenzufallen drohte. Die Stützen waren förmlich abgefaßt. Der Schaden ist nachher nordwärts repariert worden. Es war höchste Zeit, diesem für Lehrer und Kinder gefährlichen Zustand durch Bau der Turnhalle ein Ende zu machen. Diese Not einer Gemeindegasse zu gehen fand sich leider kein Gemeindevorsteher; dafür legte sich beim nächsten Punkt der Tagesordnung, das Pflasterprogramm betreffend, Dr. Delbrück für die Interessen der Grundbesitzer kräftig ins Zeug; er wollte die gesamten Pflasterkosten nur der Gemeinde aufbürden; seine Ansicht wurde jedoch vom Gemeindevorstand mit Erfolg bekämpft. Ueber das Straßenbahnprojekt Bahnhof „Botanischer Garten“—Friedhof kann erst nach Abschluß der Verhandlungen mit der Terraingesellschaft, die nur einen einmaligen und dazu sehr geringfügigen Beitrag leisten will, beraten und beschlossen werden.

Ueber den unhaltbaren Zustand der Wilmersdorfer Straße, die dem Kreis gehört und der allein schon ein Besch gegen die Verunreinigung von Ortsteilen“ rechtfertigt, wurde lebhafteste Klage geführt.

Schöffe Lengner gab seinem Bedauern Ausdruck, daß an diesem Zustand vorläufig nichts geändert werden könnte, bis die Verhandlungen mit dem Kreis und dem Eisenbahnbauamt wegen der Beseitigung des Bahnhofsüberganges an der Wilhelmstraße abgeschlossen seien.

Der letzte Punkt der Tagesordnung, ein Vertrag mit dem Domänenfiskus, wurde verlagert. Schließlich müßten wir noch auf einen Uebelstand hinweisen, durch den sich die Vertreter der Presse beschwert fühlen. Fast in allen Gemeinden um Berlin werden denselben die der Beratung zugrunde liegenden Vorlagen ohne weiteres zur Verfügung gestellt. Das ist in Väterfelde leider nicht der Fall. Dadurch wird den Berichterstattern ihre Aufgabe wesentlich erschwert, um so mehr, als auch die meisten der Herren, die das Wort zu nehmen pflegen, selbst auf die geringe Entfernung von kaum fünf Schritten unverständlich bleiben. Da es sich um Vorlagen handelt, über die in der Öffentlichkeit verhandelt wird, so ist kein Grund vorhanden, sie den Vertretern der Presse vorzuenthalten. Da wir eine Antipathie gegenüber der Presse nicht annehmen, bleibt als einziger Grund übrig die Tugend der Sparsamkeit. Aber so sehr wir persönlich das größte Mißgefühl mit einer finanziell bedrängten Gemeinde haben — durch die Erspörung von ein paar gedrungenen Vorlagen wird der Etat der Gemeinde sicherlich weder besser noch schlechter werden.

Wir hoffen, daß der Gemeindevorstand sich von der Berechtigung des geäußerten Wunsches überzeugt und ihn erfüllt.

### Johannisthal.

Ein Baufall ereignete sich gestern nachmittags auf einem Neubau der Kaiser-Wilhelm-Straße. Dort glitt ein 28 Jahre alter Steinträger, als er sich in dritter Etage befand, aus und stürzte herunter. Der Bedauernswerte erlitt einen Bruch des Kreuzes. In bedauerlichem Zustande wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus transportiert.

### Lichtenberg.

Wo ist die Polizei? In der letzten Sitzung der Sonderdeputation wurde festgestellt, daß verschiedene abgelegene, zurzeit noch nicht benutzte Wege widerrechtlich als Schutttabladebänke dienen. So soll die Fortschaffung der Ablagerungen auf einem Wege an der Gasse anstalt auf circa 10 000 M. zu gehen kommen. Um dem Uebel abzuwehren, wurde vorgeschlagen, die Wege vorläufig zu sperren und durch Tore zu verschließen. Dabei wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß auch diese Maßnahme nicht viel helfen werde. Zu verwundern sei, daß das alles unter den Augen der Polizei geschehen könne, diese habe doch eine der Fahren abgefangen. — Die Polizei hat eben Wichtigeres zu tun, als sich um solche Bagatellen zu kümmern.

### Friedrichsfelde-Karlshorst.

Mit der Erbauung einer Straßenbahn zwischen dem alten Ortsteil Friedrichsfelde und Karlshorst beschäftigte sich die letzte Gemeindevorsteherung. Der Gemeindevorstand ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein Verkehrsmittel zwischen den beiden Ortsteilen ein dringendes Bedürfnis ist. Außerdem wird angenommen, daß, wenn die Straßenbahn bis Friedrichsfelde Kirche geht, die Verbindung der Treßlow-Allee, wie auch der an diese angrenzenden Straßen viel rascher vor sich gehen würde, da es bisher für diese Gegend an einem geeigneten Verkehrsmittel gefehlt habe. Die Gemeinde hat nun mit drei Verkehrsgesellschaften Verhandlungen gepflogen, und zwar mit der Großen Berliner Straßenbahn, mit der Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen zu Berlin und mit der städtischen Straßenbahn Köpenick. Mit der letzteren sowohl wie auch mit der Großen Berliner müßten die Verhandlungen abgeschlossen werden. Köpenick kann eine Verbindung der Ortsteile Friedrichsfelde und Karlshorst mit Ober-Schöneweide und dem Bahnhof Nieder-Schöneweide-Johannisthal nicht herstellen, außerdem wollte es auch die Genehmigung von Konkurrenzlinien nicht haben. Die Große Berliner dagegen hat sich wohl bereit erklärt, den Betrieb auf der Strecke nach Karlshorst bezw. Ober-Schöneweide zu übernehmen, wenn die beteiligten Gemeinden den Bau der Bahn selbst ausführen, außerdem aber der Gesellschaft den Teil der Betriebskosten erstatten würden, der durch die Einnahme der neuen Strecke nicht gedeckt werden sollte, während an evtl. Betriebsüberschüssen die Gemeinden beteiligt sein sollten. Auch mit dieser Gesellschaft sind die Verhandlungen bald abgeschlossen worden. Mit der Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen ist die Gemeinde nach dreijährigen Verhandlungen zu einem endgültigen Resultat gekommen. Nach dem nun vorliegenden Vertragsentwurf soll die Straßenbahn an die von Ober-Schöneweide herangeführte Bahn von der Gemeindegrenze Friedrichsfelde, an der Rennbahn Karlshorst entlang, bis zur Kirche Friedrichsfelde gebaut und betrieben werden. Die Unternehmerin ist verpflichtet, sobald es die Gemeinde verlangt, die Bahn von der Kirche Friedrichsfelde durch die Prinzessallee bis zum Stadtbahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde zweigleisig weiterzuführen, sobald die Gemeinde die Prinzessallee verbreitert und die Einlegung der Gleise bei der von der Gemeinde auf ihre Kosten vorzunehmenden Pflasterung erfolgen kann. Das Recht auf Erweiterung kann jedoch nur dann ausgesprochen werden, wenn Lichtenberg die Zustimmung für die auf Lichtenberger Gebiet liegenden Straßenteile der Prinzessallee erteilt. Die Gültigkeit des Vertrages dauert bis zum 31. Dezember 1919. Mit Ausnahme der Strecken Schloßstraße, von der Treßlow-Allee etwa 100 Meter nördlich des Trankgraben bis zum Wilhelmplatz und vom Stadtbahnhof Karlshorst bis zur Gemeindegrenze mit Köpenick-Forst, wird die Bahn durchweg ein-gleisig mit Ausweichungen angelegt. Die Unternehmerin verpflichtet sich, in der Zeit von 5½ Uhr morgens bis 11 Uhr abends mindestens ½ stündlich und von 11—12½ Uhr abends mindestens ¼ stündlich die Wagen verkehren zu lassen. Sonntags soll dem härteren Verkehr durch Einstellung von Reserve- und Beiwagen Rechnung getragen werden. Die Gemeinde hat das Ankaufsrecht am 1. Januar 1923, 1924, 1929 und 1934. Beim Betriebsbeginn der Strecke Ober-Schöneweide-Friedrichsfelde hat die Gemeinde 55 000 M. zu zahlen, und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Wohnlinie Karlshorst-Friedrichsfelde in absehbarer Zeit eine Deckung der Betriebskosten und eine Verzinsung des Anlagekapitals nicht erwarten läßt. Obigen Vertrag empfiehlt der Gemeindevorstand der Vertretung zur Annahme. Nach längerer Diskussion stimmte die Versammlung der Vorlage zu. Es soll nunmehr der Untergrundbahngesellschaft mitgeteilt werden, daß sie sofort mit Lichtenberg wegen Weiterführung der Linie in Verhandlung tritt.

Nieder-Schönhausen.

Ueber Bilder aus dem Reichstage sprach Genosse Karl Legien in einer in Stephans Lindenpark nur mäßig besuchten Versammlung. Daß eine Anzahl Genossen es unterlassen haben, für einen dem Referat entsprechenden Besuch Sorge zu tragen, ja sogar selbst zu erscheinen, verdient entschiedene Mißbilligung. In einer so ersten politischen Zeit ist es eines jeden Pflicht, seine ganze Kraft in den Dienst der Partei zu stellen. Die interessantesten Ausführungen des Referenten wurden von den Versammelten mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. An der Diskussion nahm Genosse Strammnow teil.

### Nieder-Schönhausen.

Ueber Bilder aus dem Reichstage sprach Genosse Karl Legien in einer in Stephans Lindenpark nur mäßig besuchten Versammlung. Daß eine Anzahl Genossen es unterlassen haben, für einen dem Referat entsprechenden Besuch Sorge zu tragen, ja sogar selbst zu erscheinen, verdient entschiedene Mißbilligung. In einer so ersten politischen Zeit ist es eines jeden Pflicht, seine ganze Kraft in den Dienst der Partei zu stellen. Die interessantesten Ausführungen des Referenten wurden von den Versammelten mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. An der Diskussion nahm Genosse Strammnow teil.

### Zegel.

Zur Gemeindevorsteherwahl. Für die am Dienstag, den 27. April, stattfindende Ergänzungswahl erfolgten die angeblich Nationalen gemeinsam mit Kriegerverein, Militärverein und Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie eine rege Agitation, um der Arbeiterschaft das Mandat streitig zu machen. Daß hierbei die infamsten Mittel angewendet werden, ist bei dieser nationalen Gesellschaft nicht anders zu erwarten. In den Parteigenossen am Orte liegt es nun, den Plan der Gegner illusorisch zu machen. Bis zum Wahltag muß bei allen sich bietenden Gelegenheiten eine eifrige Agitation entfaltet werden. Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß der Wahltag um 12 Uhr mittags beginnt und bis 7 Uhr abends dauert.

Das Wahllokal ist bei Hamstedt, Hauptstraße 6. Als Legitimation dient die vom Gemeindevorstande zugesandte Legitimationskarte oder der Steuerzettel.

Arbeiter! Parteigenossen! Sorgt dafür, daß unser Kandidat, der Genosse Rudolf Trendler, mit großer Majorität gewählt wird!

Die Freie Jugendorganisation hat zum Sonnabend, den 24. April 1909, abends 8 Uhr, nach den Vorstadtwalder Festsälen, Vorstadtwalde, Konradstr. 43, eine öffentliche Versammlung abgeräumt. In derselben wird Kollege Max Peters über: „Freie Jugendorganisation oder christliche Jünglingsvereine“ sprechen. Hieran findet freie Aussprache statt. Der Leiter des hiesigen christlichen Jünglingsvereins ist hierzu eingeladen.

Arbeiter der obengenannten Orte! Leitet Euerer Schulentlassenen Söhne und Töchter zu dieser Versammlung. Veranlaßt sie zum Eintritt in die „Freie Jugendorganisation“.

### Mühlenberg.

Lebhafteste Klage führen die in der hiesigen Kalksandsteinfabrik beschäftigten Arbeiter. In diesem Betriebe werden, wie man uns mitteilt, nicht nur bei gesundheitschädlicher und schmutziger Arbeit außerst niedrige Löhne gezahlt (35 Pf. pro Stunde), sondern die Behandlung läßt auch viel zu wünschen übrig. Besonders beschwerten sich die Arbeiter über den Betriebsführer Braun, der sich ihnen gegenüber der ordinärsten Ausdrücke bedienen soll. Insbesondere richtet er sein Augenmerk darauf, daß der Betrieb rein bleibt von Arbeitern, die bereits den Wert der Organisation erkannt haben; solche Arbeiter werden sofort entlassen. Aber nicht genug damit, Herr B. erdreißet sich auch, den Arbeitern Vorschriften darüber zu machen, ob und von wem sie Bier trinken dürfen. Dagegen befindet sich auf dem zehnten Morgen großen Grundstücks nicht einmal Trinkwasser. Die Arbeiter müssen erst solches von wo anders herbeiholen. Auch die sanitären Einrichtungen lassen viel zu wünschen übrig. Der Aufsichtsbefehl wäre zu empfehlen, diesen Betrieb einmal näher zu untersuchen.

Andererseits aber darf den Arbeitern der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie an allen den uns mitgeteilten Uebelständen selbst einen Teil der Schuld tragen. Wären sie organisiert, so würde es sich der Betriebsführer Braun wohl überlegen, die Arbeiter in der uns geschilderten Weise zu behandeln. Es könnte dem Herrn dann klargemacht werden, daß die Arbeiterschaft keine Reizung mehr hat, sich tierischen Existenzbedingungen zu unterwerfen.

### Novawes.

Das hiesige Gewerkschaftskartell nahm in seiner letzten Sitzung den Massenbericht vom ersten Quartal dieses Jahres entgegen. Zuflüsse eines Bestandes vom vierten Quartal des vorigen Jahres von 283,88 M. betragen die Einnahmen 400,79 M., denen eine Ausgabe von 287,28 M. gegenübersteht. Ferner machte der Vorsitzende Genosse Salzbrunn auf die am 24. d. M. beim Genossen Max Singer, Pflaßstraße, stattfindende Frühjahrsfeier des Gewerkschaftskartells aufmerksam, er forderte alle Kartelldelegierten auf, in ihren Gewerkschaften dahin zu wirken, daß diese Feiern recht reger besucht wird. Programme a 40 Pf. sind in den bekannten Lokalen, bei den Gewerkschaftsvorständen und an der Kasse zu haben.

Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.